Nr. 41 ● OKTOBER 1986 MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK ISSN 0233—8335

NEUE ZEIT

Institut der Zollverwaltung der DDR
„HEINRICH [illegible]"
1501 Plötzin, Ortst. Plessow 2
Postfach 600
Fachbibliothek

JANOS KADAR: INTERVIEW FÜR DIE „NEUE ZEIT"



Dikuls Schmerz und Sieg

Als 1985 der Dokumentarfilm „Die Pyramide" lief, der von Valentin Dikul, einem Artisten des Moskauer Zirkus, berichtete, wurde er in der ganzen Sowjetunion bekannt. In kurzer Zeit wurde der Film, der mit einer Goldmedaille auf dem Internationalen Filmfestival in Moskau ausgezeichnet wurde, von mehr als 20 ausländischen Verleihfirmen angekauft.



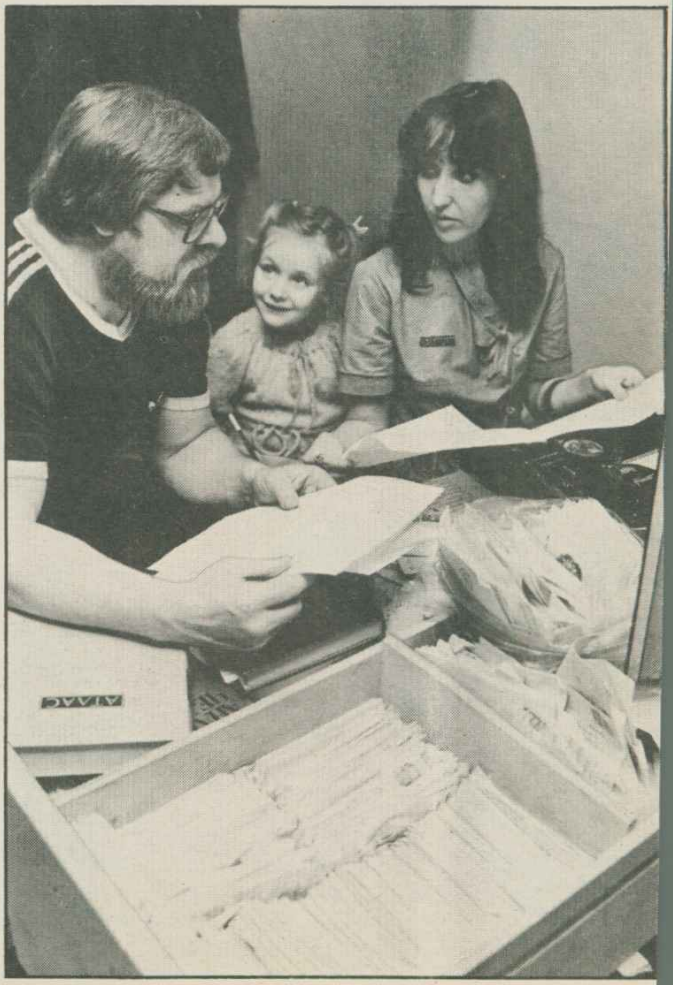


Das französische Fernsehen bereitet einen Film über Valentin Dikul vor

Vor dem Interview

Fotos: TASS

An manchen Tagen erhält der berühmte Athlet bis zu 150 Briefen mit Fragen nach seinem Behandlungssystem



...Am 18. September 1962 war der 16jährige Valentin vom Trapez gefallen und hatte sich das Rückgrat gebrochen. Der Arzt sagte ihm: „Rollstuhl. Bestenfalls an Krücken. Wenn du Glück hast, kannst du am Stock gehen."

Die Ärzte retteten Valentin zwar das Leben, er aber konnte sich nicht mehr bewegen. Doch er war fest entschlossen, zum normalen Leben zurückzukehren. Valentin begann Gymnastik bereits liegend zu treiben: mit Hanteln, einer Stange und Metallkugeln... Heute hält der Athlet in seinem neuen Programm ein Wolga-Auto (1570 kg) auf den Schultern, hebt nicht nur 80-kg-Gewichte hoch, sondern jongliert mit ihnen!

Valentins eiserner Wille hat die Krankheit besiegt. Doch um ihn herum gibt es andere, die sich von der Krankheit besiegen ließen, Menschen, die die Hoffnung verloren haben. Und Valentin verstand: Gerade er muß Menschen, die ähnliches erfahren haben, helfen. Aus dem eigenen Leid, dem eigenen Ringen entstand das „Dikul-System" — ein individuelles Sportprogramm, das er für jeden aufstellt, der ihn um Hilfe bittet. Er studiert die medizinischen Unterlagen. Dann bittet er den Kranken, einen Test aus 58 Übungen auszuführen. So stellt Dikul die Diagnose. Nun beginnt die Behandlung. Fachärzte interessieren sich für Dikuls System.

Tausende Besucher des Moskauer Zirkus applaudieren Abend für Abend Valentin Dikul, der sein schreckliches Leiden bewältigte.

WORT DES REDAKTEURS

DER MENSCH, VON DEM ABHÄNGT, OB FRIEDEN SEIN WIRD — BIST DU!

Der Mensch. Ein Augenblick in der Geschichte des Lebens auf Erden. Die Krönung der Evolution, die vollkommenste Schöpfung der Natur, ihr begabtestes und schnell erwachsen werdendes Kind, der Mensch ist heute verantwortlich für seine Mutter Erde. Von ihm hängt ab, ob es gelingen wird, aus dem Augenblick weitere Jahrtausende der menschlichen Zivilisation werden zu lassen.

Die Menschheit kann die von ihr selbst geschaffenen Probleme nicht auf dem Bewußtseinsstand lösen, auf dem sie diese geschaffen hat, warnte Einstein zu Beginn des Nuklearzeitalters. Das neue Denken setzt sich schwerer und langsamer durch, als der Mensch in die Geheimnisse des Atoms eindrang. Doch die besten Vertreter der Menschheit fanden bereits damals, Ende der 40er Jahre, den Schlüssel zur Zukunft. Irene und Frederic Joliot-Curie, Alexander Fadejew und Ilja Ehrenburg, Pablo Picasso und Pablo Neruda riefen die Friedensbewegung ins Leben.

Heute wollen alle den Frieden — fragen Sie einen beliebigen Einwohner Moskaus oder Washingtons, Kopenhagens oder Roms, von Mexiko-Stadt oder Delhi. Doch noch nicht alle sind sich bewußt geworden, daß man für den Frieden nicht von einer Position militärischer Stärke aus eintreten kann, daß man nicht gleichzeitig anderen die eigene Lebensweise aufoktroyieren darf. Noch nicht alle vermögen sich über Vorurteile zu erheben, um den Nachbarn auf unserem Planeten die Hand zu reichen. Nicht alle begreifen, daß man für den Frieden kämpfen muß.

Die sowjetischen Menschen verstehen das. Die alte Frau aus dem georgischen Bergdorf, die jeden Monat die Hälfte ihrer Rente an den sowjetischen Friedensfonds überweist. Die jungen Arbeiter aus Swerdlowsk, die auf Friedenswacht treten. Die Kinder, die einfache, doch so beeindruckende Zeichnungen an das Sowjetische Friedenskomitee schicken.

Das verstehen auch die Menschen in den anderen sozialistischen Ländern, immer mehr Menschen im Westen. Das kleine Mädchen aus den USA, das einen Brief an den Führer des fernen, geheimnisvollen Landes namens UdSSR schrieb. Die Schüler, die Papierlampions zur Erinnerung an die japanischen Opfer der amerikanischen Atombombe den Mississippi herunterschwimmen lassen.

"Wer, wenn nicht du?" — so lautet ein Plakat der Friedenskämpfer. Unser Planet wird vom Nuklearfieber geschüttelt, er zuckt bei den Explosionen in Nevada zusammen, fürchtet sich vor den Weltraumwaffen der Zukunft. Das Schicksal der Welt liegt in deinen Händen.

POST

●

Sollte es gelingen, zumindest in Europa zu einer Abrüstung zu kommen, würde das zweifelsohne die Weltlage verbessern. Meiner Meinung nach könnte die Entspannung starke Impulse dadurch erhalten, daß die so freigesetzten Gelder in die Entwicklungsländer zur Bekämpfung von Hunger und Armut fließen würden. Die Mittel könnten über die UNO oder eine andere internationale Organisation verteilt werden.

N. ROMANOW
Pensa, RSFSR

●

Aus dem Artikel "Das Budapester Programm" (Heft 25/86) erfuhr ich von dem Vorschlag für einen Truppenabbau in Europa. Auf beiden Seiten sollen 100 000--150 000 Mann abgebaut werden. Doch mir scheint, die kapitalistischen Länder werden sich darauf nicht einlassen. Während in den sozialistischen Ländern garantierte Arbeitsplätze auf die Menschen warten und sie durch eine Drosselung der Rüstungsproduktion nicht verlieren würden, sieht das in der Welt des Kapitals ganz anders aus. Was sagen Sie dazu!

Manuel de la RESURRECCION
Valencia, Spanien

●

Ich habe Glück: Ich lebe in Südengland, dem Landesteil, dem es noch relativ gut geht. Doch selbst hier nimmt die Arbeitslosigkeit in allen Altersgruppen von Jahr zu Jahr zu. Wenn man nach Norden fährt, ist es, als gerät man in eine andere Welt — baufällige, verrußte Häuser, geschlossene Geschäfte, verlassene Ortschaften. Die Menschen haben diese Gegenden verlassen, weil sie keine Arbeit finden konnten — Bergwerke und Fabriken stehen still. Keine Arbeit, keine Existenzmittel — das ist heute in Großbritannien keine Seltenheit.

Dennis MILNER
Newbury, Großbritannien

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

НОВОЕ ВРЕМЯ · TEMPS NOUVEAUX · NOWE CZASY · TIEMPOS NUEVOS · NEW TIMES · nová doba · TEMPI NUOVI · TEMPOS NOVOS

41 OKTOBER 1986

Gründungsjahr 1943

3
Interview mit dem Generalsekretär der USAP, Janos Kadar

13
Laut gedacht

16
SPD-Vertreter über Tests und Entspannung

16
Warum sowjetische Seismologen nicht nach Nevada kamen

18
Den Duschmanen auf der Spur

20
Provokation der japanischen Revanchisten

22
Argentinien nach dem Winter der Diktatur

24
Börsengeier

26
Spitzbergen — von drei Meeren umspült

28
Ein Film über Capablanca

29
Reise ins 21. Jh.

32
Die Rekorde des Robert Emmijan

WORT DES REDAKTEURS (1), PANORAMA (7), EXPRESSINFORMATIONEN (15), DISKUSSION MIT DEM LESER (31).



LANDUNGSOPERATION AUF DEN KURILEN

schlagen die Verfasser von Artikeln in der japanischen Zeitschrift "Gunji Kenkyu" vor.

S. 20

NACH DEM WINTER DER DIKTATUR

Argentinien überwindet das Erbe der Militärregimes.

S. 22



HILFE, PIRATEN!

Diese Piraten sind in ihrem Element — an der Wertpapierbörse. Ihre Opfer sind große Firmen.

S. 24

WAS VERALTET IST...

Überlegungen von Valentin Falin

S. 13



UNTER DEM STERNBILD DES GROSSEN BÄREN

Sowjetische Bergleute auf der norwegischen Insel Spitzbergen

S. 26

REISE IN DIE ZUKUNFT

Der Science-Fiction-Schriftsteller Jeremej Parnow setzt unser NZ-Leserforum fort.

S. 29

DIE DUSCHMANEN

Wer sind sie, ihre Waffen und Finanzierungsquellen

S. 18

Chefredakteur: V. IGNATENKO

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW, J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), A. LEBEDEW, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), A. PUMPJANSKI (Stellv. Chefredakteur), V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur), V. ZOPPI

Gestaltung: A. GARANIN

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

MUT, AUSDAUER UND TATEN

Interview des Generalsekretärs der USAP, Janos KADAR, für den Chefredakteur der NZ Vitali Ignatenko

Genosse Janos Kadar hatte unser Treffen für 11.30 Uhr angesetzt.

Die Fenster seines Arbeitszimmers führen auf die Uferstraße über der hellen Donau. Bücher, viele Bücher... Ein großes, originell ausgeführtes Porträt W. I. Lenins, der einen Zug am Schachbrett überlegt... Einige Fotos an den Wänden: historische Fakten aus dem Leben der Partei, Zeugnisse der internationalen Verbindungen der USAP... Über dem Arbeitstisch des Generalsekretärs hängt ein weiteres, kleines Lenin-Porträt.

Genosse Kadar kam mir aus dem Zimmer entgegen. Lächelnd begrüßte er mich. Er hat einen festen Händedruck.

"Na denn, beginnen wir mit der Arbeit." Er bat mich an den Tisch. "Und Ihre Fragen..."

Genosse Kadar, Sie beendeten Ihre Schlußrede auf dem XIII. Parteitag der USAP mit den Worten des ungarischen Klassikers Janos Arany, mit denen er einen seiner Helden so charakterisierte: "Je größer die Gefahr, desto kühner ist er". Wie manifestiert sich dieser Zug des ungarischen Volkes in der Geschichte des Kampfes für den Sozialismus?

Unser großer ungarischer Dichter formulierte am Vorabend der ungarischen bürgerlich-demokratischen Revolution und des Befreiungskampfes so die historischen Erfahrungen und Hoffnungen seines Volkes.

In meinem Schlußwort auf dem Parteitag wandte ich mich den Worten des Dichters zu, um eine historische Tatsache in Erinnerung zu bringen: Unser Volk, die Arbeiterklasse arbeiteten und kämpften, wenn die Lage das verlangte, mit verstärktem Einsatz, stritten kühn für die Sache der nationalen Unabhängigkeit und des gesellschaftlichen Fortschritts. Ich wollte unterstreichen: Für die erfolgreiche Lösung unserer inneren und äußeren Aufgaben sind vor allem grenzenloser Mut, Ausdauer und Taten nötig.

Ein weit bekanntes historisches Beispiel des kühnen Eintretens für sozialistische Ideen war die Ausrufung der Ungarischen Räterepublik im Jahre 1919. Das geschah unter Bedingungen, als die Kräfte des jungen Sowjetrußland, das die weißen Terroristen und die Truppen der Interventen überfielen, sehr weit von unserem Land entfernt waren. Seit ihrem Bestehen mußte die Ungarische Räterepublik einen erbitterten Kampf für ihre Existenz und zugleich für die Bewahrung des ungarischen Staates, für die Zukunft der Nation führen. Monatelang leisteten die Ungarn erfolgreich den politischen und diplomatischen Drohungen, dem wirtschaftlichen Druck und der bewaffneten Intervention Widerstand, und nur die militärische Gewalt, die von den ehemaligen herrschenden Klassen zur Hilfe geholt, von den Entente-Mächten mobilisiert und bewaffnet wurde, vermochte die Ungarische Räterepublik niederzuschlagen.

Die besten Vertreter unseres Volkes gingen auch unter den Bedingungen des konterrevolutionären Regimes in den Kampf, wußten sie ja von der Revolution: "der ersten, die unterlegen ist, wird eine zweite, siegreiche folgen". So hatte Lenin diese Zeit charakterisiert. Die ungarischen Patrioten und Internationalisten, die sich dessen bewußt waren, kämpften sowohl in der Heimat als auch in vielen Ländern Europas gegen Faschismus und Krieg, für ein unabhängiges, demokratisches und freies Ungarn. Unser Land, das die herrschenden Klassen in den zweiten Weltkrieg, in tödliches Verderben, gezogen hatten, wurde durch den heldenhaften und selbstlosen Kampf der Sowjetarmee befreit.

Nach der Vertreibung der hitlerfaschistischen Okkupanten erhielt unser Volk die Möglichkeit, sein Schicksal in eigene Hände zu nehmen. Die Kommunisten und die anderen patriotischen, fortschrittlichen Kräfte mußten auch damals schwierige Aufgaben in Angriff nehmen, hatten sie ja ein zerstörtes Land übernommen. Ihre Anstrengungen brachten Ergebnisse: Es gelang, die Volksmacht zu errichten und zu festigen, die Menschen zum Wiederaufbau des Landes zu mobilisieren und eine neue Gesellschaftsordnung aufzubauen. Durch die selbstlose Arbeit erzielten wir in kurzer Zeit bedeutende Erfolge im Kampf für demokratische und sozialistische Ziele.

Nach einigen Jahren dynamischer Entwicklung führten die schweren Fehler der Führungsgruppe unter Rakosi, die immer stärkeren Verzerrungen der Politik bereits 1953 das Land in die Krise. Im Ergebnis des Verrats der revisionistischen Gruppe unter Imre Nagy sowie der Handlungen innerer und äußerer konterrevolutionärer Kräfte war die Volksmacht 1956 in schwerer Gefahr. Die ungarischen Kommunisten, die ungarischen Anhänger des Sozialismus verteidigten mit Unterstützung der

Budapest heute



Sowjetunion, der sozialistischen Länder, der kommunistischen Weltbewegung, aller fortschrittlichen Menschen unsere verfassungsmäßige Ordnung, stellten die Gesetzmäßigkeit wieder her und schufen die Voraussetzungen für den weiteren Aufbau des Sozialismus.

Vor 30 Jahren erklärte die westliche Propaganda den Sozialismus in Ungarn für tot. Jetzt versucht man im Westen immer häufiger zu erklären, warum der Sozialismus überlebt hat, warum er weiter voranschreitet! Diese Propagandisten wollen natürlich nicht eingestehen, daß das Beispiel Ungarns von der Lebenskraft des Sozialismus zeugt. Sie versuchen, ihre Doktrin aufzuzwingen: Ungarn erreiche Erfolge, da es kapitalistische Methoden verwende...

Ja, das ist mir bekannt. Also zurück in jene Jahre. Als die Gefahr, die der Volksmacht drohte, vorüber war, traten die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus in den Vordergrund. Sie verlangten nach wie vor Beharrlichkeit und angespannte Arbeit. Nach der Festigung der politischen Macht und der gesellschaftlichen Ordnung wurden die Vervollkommnung des Aufbaus der Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft und die sozialistische Reform der Landwirtschaft zur nächsten großen Aufgabe zu Beginn der 60er Jahre. Schwierigkeiten und Probleme barg auch die Lösung dieser Aufgabe. Wir verstanden: Wenn wir sie nicht in Angriff nehmen, wird das wichtigste politische Fundament unseres Staates, das Bündnis der Arbeiter und Bauern, nicht fest sein und die ungarische Landwirtschaft wird den Lebensmittelbedarf des Landes nicht decken können. Wenn wir aber unsere Absichten mit falschen Methoden verwirklichen, werden wir der Geschlossenheit der werktätigen Klassen großen Schaden zufügen und die wirtschaftliche Lage des Landes wird schwerer werden.

Mit der aktiven Hilfe aller Schichten der Gesellschaft erreichten die Partei, die Arbeiterklasse, daß in der Zeit der Schaffung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften die Grundlage unserer Volkswirtschaft — das Bündnis der Arbeiter und Bauern — erstarkte und die landwirtschaftliche Produktion stieg. Die sozialistische Reform der Landwirtschaft ist eine historische Errungenschaft unserer Gesellschaftsordnung, die nicht nur ein großer politischer Schritt nach vorn war, sondern auch zu einer bedeutenden Steigerung des Lebensniveaus der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, des ganzen werktätigen Volkes beitrug, Möglichkeiten für die angemessene Versorgung der Bevölkerung und die Bildung großer Fonds für den Warenexport schuf.

Mitte der 60er Jahre stellte uns die sozialistische Entwicklung vor große Aufgaben. Die Erschöpfung der Möglichkeiten eines extensiven Wirtschaftswachstums ließ es notwendig werden, die Flexibilität unseres Systems der wirtschaftlichen Leitung zu steigern, eine umfassende Reform zu verwirklichen. Das Wesen dieses nun bereits 18 Jahre geltenden Leitungssystems besteht in folgendem: sozialistische Planwirtschaft unter Berücksichtigung der Gesetze des Marktes, Anwendung nichtzentralisierter Leitungsmethoden, eine bestimmte Selbständigkeit und Interessiertheit der staatlichen Betriebe und der Genossenschaften. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, daß die 1968 eingeführte Wirtschaftsreform die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Aufbaus des Sozialismus, die Besonderheiten unseres Landes und seiner Wirtschaftsstruktur berücksichtigte, zur Entwicklung der Volkswirtschaft und zur Festigung der sozialistischen Züge unserer Gesellschaft beitrug.

In den vergangenen 40 Jahren arbeiteten wir an der Lösung auch vieler anderer komplizierter Aufgaben. Zu ihnen gehören die Sicherung der Einheit der Nation für die Lösung unseres Hauptziels — den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, die Entfaltung der sozialistischen Demokratie, eine radikale Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürger sowie eine bedeutende Hebung ihres Bildungsstandes und ihrer Lebensqualität.

Um uns in der internationalen Arena zu behaupten, waren ebenfalls Entschlossenheit, Ausdauer und Prinzipientreue nötig. Ungarn als sozialistisches Land, Verbündeter der Sowjetunion, Mitglied des Warschauer Vertrages und des RGW, als Glied der sozialistischen Gemeinschaft nimmt einen anerkannten Platz unter den Nationen ein.

Dieser kurze Exkurs in die Geschichte Ungarns seit der Befreiung kann natürlich kein vollständiges Bild davon vermitteln, wie oft das Leben die Prinzipientreue der Kommunisten, die Selbstlosigkeit und die Standfestigkeit des ungarischen Volkes auf die Probe stellte. Beim Rückblick auf die vergangenen 40 Jahre werden wir uns immer wieder bewußt: Wenn es ein klares Ziel gibt, wenn eine entsprechende Führung da ist und wenn alle schöpferischen Kräfte vereint sind, dann vermag das Volk, das das Schicksal in eigene Hände genommen hat, alle Schwierigkeiten zu überwinden und seine historischen Aufgaben zu lösen. Mich an den zurückgelegten Weg erinnernd und an die vor uns stehenden Aufgaben denkend, führte ich eben als Beispiel Janos Arany an.

Ihr Parteitag stellte neue Aufgaben der wirtschaftlichen Entwicklung der Ungarischen VR, legte ihre neuen Formen fest. Was in den Erfahrungen der vergangenen anderthalb Jahre verdient besondere Beachtung?

Im März 1985 formulierte der XIII. Parteitag ein klares Programm für den weiteren Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, die weitere Entfaltung und Nutzung der Ressourcen der sozialistischen Gesellschaftsordnung. Der Parteitag stellte das Ziel: ständig eingedenk der Notwendigkeit der



wirtschaftlichen Ausgeglichenheit, besonders des Gleichgewichts der Zahlungsbilanz und des Staatshaushalts, der Warenfonds und der Löhne, die Effektivität der Volkswirtschaft zu steigern und so die Grundlage für die Hebung des Lebensniveaus des Volkes zu schaffen. Wichtige Voraussetzungen für eine umfassendere Nutzung der Möglichkeiten des Sozialismus sind die Beschleunigung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, die Förderung der schöpferischen Kräfte der Menschen, die Festigung der Einheit und Geschlossenheit des Volkes durch die Entwicklung der demokratischen Institute.

In der Zeit seit dem Parteitag wurde mit der Verwirklichung der Beschlüsse begonnen. Leider ist dabei zu konstatieren, daß wir bezüglich des Hauptziels — einer dynamischeren Wirtschaftsentwicklung — mit dem Beginn der Arbeit, ja auch mit der jetzigen Lage nicht zufrieden sind. Neben objektiven Faktoren — internationalen ökonomischen Bedingungen, dem überaus harten Winter 1985 und der jetzigen Dürre — müssen wir die Gründe dafür vor allem in Mängeln der eigenen Arbeit suchen.

Obwohl es uns wirtschaftlich nicht gelang, das Gewünschte zu erreichen, wurde in einer Reihe wichtiger Bereiche mit der Verwirklichung der Beschlüsse begonnen. Nach dem Parteitag führten wir Wahlen zur Nationalversammlung und zu den örtlichen Räten auf der Grundlage eines neuen Wahlgesetzes durch, das obligatorisch die Nominierung von mindestens zwei Kandidaten in jedem Wahlkreis verlangt. Die Wahlen fanden in

günstiger politischer Atmosphäre statt, brachten positive Ergebnisse. Fortschritte bei der Tätigkeit der Gewerkschaften und anderer Organe, die die Interessen der Werktätigen vertreten, wurden erzielt.

Im Rahmen der Vervollkommnung des Systems der Wirtschaftsleitung wurden Räte der Betriebe gebildet, was deren Selbständigkeit und Verantwortlichkeit für die wirtschaftliche Tätigkeit noch weiter erhöht. Ein Sondergesetz regelt die Normen ehrlicher Wirtschaftsführung und untersagt unehrliche wirtschaftliche Tätigkeit. Entsprechend den Parteitagsbeschlüssen wurde die Selbständigkeit der örtlichen Räte erweitert. Bei Bewahrung des Staatsmonopols auf die Geldemission und die Verfügung über die Devisen wurde die Schaffung eines Banksystems eingeleitet, bei dem die Funktionen der Emissionsbanken, der Staatsfinanzierung und des Handels voneinander getrennt sind. Wir meinen, dies wird zu einer Kredit- und Finanzpraxis führen, die zielgerichteter zur Produktionstätigkeit beitragen kann.

Trotz der bislang insgesamt immer noch ungünstigen Wirtschaftsprozesse stieg die Produktion in einzelnen Zweigen, wurde effektiver. Eine bedeutende Zahl großer Werke und Betriebe vermochten die Effektivität ihrer Arbeit zu verbessern,

Ton als "kommunistischer Staat" bezeichnet... Ja, da erinnert man sich, daß Sie, Genosse Generalsekretär, bereits einmal hierzu folgendes gesagt haben: "Ach, wenn dem doch so wäre! Doch leider ist dem bislang nicht so. Doch wir erstreben das und arbeiten dafür, daß dies eben so wird!" Möchten Sie dazu noch etwas sagen?

Ja, was die heutigen Aufgaben angeht, so arbeiten wir an der Lösung der Aufgaben des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, unser Endziel aber ist der Kommunismus.

Feste Überzeugung unserer Partei ist, daß die Parteitagsbeschlüsse richtig und — durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Konzentration der Kräfte — realisierbar sind. In unserer Arbeit können wir uns auf die politische Reife und den Fleiß des Volkes stützen. In internationaler Beziehung aber gibt uns die bi- und multilaterale Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern festen Halt.

Wie kein anderer konnten Sie, Genosse Kadar, die dynamische Entwicklung der sozialistischen Gemeinschaft freier Nationen verfolgen. Welche neuen Aufgaben und Methoden betrachten Sie da als nützlich?

Seit dem zweiten Weltkrieg wurden entscheidende Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis dadurch bewirkt, daß





steigerten den Export und erzielten beachtliche Ergebnisse bei der Nutzung der Arbeitskräfte. Wir bauten die vielfältige Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern weiter aus, dynamisch entwickeln sich die ungarisch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen. 1986–1990 wollen wir den bilateralen Warenaustausch um 30% steigern.

Das ZK der USAP und die Regierung der Ungarischen VR ergriffen eine Reihe von Maßnahmen, um unsere wirtschaftlichen Ziele und die Vorgaben des Jahresplans zu erreichen. Diese Maßnahmen dienen der Entwicklung der Produktionsstruktur, stimulieren den technischen Fortschritt und den Export, heben die Interessiertheit der Betriebe und der Werktätigen an der Steigerung der wirtschaftlichen Kennziffern, verbessern die Nutzung des Arbeitszeitfonds und festigen die Arbeitsdisziplin. Bei der Verbesserung der Arbeit messen wir dem menschlichen Faktor, der besseren Nutzung der geistigen, schöpferischen Möglichkeiten der Gesellschaft große Bedeutung bei. Man denke nur an die Teilnahme unserer Experten an der Verwirklichung des VEGA-Weltraumprogramms, was zugleich auch von den Möglichkeiten der ungarischen Wissenschaft zeugt.

Immer wieder versuchen bürgerliche Propagandisten, den sozialistischen Ländern diverse Etiketts anzuhängen. Das trifft besonders für Ihr Land zu. So wird Ungarn mal Land des "begrenzten Sozialismus", dann des "begrenzten Pluralismus" genannt, bisweilen wird die Ungarische VR in herablassendem

die sozialistische Gesellschaftsordnung, die sich erstmals in der Welt in der UdSSR behauptet hatte, zum Weltsystem geworden war.

Eine zweite bedeutende Veränderung der letzten Jahrzehnte, zudem damit verbunden, war der Zerfall des "klassischen" Kolonialsystems. Die Völker, die sich vom Kolonialjoch befreit hatten, wenden sich immer entschiedener gegen die Machenschaften der Imperialisten, verlangen die Festigung der Unabhängigkeit ihrer Länder, die Schaffung einer selbständigen Volkswirtschaft, und immer mehr von ihnen wählen den Weg der nichtkapitalistischen Entwicklung.

Die sozialökonomischen Fortschritte der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder, das internationale Ansehen und das Gewicht unserer Gemeinschaft vergrößern die Anziehungskraft des Sozialismus und schaffen für jede fortschrittliche und friedliebende Bewegung eine zuverlässige Bastion. Deshalb betrachte ich es heute für die sozialistische Ländergemeinschaft als das Wichtigste, daß unsere Staaten, jeder für sich und alle gemeinsam, die Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung noch voller entfalten.

Die historischen Erfahrungen zeigen: Es darf nicht vergessen werden, daß die sozialistische Gemeinschaft aus selbständigen Nationalstaaten besteht. Sie vereinen die gleichen Grundziele, die gleichen Grundinteressen. Das gibt dem proletarischen sozialistischen Internationalismus Kraft. Die Festigkeit und Effektivität der Gesellschaftsordnung in einem sozialistischen

Land sind dann gesichert — und das ist eine der Hauptschlußfolgerungen der ungarischen Kommunisten —, wenn die führende Kraft der Gesellschaft, die marxistisch-leninistische Partei, in ihren Entscheidungen gleichzeitig und in gleichem Maß die allgemeinen Hauptgesetzmäßigkeiten des Sozialismus, die Besonderheiten des Landes und die nationalen Traditionen berücksichtigt. All das sind Bedingungen dafür, daß die Massen unsere Ziele unterstützen, daß sich die Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung voll entfalten können, daß wir wahre, zuverlässige Partner unserer sozialistischen Verbündeten und aller Friedenskämpfer sein können.

In ihrer Außen- und Innenpolitik streben die USAP, die ungarische Regierung danach, daß sich entsprechend den gemeinsamen Prinzipien, der Identität unserer Hauptinteressen und -ziele die Beziehungen zur Sowjetunion und zu den anderen sozialistischen Ländern weiterentwickeln, Beziehungen, die alle wichtigsten Bereiche des politischen, ökonomischen und öffentlichen Lebens umfassen.

Die sozialökonomischen Fortschritte der sozialistischen Länder, das internationale Ansehen und das Gewicht unserer Gemeinschaft sind untrennbar mit dem Leben der Sowjetunion, den historischen Erfolgen der sowjetischen Kommunisten, des ganzen Sowjetvolkes verbunden.

Auch in Ungarn wurde mit großem Interesse und Sympathie der XXVII. Parteitag der KPdSU verfolgt, der neue Aspekte der sozialökonomischen Entwicklung und der internationalen Beziehungen behandelte, die Theorie des Marxismus-Leninismus schöpferisch anwandte und so auf neue Weise an die wichtigsten Fragen unserer Epoche heranging, zu weiterem Nachdenken und Handeln bewegte. Unserer Überzeugung nach werden die Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung der Sowjetunion und die Verwirklichung des umfassenden Parteitagsprogramms nicht nur bedeutende Veränderungen in das Leben der Völker der Sowjetunion bringen, sondern sie können auch die Entwicklung der anderen sozialistischen Länder fördern.

Die außenpolitische Strategie der KPdSU, die die Beendigung des Wettrüstens, die Verhinderung der Gefahr eines Nuklearkrieges, die Bewahrung des Friedens und die Lösung der globalen, existentiellen Menschheitsprobleme zum Ziel hat, findet Zustimmung und Unterstützung nicht nur in unserem Land, sondern in aller Welt, bei allen friedliebenden Völkern.

Die USAP, die Regierung der Ungarischen VR, unser Volk unterstützen aus voller Überzeugung die außenpolitischen Initiativen der Sowjetunion und messen den abgestimmten Aktionen der sozialistischen Länder zu den wichtigsten Fragen der internationalen Politik große Bedeutung bei. Wir unsererseits wollen mit allen Kräften dazu beitragen, daß unsere gemeinsamen außenpolitischen Initiativen Erfolge zeitigen. Wir betrachten es als Ehre, daß die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages im Sommer d. J. in Budapest stattfand, daß gerade in unserer Hauptstadt der Appell mit dem Programm für eine Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa angenommen wurde, dessen Verwirklichung Frieden und Sicherheit auf unserem Kontinent bedeutend festigen würde.

Einer der wichtigsten Bereiche der gemeinsamen Arbeit der sozialistischen Länder ist die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Wie auch die jüngsten RGW-Beratungen zeigten, eint uns die Entschlossenheit, die Arbeit auch in diesem Bereich auf einen Stand zu heben, der höheren Anforderungen gerecht wird.

Die Staaten des sozialistischen. Weltsystems haben nicht zur gleichen Zeit den Weg revolutionärer Umgestaltungen eingeschlagen, sie befanden sich in diesem Augenblick unter verschiedenen historischen Bedingungen, wiesen eine unterschiedliche Entwicklung der Produktivkräfte auf. Ihre Territorien und Bevölkerung sind verschieden. Natürlich erfolgte die vielfältige Zusammenarbeit der Länder der sozialistischen Gemeinschaft auch bislang nicht im Selbstlauf. Deshalb ist es unserer Meinung nach eine wichtige Aufgabe der marxistisch-leninistischen Partei, die den Aufbau des Sozialismus leitet, mit ihrer Politik zur Festigung der Einheit und der Zusammenarbeit beizutragen. Gerade dann, wenn die Partei durch ihre Politik ständig und bewußt danach strebt, zur Einheit und Zusammenarbeit der sozialistischen Länder beizutragen, wird sie den voneinander untrennbaren Aufgaben — dem Aufschwung des Lebensniveaus des eigenen Volkes und dem sozialen Fortschritt in der Welt — am besten dienen können.

Zusammenfassend will ich sagen: Wir meinen, daß die ungarischen Kommunisten, das Volk, die Ungarische VR der gemeinsamen Sache vor allem dadurch dienen können, daß sie erfolgreich die aktuellen Aufgaben des Aufbaus im eigenen Land lösen.

Unsere Heimat, unser Volk kämpfen und arbeiten nicht allein, nicht isoliert für eine sozialistische und friedliche Zukunft. Wir bemühen uns, ehrenvoll unsere Rolle bei der Lösung der gemeinsamen Aufgaben zu erfüllen, dienen wir ja dadurch den wahren Interessen des eigenen Volkes. Indem wir bewährte Methoden anwenden und nach neuen Möglichkeiten suchen, werden wir unsere Zusammenarbeit mit den sowjetischen Freunden, mit den sozialistischen Bruderländern weiterentwickeln, werden wir unsere Anstrengungen in der Arbeit und im Kampf für die Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit, für die Lösung der globalen Menschheitsprobleme vereinen.

Heute ist der 1. Oktober. Am Morgen meldeten alle ungarischen Zeitungen die Vereinbarung über ein baldiges Treffen zwischen Michail Gorbatschow und Ronald Reagan in Reykjavik. Die Weltöffentlichkeit nahm diese Nachricht mit verständlicher Genugtuung auf.

Ein ungewöhnlicher Herbst ist das in diesem Jahr... Im September wurden die Stockholmer Konferenz und die Wiener IAEA-Tagung erfolgreich abgeschlossen... Die Vorbereitung auf eine weitere Etappe des Helsinki-Prozesses, das KSZE-Nachfolgetreffen in Wien begann... Günstige Entwicklungen zeichnen sich bei den Genfer Verhandlungen ab... Genosse Kadar, unser Gespräch begann mit der Erwähnung des ungarischen Dichters Arany. Da muß ich an Puschkin, an seinen "Herbst in Boldino" denken. Was meinen Sie, kann man heute von einem weltpolitischen "Herbst in Boldino" sprechen?

Bei Puschkin war der "Herbst von Boldino", wie ich mich erinnere, eine Zeit der größten Entfaltung der schöpferischen Möglichkeiten. Heute kommen in der internationalen Politik gewisse neue Hoffnungen auf, Perspektiven zeichnen sich ab. Führende Politiker in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Staaten, ja überall in der Welt wünschen aufrichtig, daß die internationalen Streitfragen auf dem Verhandlungsweg unter Berücksichtigung der Interessen aller beteiligten Seiten gelöst werden. Entsprechend begrüßte auch die Führung der Ungarischen VR das Gipfeltreffen in Genf, bei dem die Seiten eine wichtige Erklärung von prinzipieller Bedeutung abgaben. Sie unterstrichen gemeinsam, daß keine Seite nach militärischer Überlegenheit streben wird, daß es in einem Nuklearkrieg keine Sieger geben kann und seine Entfesselung unzulässig ist. Leider brachte das Genfer Gipfeltreffen keinen realen, greifbaren Fortschritt, obgleich die Sowjetunion bereits viele vernünftige, die Interessen beider Seiten berücksichtigende Vorschläge machte. Wichtige Vorschläge und Initiativen wurden ferner auf der jüngsten Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unterbreitet. Die Vertreter der sozialistischen Länder ergriffen Initiativen auch auf verschiedenen internationalen Foren, so auf der jetzigen UNO-Vollversammlung sowie bei den Begegnungen im Rahmen des KSZE-Prozesses. Die Weltöffentlichkeit weiß die Bedeutung des erfolgreichen Abschlusses der Stockholmer Konferenz zu schätzen. Wir erwarten einen erfolgreichen Abschluß sowohl der Wiener wie der Genfer Verhandlungen.

In der Weltpolitik kommt den Beziehungen UdSSR—USA eine besondere Bedeutung zu, und sehr wichtig ist, daß sich in den bilateralen Beziehungen ein Fortschritt abzeichnet. Deshalb begrüßte ich die Nachricht, daß schon bald in Island eine Begegnung zwischen Michail Gorbatschow und Ronald Reagan stattfinden wird, die der Vorbereitung des geplanten Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU in den USA dienen soll. Ich bin überzeugt, alle, die einen dauerhaften, sicheren Frieden wünschen, begrüßen das bevorstehende Gipfeltreffen als Schritt, der neue Möglichkeiten zur Verbesserung der Weltlage eröffnet.

Budapest

ISLAND

Treffpunkt Reykjavik

Jedem Ankömmling fällt der gemessene Lebensrhythmus der isländischen Hauptstadt auf. Hast gilt als schlechtes Benehmen. Als jedoch am 30. September das isländische Radio meldete, daß Reykjavik als Ort der Begegnung zwischen dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, und dem Präsidenten der USA, Ronald Reagan, ausgewählt worden war, hatte die Neuigkeit auf die Isländer eindeutig großen Eindruck gemacht. In Presse, Radio und Fernsehen wurde lebhaft diskutiert, welch große Ehre es für Island sei und wie wichtig, das große Ereignis gut vorzubereiten.



Im Zentrum Reykjaviks

Magnus Ouskarsson, Vizebürgermeister von Reykjavik, sagte mir: "Noch nie zuvor hat unsere Hauptstadt so viele Gäste empfangen. Außer den 400 sowjetischen und amerikanischen Delegierten sind über 1000 Journalisten gekommen.

Mein Gesprächspartner bemerkte, daß den Isländern von seiten der Führer beider Großmächte großes Vertrauen erwiesen werde und man es durch die einwandfreie Organisation des Treffens rechtfertigen müsse.

An Sonnentagen erinnert Reykjavik mit seinen verschiedenfarbig gestrichenen niedrigen Häusern an ein buntes Mosaik. Vor dem Hintergrund eines hellblauen Himmels erhebt sich der konusförmige Kirchturm über der Stadt. In der Stadtmitte lenken eisenverschalte Holzhäuser neben modernen Gebäuden von bisweilen launiger Architektur die Aufmerksamkeit auf sich.

Die Hauptstraßen der Stadt führen zum Hafen hinunter. Hier liegen Schiffe unter den Flaggen vieler Länder am Kai. Seit alters her ist das Leben der Isländer mit dem die Insel umspülenden Atlantik verbunden. Fischfang und -verarbeitung sichern etwa drei Viertel des Exportaufkommens. Es gibt Aluminium-, Stahl-, Möbel- und Zementfabriken, Schiffswerften und Wollspinnereien. Die meisten Betriebe stehen in der Hauptstadt.

Im August d. J. beging Reykjavik sein 200jähriges Bestehen. Noch 1830 wurden hier 500 Einwohner und 50 Gebäude gezählt. Jetzt leben über 90 000 Menschen in der Hauptstadt. Die Gesamtbevölkerung beträgt ca. 240 000 Personen.

Erst verhältnismäßig spät, am 17. Juni 1944, wurde die unabhängige Republik Island ausgerufen. Bis dahin war die Insel gut 550 Jahre seit 1380, unter dänischer Herrschaft. 1918 wurde die Souveränität Islands anerkannt. Die Insel blieb jedoch noch ein Vierteljahrhundert in Personalunion mit Dänemark.

Der Urbanisierungsprozeß hat sich in den letzten Jahren verlangsamt. Immer mehr Menschen ziehen einem Leben in der Hauptstadt ein natürliches Leben fernab vom Stadtstreß vor. Islands Experten meinen, daß die außergewöhnliche Konzentration der Bevölkerung in Reykjavik sich auf die Wirtschaft anderer Regionen des Landes negativ ausgewirkt habe. Provinzstädte und Dörfer verfallen. Die Jugend will auch jetzt noch lieber in der Hauptstadt leben, wo sie interessantere Arbeit findet. Hier gibt es mehr Unterhaltungsmöglichkeiten, das Kulturleben ist abwechslungsreicher, es gibt Theater, Museen, Galerien, gut ausgerüstete Bibliotheken und eine Universität.

Die isländische Hauptstadt, die erstaunliche Natur des Landes, seine Geysire, Vulkane, Wasserfälle und Gletscher locken immer mehr Touristen an. Viele wundern sich, wenn sie erfahren, daß Reykjavik mit unterirdischen heißen Quellen beheizt wird, daß in den Gewächshäusern der Insel aufgrund dieser heißen Quellen das ganze Jahr über Gemüse und Blumen wachsen und daß das kleine Island eine große Schachnation ist. Mehrere Internationale Großmeister sind Isländer. Alle Gäste würdigen den Fleiß der Isländer, die unter rauhen Bedingungen auf steiniger, mit Lavabrocken übersäter Erde eine moderne Hauptstadt und gut eingerichtete Ortschaften zu bauen verstanden.

Als ich mich zur Stoßzeit durch Reykjaviks mit Autos verstopfte Straßen vortaste, schalte ich das Radio an. Der Ansager sprach über das Hauptthema des Tages, das Gipfeltreffen der beiden Spitzenpolitiker, dem besondere Verantwortung für das Schicksal des Weltfriedens zukommt.

J. BARBUCHO
APN-Korrespondent
für die NZ

Reykjavik

IAEA

Aufgaben für die Zukunft

● INTERVIEW MIT DEM GENERALDIREKTOR DER IAEA

In der leidenschaftlichen Diskussion für und wider Kernenergie formulierte Hans Blix sein Hauptargument pro wie folgt:

"Sie ist am ökologischsten. Die Verschmutzung der Umwelt und die Auszehrung der Ressourcen beschwören die Wahrscheinlichkeit einer allmählichen Vernichtung des Lebens auf Erden herauf. Unsere Generation darf nicht vergessen, daß die Welt nicht uns gehört, sondern wir ihr gehören, daß wir kommenden Generationen eine vergiftete und fruchtlos gewordene Erde nicht überlassen dürfen. Ebendeshalb unterstütze ich die Stromerzeugung durch Kernenergie..."

Mit dem Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEA) sprachen wir gleich nach Beendigung der Sonder- und der 30. turnusmäßigen Tagung der Generalkonferenz der IAEA in Wien. Auf der Sondertagung wurden zwei wichtige Konventionen verabschiedet: über die operative Benachrichtigung bei Havarien in Kernkraftwerken und die Hilfeleistung in solchen Fällen.

Auf der Sondertagung legte die UdSSR ein Programm der Schaffung eines internationalen Regimes für die sichere Entwicklung der Kernenergie vor. Nach Meinung vieler Teilnehmer des Wiener Forums trugen die ausführlichen Informationen der UdSSR über die Havarie in Tschernobyl und die Lehren daraus zur erfolgreichen Arbeit der Tagung und zur Erarbeitung wichtiger Dokumente bei.

Wie sind die weiteren Aussichten für die Tätigkeit der IAEA?

Blix. Nach Abschluß der Tagung der Generalkonferenz auf Ministerebene wird die Arbeit fortgeführt. Wir planen eine ganze Reihe von Maßnahmen für eine höhere Sicherheit der Kernenergie. Erstens sind die entsprechenden Sicherheitsnormen und -standards für nukleare Objekte zu erörtern. Sie sollen in Einklang mit den heutigen Bedingungen gebracht werden. Einige Normen werden möglicherweise obligatorisch werden. Die IAEA plant ferner, die Hilfe für die Mitgliedsländer zu erweitern, ihnen auf ihre Bitte hin Experten zu schicken, um den technischen Zustand der in Betrieb befindlichen Kernreaktoren zu überprüfen. So haben wir bereits einer ganzen Reihe von Ländern geholfen. IAEA-Experten besuchten Südkorea, Pakistan, Spanien, Schweden und Frankreich. Bald werden unsere Experten die BRD und Holland aufsuchen. Das ist keine obligatorische internationale Überprüfung, sondern technische Hilfe, die wir auf Bitte der Mitgliedsländer leisten.

Wird die IAEA auch bei der Ausbildung von Fachkräften helfen?

Blix. Ja, wir planen auch diese Art von Leistungen. Bekanntlich wurden die Havarien in Tschernobyl und im amerikanischen Kernkraftwerk Three Mile Islands durch falsche Bedienung hervorgerufen. Verständlich, welch große Bedeutung die Ausbildung des Personals von Kernkraftwerken hat. Überhaupt rückt heute das Problem der Beziehung von Mensch und Maschine in den Vordergrund. Dieses Problem gedenken wir auf einer Konferenz in Japan 1987 zu erörtern.

V. MICHEJEW

Wien

RGW--EG

Neue Runde

● In Genf fand ein Treffen von Expertendelegationen des RGW und der EG statt.

Das Treffen diente der gegenseitigen Information und verfolgte das Ziel, Mittel und Wege der Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen den beiden Wirtschaftsorganisationen zu erörtern.

Die Verhandlungen RGW--EG haben ihre Vorgeschichte. Die ersten Begegnungen von Vertretern des RGW und der EG fanden bereits 1973--1975 auf Initiative des RGW statt. Dabei ging es darum, ob die Aufnahme offizieller Beziehungen und Kontakte zwischen den beiden Organisationen sinnvoll ist.

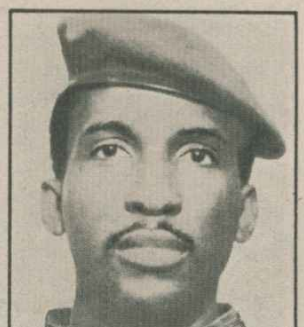
Bei den Verhandlungen der Jahre 1976--1980 legte der RGW den Entwurf eines umfassenden Rahmenabkommens über die Grundlagen der Beziehungen zwischen dem RGW und der EG als Organisationen vor, eines Abkommens, das gleichfalls die Prinzipien der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen der RGW-Länder zur EG und den EG-Ländern regeln würde. Im Brüsseler EG-Hauptquartier wurde ein eigener Entwurf präsentiert, der darauf hinauslief, Arbeitsbeziehungen zwischen dem RGW-Sekretariat und der EG-Kommission zu einem begrenzten Fragenkreis aufzunehmen. Diese Arbeitsbeziehungen sollen sich nach Meinung der EG auf den Austausch von Informationen in Bereichen wie Statistik, Standardisierung, langfristige ökonomische Prognostizierung und Umweltschutz beschränken.

Bis September 1980 fanden elf Verhandlungsrunden statt. Dabei konnte eine Reihe von Artikeln des Abkommens abgestimmt und vereinbart werden, daß es zwischen dem

BURKINA FASO

Erste Früchte der Revolution

● INTERVIEW MIT DEM PRÄSIDENTEN VON BURKINA FASO, THOMAS SANKARA



Der Präsident von Burkina Faso, Thomas Sankara

Burkina Faso heißt "Land der Würdigen". Bis 1960 war dieses westafrikanische Land französische Kolonie und hieß Obervolta. Nach der Unabhängigkeit 1960 übernahmen reaktionäre Kräfte die Macht und betrieben eine volksfeindliche, neokolonialistische Politik. Eine Clique riß der anderen die Macht aus den Händen, und nichts änderte sich. Obervolta blieb eines der ärmsten und rückständigsten Länder der Welt. Am 4. August 1983 fand dort jedoch eine Volksrevolution statt. Der Nationale Revolutionsrat unter Hauptmann Thomas Sankara, dem jetzigen rungschef des Landes, errang Präsidenten und Regie- die Macht.

Vor seiner UdSSR-Visite gab mir T. Sankara ein Interview. "Die Revolution hat in drei Jahren weitaus mehr für das Volk getan, als neokolonialistische Regimes in 23 Jahren. Der Staatsapparat ist vollständig umgestaltet. Es wurden Komitees zur Verteidigung der Revolution, die praktisch Funktionen der örtlichen Machtorgane verse- hen, und revolutionär Volkstribunale geschaffen. Vo der Revolution wurden 16 vo 100 Kindern beschult. Jet sind es 22. Neue Schule wurden gebaut. 7500 San tätsstellen und in jeder der 3 Provinzen 2 Erste-Hilfe-Stati nen wurden ausgerüstet. Fü Burkina Faso, ein Land, d ständig unter Dürre leidet, h der Bau von Bewässerungsa lagen große Bedeutung. Nac der Revolution wurden 25 Staubecken angelegt, währen es in den 23 Jahren dav ganze 90 davon gab. Der Ba einer Eisenbahnlinie in ein Bodenschätzen reiches Gebi begann."

90 von 100 Einwohne Burkina Fasos sind Bauern. den 3 Jahren der revolution ren Macht wurde unter d landlosen Bauern doppelt s viel Boden verteilt, wie unt den vorangegangenen Reg mes.

"Aber noch wichtiger sagte der Präsident, "ist, d es gelang, die Psychologie d Menschen zu verändern. Vo der neokolonialistische Psychologie hin zu dem B wußtsein, daß antiimperi listischer Kampf ansteht."

T. Sankara berichtet üb den Enthusiasmus des Volk

RGW und der EG als zwischen zwei Organisationen geschlossen wird, die Zusammenarbeit in Bereichen wie Umweltschutz, Statistik, Standardisierung und ökonomische Prognostizierung entwickeln. Doch da man sich in einer Reihe prinzipieller Fragen nicht einigen konnte, wurden die Verhandlungen unterbrochen.

Um die Gespräche aus der Sackgasse zu führen, ergriff der RGW eine neue Initiative, offizielle Beziehungen durch Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung aufzunehmen, deren Entwurf der EG im September 1985 vorgelegt wurde. Die Vorschläge des RGW laufen darauf hinaus, daß es die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen beiden Organisationen erlauben würde, die Zusammenarbeit entsprechend ihrer Kompetenz in Bereichen von beiderseitigem Interesse zu entwickeln.

Die RGW-Länder gehen davon aus, daß der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und die Europäische Gemeinschaft die größten wirtschaftlichen Gruppierungen des Kontinents sind, von denen jede bedeutende Erfahrungen gesammelt hat und eine gewisse Rolle in der Weltwirtschaft spielt. Deshalb wäre die Aufnahme beiderseits vorteilhafter Beziehungen für den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und die Verbesserung des politischen Klimas in Europa nützlich.

NZ-Korrespondent

USA--GROSSBRITANNIEN

Zwei Zivilisten soldatisch schroff

● EINEN REGELRECHTEN PROTESTSTURM RIEF DIE EINMISCHUNG WASHINGTONS HERVOR. ZIEL: UM JEDEN PREIS "DIE LABOUR PARTY STOPPEN"

Zwei hochrangige Zivilisten im Pentagon drücken sich gern soldatisch schroff aus. Gemeint sind Verteidigungsminister Caspar Weinberger und sein Abteilungsleiter Richard Perle. Ihr einschlägiger Leumund ist bekannt, und wir hätten die Schar der Beispiele nicht erweitert, wäre nicht das Objekt der Rüge: London. London und Washington verbinden "besondere Beziehungen". Zumal auf militärischem Sektor.

Per Fernsehkanal brach ein überseeisches Donnerwetter über die Labour Party herein. Weinberger, nicht wählerisch in seinen Ausdrücken, beschuldigte sie der Absicht, das atlantische Bündnis zu zerrütten. Perle nannte ihr Militärprogramm "absolut verantwortungslos und von der historischen NATO-Strategie losgelöst".

---

as am Aufbau einer neuen esellschaft teilhat. Er deutet e großen Schwierigkeiten , die mit der Verwirklichung r abgesteckten Ziele verunden sind, u. a. mit der alisierung des Fünfjahrpla- s 1986--1990.

Akuter Geldmangel bereenzt die Möglichkeiten, chnische Ausrüstungen zu ufen und selbst Spezialisten szubilden. Der Präsident be-



nt, daß das Volk von Burkina so entschlossen ist, Fortschritte auf allen Gebieten des Lebens zu erringen.

Ich fragte T. Sankara, ob es stimmt, daß er in seiner Jugend das sowjetische Kulturzentrum in Ouagadougou besucht und sogar Russisch gelernt hat.

"Ja. Das stimmt. Damals war ich Hörer an der Militärakademie in Kadiogo", sagt der Präsident. "Die Jugend ist immer offen für Wissen, ist auf der Suche nach Freunden, möchte viel lernen oder einfach nur ihre Neugierde befriedigen. Mich hatte die Geschichte der UdSSR fasziniert, die der Welt ein neues Gepräge gab und besonders durch die erhabene Gestalt Lenins die Sowjetunion für die Jugend so anziehend machte. Ich hielt es für notwendig, Russisch zu lernen, um Ihr Land, seine Kultur und aufregende Geschichte besser zu verstehen. Deshalb besuchte ich das sowjetische Kulturzentrum. Weil ich Soldat war, handelte ich mir ein paar Schwierigkeiten damit ein, denn zu jener Zeit herrschten in unserem Land Antisowjetismus und Antikommunismus."

Ich frage, wie sich die Beziehungen Burkina Fasos zu den sozialistischen Ländern verändert haben.

"Die Regierungsübernahme durch den Nationalen Revolutionsrat", erwiderte Sankara, "führte zu einer radikalen Veränderung sowohl der sozialökonomischen als auch der politischen Bedingungen bei uns. Schließlich hatte das Volk von Burkina Faso eine volksdemokratische Revolution vollzogen. Der Umbruch erfaßte alle Bereiche des Lebens. Die ihm zugrundeliegende materialistische politische Philosophie hilft uns, die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, besonders zur Sowjetunion, mit der wir die grundlegende politische Philosophie teilen, neu zu bestimmen. Der Nationale Revolutionsrat macht antiimperialistische Politik und drückt damit den Willen des Volkes aus. Es ist also nur natürlich, wenn er sich Positionen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder annähert, die von Anfang an auf antiimperialistischem Kurs Friedenssicherung, Gerechtigkeit, das Glück der Völker und ihre Befreiung von allen Formen der Willkür und Ausbeutung anstreben. Burkina Faso kann nur zu denen enge Beziehungen unterhalten, die diese Politik teilen. Das ist der Hauptgrund dafür, daß unsere Beziehungen zu den sozialistischen Ländern von heißen und ehrlichen Gefühlen durchdrungen sind.

Ich glaube", schloß der Präsident, "daß wir Bedingungen hergestellt haben, um eine enge Zusammenarbeit zwischen Burkina Faso und der Sowjetunion effektiv zu entwickeln. Mit eben diesem Ziel besuche ich Ihr schönes großes Land der überzeugten Patrioten. Zusammenarbeit und Austausch auf ökonomischem, technischem, kulturellem und sportlichem Gebiet und die Beziehungen zwischen der KPdSU und dem Nationalen Revolutionsrat sollten die Grundlage für die Entwicklung freundschaftlicher gegenseitiger Beziehungen bilden. Ich hoffe, daß man diesen Standpunkt auch in der Sowjetunion teilt."

S. KONDAKOW

TASS-Korrespondent in Ouagadougou,

exklusiv für die "Neue Zeit"

Die offene Einmischung in die inneren Angelegenheiten rief einen Sturm der Entrüstung hervor. Denis Healey, Außenminister des Labour-Schattenkabinetts, erklärte im Rundfunk, daß Richard Perle mit seinen Mitarbeitern genau so umspringt wie mit seinen ausländischen Kollegen", und bezeichnete den Vorfall als Verletzung aller diplomatischen Gepflogenheiten. Die Zeitungen riefen ein Versprechen des US-Vizepräsidenten G. Bush in Erinnerung, sich nicht in britische Angelegenheiten einzumischen, das er gewiß nicht grundlos dem Labour-Führer Neil Kinnock gegeben hatte. Bald jedoch war klar, daß die Demarche aus dem Pentagon "nach intensiven Beratungen mit dem State Department, dem vollkommen bewußt war, welchen Effekt sie hervorrufen", zustande gekommen war.

Auch der Grund wird nicht verschwiegen. Die Demarche fiel zeitlich zusammen mit dem Labour-Kongreß in Blackpool. Dort hatte Neil Kinnock erklärt, daß er im Fall eines Wahlsieges seiner Partei auf Atomwaffen verzichtet und amerikanische Atomwaffenstützpunkte von britischem Territorium zu beseitigen gedenkt. Als Ersatz für die nukleare Bewaffnung sollen konventionelle Waffen nachrücken.

Es wäre übereilt, Schlußfolgerungen zu ziehen. Wahlversprechen bleiben bekanntlich oftmals Wahlversprechen. Dieser Tage wurde bereits eine Spaltung in der Labour-Führung herbeigeredet. Besagter Healey hatte öffentlich seine "Zweifel" geäußert und behielt sich die Möglichkeit vor, amerikanische Stützpunkte zu behalten. Die Presseagentur Press Association hatte gemeldet, daß diese Erklärung "Frieden und Eintracht, die Neil Kinnock auf seinem Kongreß so gerne vorgeführt hätte, erschüttert habe".

Schon der Kongreß der Liberalen Partei hatte sich übrigens gegen Atomwaffen ausgesprochen. Entgegen dem Wunsch ihrer Führung. Sowohl der Sündenfall der Liberalen auf ihrem Kongreß als auch die wachsende Beliebtheit der Labour Party, die Umfragen zufolge alle anderen Parteien um 5 Prozent überflügelt, legen ein beredtes Zeugnis ab über die Stimmung im Volk.

Wahlen sollen in England bis spätestens Frühling 1988 stattfinden. Man ist jedoch bemüht, den "antiamerikanischen Bazillus" schon jetzt abzutöten. Zwischen dem britischen Verteidigungsminister Younger und Weinberger sollen Geheimverhandlungen zustande gekommen sein.

Die jetzigen Vorfälle kommen nicht aus heiterem Himmel. Sie wurden durch den Angriff amerikanischer Bomber auf Libyen im April beschleunigt. Jene waren von britischen Stützpunkten aus gestartet. Dem ging die amerikanische Okkupation Grenadas voraus, wo London seinen Gouverneur zu sitzen hat. Bald tauchten in Londoner Taxen Schilder auf: "Personal der US-air-force unerwünscht!" Ein charakteristischer Zug. Zwei von drei Briten verurteilten die Intervention gegen Libyen. 67 Prozent meinen, daß die USA "zu großen Einfluß auf die Militärpolitik Großbritanniens haben". 70 Prozent Briten zweifeln "an der Fähigkeit der USA, anstehende Weltprobleme verantwortungsbewußt zu lösen".

Dazu schlußfolgert die Londoner "Financial Times" nicht ganz von ungefähr, daß die Einstellung der US-Administration zur Rüstungskontrolle "zur Wasserscheide in den transatlantischen Beziehungen werden kann". Hierbei geht es schon nicht mehr um den amerikanisch-britischen, sondern den gesamteuropäischen Zusammenhang.

Willy Brandt, Vorsitzender der Sozialistischen Internationale, sprach in Blackpool und nannte die Absicht, britisches Territorium von amerikanischen Atomwaffen zu säubern, "eine zukunftsorientierte Politik". Er erklärte: "Unser letztendliches Ziel ist, Europa in eine Zone, frei von Atomwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen, auch chemischer, zu verwandeln".

A. JUGOW

ÖSTERREICH

Politische Krise

● Das politische Klima in der Alpenrepublik ist spürbaren Schwankungen ausgesetzt.

Sie sind durch den Beginn des Wahlkampfes in Österreich bedingt. Am 23. November werden die Österreicher an die Wahlurnen gehen, um ihren neuen Nationalrat, eine der beiden Parlamentskammern, zu wählen.

Die bevorstehenden Wahlen finden vorfristig statt. Ihnen war eine akute Regierungskrise vorausgegangen, die nach dem Beschluß des Präsidiums der regierenden Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) ausgebrochen war, die seit 1983 bestehende Koalition mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) aufzukündigen. Formeller Anlaß dafür war die Wahl des Kärntner Politikers Jörg Haider zum FPÖ-Vorsitzenden anstelle des jetzigen Vizekanzlers, des Bundesministers für Handel, Handwerk und Industrie, Norbert Steger.

Bundeskanzler Franz Vranitzky erklärte zu dem Beschluß, die "kleine Koalition" zu beenden, Haider könne die Kontinuität des von seinem Vorgänger verfolgten bundespolitischen Kurses nicht gewährleisten. In gewissem Maße ist die Entscheidung der SPÖ-Führung tatsächlich durch die dubiose Person Haiders bedingt, der in seiner nicht langen politischen Karriere mal am liberalen, mal am rechtsextremen Flügel der FPÖ agierte. Doch der Entscheidung der Sozialisten liegt der Versuch zugrunde, einen Ausweg aus der schwierigen Wirtschaftslage des Landes zu finden sowie den gefährlichen Popularitätsverlust der SPÖ zu stoppen.

Die Wirtschaftslage in Österreich hat sich verschärft: Die Arbeitslosigkeit nimmt zu, das Defizit des Bundeshaushalts wird größer. Die Verantwortung dafür wird natürlich der Regierung gegeben. Die Präsidentschaftswahlen im Mai und Juni sowie die Wahlen zum steirischen Landtag im September waren schmerzhaft für die SPÖ: Sie verlor insgesamt 5 Prozent der Wähler. Meinungsumfragen zufolge überholt die oppositionelle Österreichische Volkspartei (ÖVP) die Sozialisten, wobei sie stabil einen Vorsprung von 4--5 Prozent hat.

Die Sozialisten sind auch darüber besorgt, daß ihnen ein neuer Gegner erwächst — die Grünen, die von der SPÖ Enttäuschte an sich binden. Und das sind nicht wenige. Die Kandidatin der Grünen bei den Präsidentschaftswahlen, die ehemalige Sozialistin Freda Meissner-Blau, erhielt ca. 5 Prozent der Stimmen.

Unter diesen Bedingungen beschloß ein Teil der SPÖ-Führung eine Erweiterung der Koalitionsbasis und nahm Kurs auf die Schaffung einer großen Koalition SPÖ--ÖVP. Dieser Logik zufolge sollen die Ergebnisse der Wahlen nur die Verteilung der Ministerämter konkretisieren. In einigen seiner Wahlreden bezeichnete sich Franz Vranitzky bereits als neuer Bundeskanzler und der ÖVP-Vorsitzende Alois Mock nannte sich Vizekanzler.

Vor der künftigen Regierung steht die Aufgabe, Maßnahmen zur Sanierung der verstaatlichten Industrie und der Wirtschaft des Landes insgesamt durchzuführen. Folgende Rezepte werden offeriert: ein bedeutender Abbau der Beschäftigung in den Betrieben der verstaatlichten Wirtschaft, vor allem in der Stahlindustrie, eine teilweise Reprivatisierung dieses Wirtschaftsbereichs und die Aufhebung einer Reihe von sozialen Errungenschaften, die die Werktätigen unter der SPÖ-Regierung erzielt haben. Es wird also ein Weg gewiesen, den Regierungen auch in einigen anderen Ländern Westeuropas bereits eingeschlagen haben — eine Sanierung auf Kosten der Werktätigen.



"Hitler heißt Krieg" — vor über einem halben Jahrhundert war diese leidenschaftliche Warnung Ernst Thälmanns zu vernehmen. Das politische Antlitz der Erde hat sich inzwischen grundlegend verändert. "Trotz all dieser tiefreichenden Veränderungen bleiben die Ideen Thälmanns, die Lehren seines Lebens, seine Warnungen vor der Gefahr von Faschismus und Krieg aktuell", sagte Michail Gorbatschow auf der Kundgebung anläßlich der Einweihung eines Denkmals in Moskau für den leidenschaftlichen Revolutionär. Daran nahmen Erich Honecker, Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrates der DDR, Herbert Mies, Vorsitzender der DKP, Horst Schmitt, Vorsitzender der SEW, und Ernst Thälmanns Tochter Irma Gabel-Thälmann teil.

Ernst Thälmann, einst Ehrendeputierter des Moskauer Stadtsowjets, ist jetzt für immer Moskauer geworden.

Foto: S. Smirnow

Die vorgezogenen Wahlen sollen, wie man in der SPÖ-Führung meint, einerseits die Sozialisten davor schützen, allein derartige unpopuläre Entscheidungen zu treffen, was sich natürlich negativ auf die Wählersympathien auswirken würde. Andererseits sollen sie eine Konsolidierung der Grünen verhindern, solange sie sich noch nicht zu einer Partei zusammengeschlossen haben und eine Vielzahl kleiner politischer Gruppierungen darstellen.

Die Manöver der "Pragmatiker" in der SPÖ stoßen auf den Widerstand des linken Parteiflügels. Auch die Werktätigen sind beunruhigt. Sind ja gerade vor allem gegen sie die Sanierungsmaßnahmen gerichtet. Als Antwort auf die Pläne der Sozialisten erfolgten Protestdemonstrationen, wurden mehr Stimmen für die Grünen und die Kommunisten in den Industriezentren der Steiermark bei den kürzlichen Landtagswahlen abgegeben.

Unterdes tritt der Wahlkampf in seine heiße Phase. Trotz der Pläne für eine große Koalition wollen die SPÖ und die ÖVP, daß eine von ihnen die absolute Parlamentsmehrheit erringt und folglich laut Verfassung den Bundeskanzler stellt. Ebendeshalb erklärte die ÖVP in einer kürzlichen Nationalratsdebatte, sie wolle mit einem Kanzler Mock einen gründlichen Hausputz vornehmen.

Die SPÖ-Führer ihrerseits setzen auf die Popularität Vranitzkys. So verkünden Wahlplakate der Sozialisten, Vranitzky verspreche nur das, was er auch halten werde.

B. NIKOLAJEW

Wien

USA--RSA

Schlappe des Präsidenten

● Sanktionen erlangten Gesetzeskraft. Doch wird man sie einhalten!

Die Nachricht, daß Präsident Ronald Reagan am 26. September sein Veto gegen eine Resolution des US-Kongresses für die Verhängung einiger Wirtschaftssanktionen gegen die RSA einlegte, wurde in Pretoria mit großer Genugtuung aufgenommen. Pieter Botha bekundete "tiefsten Respekt" vor der "Entschlossenheit" des US-Präsidenten. Doch die Rassisten hatten sich zu früh gefreut. Das Repräsentantenhaus stimmte am 29. September und dann der Senat am 2. Oktober mit satter Zweidrittelmehrheit für die Aufhebung des Präsidentenvetos.

Die US-Administration hatte alles getan, um eine Niederlage in der Auseinandersetzung mit dem Kongreß zu verhindern. So hatte sie vor der Abstimmung im Repräsentantenhaus verkünden lassen, Reagan sei bereit, einige jener Sanktionen zu akzeptieren, die in der zwischen Repräsentantenhaus und Senat abgestimmten Resolution genannt werden. Das Repräsentantenhaus, in dem die Demokraten die Mehrheit haben, hatte ja anfangs härtere Sanktionen gebilligt als der Senat. Doch im Vermittlungsausschuß hatten die Abgeordneten des Repräsentantenhauses Zugeständnisse an die Senatoren gemacht, die für begrenztere Sanktionen eintraten. Die Administration aber hatte verlangt, diese noch weiter zu beschneiden.

Obwohl im Senat die meisten ihm angehörenden Republikaner für den Resolutionsentwurf gestimmt hatten, hoffte das Weiße Haus doch, die Zweidrittelmehrheit, die für Aufhebung des Präsidentenvetos erforderlich ist, würde nicht zusammenkommen. Um das zu verhindern, legte sich die Administration tüchtig ins Zeug. So ernannte Reagan übereilt einen schwarzen Diplomaten zum Botschafter in der RSA. Das machte keinen Eindruck. Geht es ja nicht darum, wer die USA in Pretoria vertritt, sondern darum, welche Politik sie gegenüber dem Apartheidregime verfolgen.

Am Vorabend der Abstimmung über das Veto tauchte US-Außenminister George Shultz im Senat auf. Unter den Argumenten, zu denen er Zuflucht nahm, war auch folgendes: Wie der Korrespondent der Fernsehgesellschaft ABC mitteilte, sprach Shultz "viel von dem Treffen in Reykjavik, wobei er betonte, der Präsident werde es schwerhaben, ein prinzipielles Gespräch mit Michail Gorbatschow in Island zu führen, wenn kurz vor dieser wichtigen Begegnung sein Veto aufgehoben wird und der Präsident eine Niederlage im Kongreß erleidet".

Doch dem Weißen Haus gelang es nicht, das Präsidentenveto zu verteidigen. Nach dem Repräsentantenhaus wies auch der Senat das Veto zurück. So endete der Konflikt

über Sanktionen gegen die RSA mit einer Niederlage der Administration.

Jetzt, da das Präsidentenveto abgewiesen wurde, erlangte die Kongreßresolution Gesetzeskraft. Ihre Ausführung wird ein Verbot für neue Kapitalinvestitionen amerikanischer Firmen und Banken in die RSA-Wirtschaft, ein Einfuhrverbot für Textilien, Stahl, Roheisen, Kohle, Uranerze und Agrarprodukte aus Südafrika sowie den Entzug der Landeerlaubnis in den USA für RSA-Flugzeuge bedeuten.

N. RESCHETNJAK

DDR--UdSSR

Die Fähre Mukran—Klaipeda

● **Eine neue internationale Fährverbindung wurde in Betrieb genommen.**



Noch vor einigen Jahren war das kleine Fischerdorf namens Mukran, im Nordosten der Insel Rügen (DDR), kaum jemandem ein Begriff. Nach der Fertigstellung des Fährkomplexes dort, eines Teils der Eisenbahnfährverbindung zwischen der UdSSR und der DDR, wird es ein großer Seehafen sein. Am 2. Oktober wurde der erste Block in Mukran in Betrieb genommen. Die Fährverbindung wurde durch den ständig wachsenden Umfang des Güterverkehrs UdSSR--DDR erforderlich.

Verschiedene Varianten des Projekts wurden erörtert. Doch für Mukran sprachen viele Argumente: Von Mukran bis Klaipeda sind es auf dem direkten Seeweg nur 506 km — die kürzeste Entfernung. Bei Mukran sind gute hydrologische Bedingungen gegeben. Rügen ist durch Bahnlinien mit Berlin und anderen Städten verbunden.

Die Fachleute aus der UdSSR und der DDR sorgten bei der Projektierung und Ausführung dafür, daß in Mukran und in Klaipeda die Uferanlagen, die Hebe- und Übergangsbrücken identisch waren. So kann die Ent- und Beladung der Fähre in jedem Hafen in nur vier Stunden erfolgen. Als Fähre dient ein Zweideckschiff, das 103 Waggons aufnimmt.

...Wir stehen auf der Kommandobrücke neben Gerhard Gumprecht. Er, ein gebürtiger Berliner, ist 49, fährt schon 32 Jahre zur See, davon 21 Jahre als Kapitän. Die Fähre trägt den Namen "Mukran". Sie ist die erste von sechs Fähren, die für die neue Verbindung vorgesehen sind. Drei von ihnen werden unter der Flagge der UdSSR, die drei anderen unter der der DDR verkehren.

L. JELISSEJEW,
NZ-Korrespondent

Berlin

USA--LIBYEN

Top secret: Lüge

● **WEITERE ANTILIBYSCHE KAMPAGNE**

In Washington ist Libyen wieder in aller Munde. Wodurch hat sich dieses Land erneut vor dem Weißen Haus "schuldig gemacht"? Durch nichts. Im Gegenteil ist es, wie sich herausstellte, das Weiße Haus, das eine schmutzige Weste hat. Im gleichen Augenblick, als es Blitz und Donner gegen Libyen schleuderte, log es...

Gemeint ist der zynische antilibysche Plan, ausgeheckt vom Sicherheitsberater des Präsidenten, John Poindexter, der am 14. August d. J. bei einer Beratung im Weißen Haus bestätigt und unverzüglich in die Tat umgesetzt wurde. Natürlich wäre dieser Plan aus ganz verständlichen Gründen streng geheim geblieben, doch da... veröffentlichte die "Washington Post" am 2. Oktober einen langen Artikel ihres Korrespondenten Bob Woodward unter der vielsagenden Überschrift "Gaddafi Objekt eines geheimen US-Desinformationsplans".

"Wie aus den Meldungen informierter Kreise und aus verschiedenen Dokumenten hervorgeht", heißt es in dem Artikel, "begann die Reagan-Administration im August eine geheime und ungewöhnliche Desinformationskampagne, um den libyschen Führer Muammar Gaddafi davon zu überzeugen, amerikanische Bomber würden jeden Augenblick erneut einen Schlag gegen Libyen führen und möglicherweise werde ein Umsturz gegen ihn erfolgen."

"Ein Schlüsselelement der neuen Strategie", wird Poindexters Memorandum weiter zitiert, "ist die Mischung aus Wahrheit und Lüge — auf der Grundlage eines Desinformationsprogramms, dessen Hauptziel darin besteht, Gaddafi dazu zu bringen, zu **denken** (unterstrichen im Original — **die Red.**) , daß die innere Opposition gegen seine Führung in Libyen groß sei, daß seine engsten Berater ihm untreu seien und die USA jeden Augenblick militärische Maßnahmen gegen ihn ergreifen würden."

Das war ein Programm für die US-Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates, für dessen Destabilisierung, den Sturz der Regierung und die Behauptung eines Washington genehmen Regimes in Libyen.

Erinnern wir uns an die wütende antilibysche Kampagne, die Washington Ende dieses Sommers entfesselte. Dazu gehören sowohl das gemeinsame amerikanisch-ägyptische Manöver "Sea Wind" in provokatorischer Nähe vor der libyschen Küste als auch die demonstrative Konzentration von Schiffen der 6. US-Flotte — mit bedeutender Verstärkung von jenseits des Atlantik — im Mittelmeer! Ferner das Eintreffen einer zusätzlichen Gruppe von Bombern des gleichen Typs, die Mitte April d. J. Libyen überfallen hatten, auf US-Stützpunkten in Großbritannien. Und schließlich die Reise von Vernon Walters, dem US-Botschafter bei der UNO, einem bekannten Destabilisierungsspezialisten, in westeuropäische Hauptstädte. Auch an den Tschad-Besuch des stellvertretenden Stabschefs der US-Streitkräfte in Europa, General Richard Lawson, sei erinnert, um, wie sich das "Wall Street Journal" "zufällig verplapperte", zu klären, ob der Tschad mit Hilfe Frankreichs und der USA "Druck auf Gaddafi" ausüben könne.

Ein schmutziges Treiben! Doch die Presse empört sich nicht darüber, wie sich die USA gegenüber Libyen aufführten, sondern darüber, wie das Weiße Haus mit der "freien Presse" umsprang. Sie sei ja mißbraucht worden, wobei ihr "guter Ruf" Schaden nahm.

Bei der Verwirklichung des Desinformationsplans spielte besagtes "Wall Street Journal" die erste Geige, indem es Märchen mal von "neuen terroristischen Plänen Gaddafis", dann über "Gegenmaßnahmen" der USA gegen Libyen verbreitete. Und all das unter Hinweis auf "informierte Quellen", auf geheimnisvolle Vertreter der Administration, auf hochrangige Repräsentanten "nachrichtendienstlicher Kreise". Ja, auch andere US-Medien griffen begierig nach den Desinformationen. Jetzt verlangen sie Satisfaktion.

Der Skandal um den Desinformationsplan eskaliert. Das Weiße Haus, die Massenmedien, das Publikum sind erbost. Und doch ist kaum anzunehmen, daß das Weiße Haus sein antilibysches Syndrom überwinden wird. Wer weiß, vielleicht ist besagter Poindexter jetzt damit beschäftigt, ein weiteres Memorandum zu verfassen...

J. KORSCHUNOW
"NEUE ZEIT" 41.86

Was veraltet ist...

Valentin FALIN

Wie kommt es, daß es uns heute bei all unseren Erfahrungen nicht gelingt, einer konstruktiven Lösung näherzukommen?

Öfter als erforderlich richten Menschen ihren Blick nicht in die Zukunft, sondern versuchen, sich an Vergangenes zu klammern, in der Hoffnung, daß die Vergangenheit ein besserer Ratgeber ist und uns sagt, wie es weiter gehen soll. Das Gewesene soll uns davor bewahren, Fehler zu wiederholen. Die Erfahrung der Vergangenheit gibt jedoch keine Antwort auf die Frage, was uns in Zukunft erwartet. Auf Schritt und Tritt stoßen wir auf neue Fakten und Fragestellungen, für die es keine Patentlösungen, auf die es keine standardisierten Antworten gibt.

Die Gelehrten streiten sich um das Alter der Menschheit. Dabei werfen sie selten einmal die Frage auf, wie lange wohl die Zukunft der Menschheit bemessen sein mag. Der Mensch unserer Tage spürt mehr oder weniger unterbewußt, daß er nutzt und aufbraucht, was, wenn man so will, kommenden Generationen gehört.

Ist etwa die Tatsache normal zu nennen, daß allein in diesem Jahrhundert die Menschheit mehr Ressourcen verbraucht hat, als in den vorangegangenen 2,5 Millionen Jahren? Ist es etwa normal, daß allein für die Vorbereitung der Kriege des 20. Jahrhunderts mehr Rohstoffe und Energie verbraucht wurden, als in der ganzen früheren Menschheitsgeschichte? Wenn ja, dann sind zukünftige Generationen von vornherein dazu verurteilt, ärmer als wir zu sein. Denn die Ressourcen der Erde sind begrenzt. Sie zu erneuern, ist heute ebenso unmöglich, wie morgen.

■

Daraus folgt notwendigerweise, daß alles erneut und, ohne sich von Emotionen hinreißen zu lassen, überdacht werden muß. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, auf neue Weise zu denken.

Was sollte endgültig der Vergangenheit anheimfallen? Zunächst einmal solche Kategorien staatsmännischen Denkens, die alle bisherigen Kriege und Konflikte heraufbeschworen und alle bisherigen Probleme geschaffen haben. Ins Reich der Vergangenheit gehört ganz besonders die Politik der Stärke und der Gewalt. Eine derartige Politik ist nicht geeignet, auch nur eine Tonne Erdöl, auch nur eine Tonne Kohle zu fördern und etwas zu bewirken, was dem Menschen hilfreich wäre, was unser aller Leben verbessern würde.

Einige politische Begriffe und Kategorien sind moralisch hoffnungslos veraltet, wie z. B. die "Supermacht". Was bedeutet "Supermacht"? Die Fähigkeit eines großen oder eines besonders großen Staates, sich über andere Staaten zu erheben und ihnen vorzuschreiben, was sie zu tun und zu lassen haben. Die Sowjetunion ist gern bereit, auf diesen Status, den sie de facto erreicht hat, ohne auf ihn hingearbeitet zu haben, zu verzichten. Diese Bereitschaft schlägt sich dokumentarisch nieder, und zwar in dem Vorschlag, auf Atomwaffen zu verzichten. Denn sie sind es, die heute mächtige von supermächtigen Ländern abgrenzen.

Außerdem widersprechen Atomwaffen Recht und Moral. Amoralisch sind sie deshalb, weil sie in jeder Hinsicht, sei es auf dem Stand der heutigen oder der zukünftigen Technik, die Welt in Staaten unterschiedlichen Ranges einteilen. Die Atomwaffen waren es, die Europa in militärpolitische Blöcke spalteten und die internationale Sicherheit zunichte machten. Sollte es uns auch in Zukunft nicht gelingen, mit gemeinsamen Anstrengungen Atomwaffen hinter Schloß und Riegel zu sperren, dann ist die Menschheit dazu verdammt, unterzugehen. Das ist bedingt durch Charakter und Menge der angehäuften Waffen selbst.

■

In diesem Zusammenhang kommt es besonders darauf an, die Einstellung von Kernwaffenversuchen durchzusetzen. Warum mißt man dem in der UdSSR eine so große Bedeutung bei? Ich greife nur einen Aspekt heraus.

In vier Jahren werden sich die Teilnehmer des Vertrags über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen um den Konferenztisch versammeln, um zu entscheiden, was mit dem Vertrag weiter geschehen soll. Eine wichtige Frage wird jetzt entschieden. Die USA und Großbritannien erfüllen ihre Verpflichtung, Kernwaffenversuche einzustellen, nicht und verhindern damit, daß der atomare

ATOMWAFFEN HABEN EUROPA GESPALTEN UND DIE INTERNATIONALE SICHERHEIT ZUNICHTE GEMACHT

Rüstungswettlauf letztendlich angehalten wird und ein Abbau der Atomwaffenarsenale einsetzt. Wenn Washington und London ihre der Idee der Nichtweiterverbreitung selbst widersprechende unkonstruktive Position nicht revidieren, dann ist durchaus ungewiß, wie diejenigen Staaten, die freiwillig die Verpflichtung übernommen haben, keine Atomwaffen herzustellen und zu besitzen, auf diese Situation reagieren werden. Die aktuelle Bedeutung der Frage wächst mit jedem Tag. Die Antwort darauf kann weitreichende Folgen haben.

Der Nuklearklub besteht zur Zeit aus 5 Mitgliedern. 5 Mitglieder, und ebenso viele Meinungen. Die UdSSR schlägt vor, bis zum Jahr 2000 Atomwaffen praktisch zu liquidieren. Die USA erklären, daß die Zeit für eine Umorientierung ihrer Doktrin von atomarer auf nichtatomare Bewaffnung, von Kraftproben auf die Konzeption der Zusammenarbeit noch nicht reif ist. Vielleicht findet Washington irgendwann im nächsten Jahrhundert, wie man durchblicken läßt, einen Ersatz für das militärisch genutzte Atom. So lange sei man gewillt, sowohl Atomwaffentests fortzusetzen als auch den Katalog amerikanischer Kernwaffen quantitativ und qualitativ zu erweitern. Die Positionen Großbritanniens und Frankreichs geben ebenfalls keinen Anlaß zur Begeisterung. Beide Mächte "modernisieren" aktiv ihre Kernwaffenpotentiale. Schon bei dieser Stimmenverteilung ist es kompliziert, eine Einigung zu erzielen. Wenn es aber nicht 5, sondern 10, 15 oder 20 Atomwaffenmächte gibt? Wenn jede Kompanie, jeder Zug, jede Abteilung mit nuklearer Ladung ausgerüstet wird? Eins passiert dann ganz gewiß: Die Gefahr, daß ein Krieg beabsichtigt oder unbeabsichtigt ausbricht, wird immens erhöht.

Eine neue Denkweise ist unerläßlich, und zwar eingedenk der Tatsache, daß nicht nur Atomwaffen Gefahren weltweiten Ausmaßes in sich bergen. Andere Waffenarten sind herangereift, die dem Atom an Zerstörungskraft in nichts nachstehen, bzw. es noch übertreffen. Darüber nachzudenken und sich eine Perspektive vorstellen können, ist die eigentliche Aufgabe der Politiker. Allerdings haben sie kein Monopol auf objektive und besonders humane Antworten auf die Herausforderung der Entwicklung.

■

Ich erinnere an ein von vielen gründlich vergessenes Faktum. 1928 wurde der Briand-Kellogg-Pakt geschlossen. Er war das Ergebnis dessen, daß man die Erfahrungen des ersten Weltkriegs verarbeitet hatte. Der Krieg als Instrument nationaler Politik für die Lösung politischer, ökonomischer und anderer Probleme in den zwischenstaatlichen Beziehungen wurde verabschiedet. 7 Jahre später fiel der Pakt der Aggression des italienischen Staates gegen Abessinien zum Opfer. Diejenigen, die verbal Gewalt verurteilten, rührten damals keinen Finger.

Hierbei ist von meiner Warte aus der Umstand von Bedeutung, daß schon in den 20er Jahren Versuche unternommen wurden, die sich in gewissem Sinne durch große Kühnheit und Konsequenz auszeichneten, was sie von Initiativen, die die Staaten heute ergreifen, unterscheidet. Vor fast 60 Jahren war bereits klar, daß die Philosophie und Praxis staatlicher Willkür auf falschen Voraussetzungen basiert. Wie offenkundig muß das erst heute sein! Offenkundig für alle und verständlich genug, um zu entsprechenden Handlungen zu ermutigen. Denn es ist eindeutig unzureichend, nur in Worten friedlich und verträglich zu sein.

Sicherheit ist immer weniger ein militärisches, als vielmehr ein politisches Problem. Man kann es nicht gegeneinander, sondern nur gemeinsam lösen, und zwar ausschließlich auf der Grundlage von Gleichheit. Eine politische Entscheidung unter Bedingungen der Gleichheit setzt die Anerkennung der legitimen Interessen aller Seiten und die Würdigung dieser Interessen voraus.

Es ist unmöglich und auch nicht notwendig, die Sicherheit der Sowjetunion einseitig zu stabilisieren, unabhängig vom Stand der Sicherheit der Vereinigten Staaten. Wenn sich die USA in einer nachteiligen Situation befinden, ist das auch für die Sicherheit der Sowjetunion schlecht. Und umgekehrt. Die Sowjetunion geht davon aus, wie auch Michail Gorbatschow mehrfach betont hat, daß internationale Sicherheit nur etwas Gemeinsames sein kann, und was die UdSSR und die USA betrifft, nur etwas Gegenseitiges. Anders geht es einfach nicht. Heute, morgen und für die weitere unabsehbare Zukunft.

Wir sind unsererseits bereit, diese Prinzipien in vollem Umfang anzuerkennen und praktisch zu verwirklichen. Die sowjetische Seite erklärt sich einverstanden, die berechtigten Interessen und Sorgen der Vereinigten Staaten zu berücksichtigen. Das Streben, die Situation eigenmächtig zu egoistischen Zielen auszunutzen, liegt ihr fern.

■

Es gibt ein geflügeltes Wort: "Wenn ein Mensch den Schmerz seines Nächsten nicht fühlt, ist er selbst krank." Das läßt sich erst recht auf die Gesellschaft anwenden. Wenn eine Gesellschaft oder ein Staat nicht in der Lage ist, die Sorgen des Nachbarn zu verstehen, dann stimmt in diesem Staat, in dieser Gesellschaft irgend etwas nicht. Leider lehrt die Erfahrung, daß die Menschheit das Wesen guter Nachbarschaft noch lange nicht begriffen hat. Es scheint, als sei in der Polemik der letzten Jahre das positive Kapital, in West und Ost Entspannung genannt, verschleudert worden.

Wissen Sie, wieviel Zeit nötig war, um sich 1972 auf eine gemeinsame sowjetisch-amerikanische Erklärung über allgemeine Prinzipien der Zusammenarbeit zu einigen? Nunmehr ist es kaum zu glauben: Ein paar Tage! Nicht Monate und Jahre, weil guter Wille und die Bereitschaft vorlag, die Dinge bei ihrem Namen zu nennen und anzuerkennen, daß friedliche Zusammenarbeit und friedliche Koexistenz die einzig gesunde und vernünftige Alternative darstellen.

Zur Zeit ist das Schwierigste, die Scheuklappen abzulegen und einzusehen, daß das andere Land kein Reich des Bösen ist, daß es eigene Traditionen und eigene Vorstellungen über Gut und Böse hat. Eine neue Denkweise in der Politik und demzufolge ein neuer Anfang sind nicht möglich, wenn man die These aufrechterhält, die vor gar nicht langer Zeit Charles Wick, Direktor der USA-Nachrichtenagentur USIA formulierte. Ich zitiere: "Wir Amerikaner führen einen Ideenkrieg gegen die Sowjetunion. Die Nachrichtenagentur der USA ist das Waffenarsenal dieses Krieges." Der psychologischen Kriegführung, fügen wir ergänzend hinzu.

Bei ihren gegenseitigen Beziehungen stehen Staaten immer vor der Wahl, vor der Logik der friedlichen Koexistenz, der guten Nachbarschaft oder vor der Logik des Krieges. Wenn ein Staat sich auf die Logik der Konfrontation eingelassen hat, wird er seine Waffenvorräte unweigerlich erhöhen. Je höher der Konfrontationsdruck ist, desto spürbarer wird der "Mangel" an Rüstung empfunden. Nur die Logik der friedlichen Koexistenz und der friedlichen Zusammenarbeit ist geeignet, die Seiten zu der Einsicht zu bewegen, daß Abrüstung nicht nur möglich, sondern auch nützlich ist.

■

Präsident Franklin Roosevelt gebrauchte in seiner letzten Ansprache an den Kongreß 1945 die Worte eines Landsmannes: "Die einzige Methode, einen Freund zu gewinnen, ist, selbst ein Freund zu sein." Die Sowjetunion ist bereit, Freund aller Völker zu werden. Wir sind bereit, mit allen Völkern in konstruktivem und positivem Sinne bei der Lösung aller Probleme zusammenzuarbeiten. Damit die Zeit, die der Menschheit noch zu existieren bevorsteht, länger sei, als die, die sie schon hinter sich hat.



Brutale Preiserhöhungen — und wieder geht es auf den Straßen von Ekuadors Hauptstadt Quito heiß her





Die staatlichen Eisenbahnen an Privatfirmen! Viele Japaner sind dagegen

● MENSCHENRECHTE

GEFÄNGNISSE FÜR PAZIFISTEN

"Die Unzuverlässigen hinter Gitter" — so wurde die Aufgabe der 1987 bevorstehenden Polizeiübungen in Norwegen formuliert. Die "Ordnungshüter" und die Sicherheitspolizei werden die "Unterbringung" von Personen, "die eine Gefahr für die nationale Sicherheit darstellen", in Gefängnissen proben.

Wer der Kategorie der "Unzuverlässigen" zuzurechnen ist — darüber schweigt sich die Polizei aus. Doch das Gerichtsverfahren vom Vorjahr gegen die Antikriegsorganisation "Volksbewegung gegen den Krieg" und deren Zeitung "Ickevold" verdeutlicht, wo die Sicherheitsorgane Norwegens die "innere Gefahr" sehen.

● MILITARISMUS

PREIS DER AGGRESSION

Die Rüstungsausgaben sind eine viel größere Last für die israelische Wirtschaft, als das die offiziellen Zahlen des Staatshaushalts belegen — das ist die Schlußfolgerung einer Untersuchung, die der israelische Wirtschaftswissenschaftler David Berglass veröffentlichte. Darin heißt es, daß offiziellen statistischen Angaben zufolge der Anteil des Bruttosozialprodukts (BSP) für Rüstungsausgaben 1967(vor dem Sechstagekrieg) 10 Prozent betrug, dann allmählich stieg, 1968--1973 21 Prozent und nach dem Krieg vom Oktober 1973 gar 28 Prozent erreichte. Seitdem werden diese Ausgaben nicht geringer.

Während das BSP 1965--1980 um 530 Prozent zunahm, stiegen die Rüstungsausgaben real um 1760 Prozent.

● KONFRONTATION

EIN HAUS NICHT FÜR STRAUSS

Franz Josef Strauß attackierte erneut den Vizekanzler und Außenminister der BRD, Hans-Dietrich Genscher (FDP). Der CSU-Führer warf Genscher vor, er habe in seiner Rede auf der UNO-Vollversammlung, als er von dem "gemeinsamen europäischen Haus" sprach, eine "These der sowjetischen Propaganda übernommen".

Genscher erklärte daraufhin, die Deutschen sollten nicht die Spannungen in Europa schüren, sondern zu einer friedlichen Regelung auf dem Kontinent beitragen.

● STATISTIK

MEHR MITGLIEDER DER KPCh

Seit 1981 wurden, wie die Nachrichtenagentur Xinhua meldete, 6 300 000 neue Mitglieder in die KPCh aufgenommen. Die KPCh hat jetzt 44 Millionen Mitglieder gegenüber 38 Millionen (1980). Von den neuaufgenommenen Parteimitgliedern haben 1,4 Millionen technische Ausbildung. Der Anteil der Kommunisten mit Mittelschulbildung des zweiten Grades und Hochschulbildung stieg von 14,9 Prozent (1980) auf 23,9 Prozent (1985).

● ECHO DER VERGANGENHEIT

VOR 50 JAHREN

Die spanische Regierung beschloß, den Gewerkschaften des Landes den Besitz zurückzugeben, der ihnen vor Francos Machtergreifung im Ergebnis des Bürgerkrieges der Jahre 1936--1939 gehörte. Wie der AP-Korrespondent aus Madrid meldete, sollen die größten Gewerkschaften des Landes über 30 Mio Dollar Entschädigung bekommen und 160 Gebäude zurückerhalten.

● NAMEN UND FAKTEN

FÜR SCHULDIG BEFUNDEN

Der Nationalkongreß Ekuadors beschloß, Alberto Dahik, Minister für Finanzen und staatlichen Kredit, des Amtes zu entheben. Er wurde für schuldig befunden, ökonomische und finanzielle Maßnahmen, die zu einer jähen Teuerung im Lande und zur Verschlechterung der Lage breiter Bevölkerungsschichten führten, ausgearbeitet und verwirklicht zu haben.

Laut Verfassung ist der Beschluß des Nationalkongresses für den Präsidenten bindend.

● KONFLIKT

ANSCHLÄGE AUF DIE BAHN

Banditen zerstörten Fahrdrähte und Kommunikationen bei den staatlichen japanischen Eisenbahnen, wodurch sie den Zugverkehr zur morgendlichen Stoßzeit zum Erliegen brachten und den ca. 1 Million Pendlern aus Tokios Umgebung eine Menge Unannehmlichkeiten bereiteten.

Die Polizei meint, dies sei das Werk von Banden, die sich gegen den Regierungsplan wenden, die staatliche japanische Eisenbahnverwaltung in sechs einzelne Privatfirmen aufzuteilen. Im November v. J. waren Anschläge auf Schlüsselobjekte in Tokio und Osaka verübt worden, wodurch die Bahnverbindungen für mehr als 6 Millionen Fahrgäste aus den Vororten unterbrochen wurden.

● MEINUNG

ÜBERLEBEN UNMÖGLICH

Dr. Robert Gale erklärte auf einer Pressekonferenz in Las Vegas, die Havarie in Tschernobyl widerlege die These, man könne nach einem Nuklearkrieg überleben, meldete ein AP-Korrespondent. Die Strahlung im Raum des KKW betrug ein Zehntel derjenigen, die nach der Explosion selbst der schwächsten Atombombe freigesetzt würde, sagte Dr. Gale. Und wir arbeiteten unter optimalen Bedingungen, als viele Ärzte zur Verfügung standen und Krankenhäuser nicht beschädigt waren. Doch vom Hubschrauber aus habe er gesehen, daß im Radius von ca. 30 km um das KKW keinerlei Lebenszeichen zu erkennen waren. Dr. Gale unterstrich besonders, "daß die Dimensionen der Havarie deren enormen Folgen für die Menschheit nicht entsprechen".

Fotos: TASS, Zeichnung aus: "Der Spiegel" (BRD)

Schritt zum Abbau der Arsenale

Der NZ-Korrespondent in der Bundesrepublik Deutschland, Alexander Tolpegin, unterhielt sich mit Dr. Peter Glotz, Präsidiumsmitglied des SPD-Parteivorstands, und Karsten Voigt, Mitglied des SPD-Parteivorstands.

NZ: Wie beurteilt die SPD die jüngste Entscheidung der Sowjetunion, das einseitige Moratorium für Kernwaffenversuche zu verlängern?

P. Glotz: Wir begrüßen diesen Beschluß. Seinerzeit hatte die SPD den Appell der "Sechs von Delhi", der Staats- und Regierungschefs Argentiniens, Griechenlands, Indiens, Mexikos, Tansanias und Schwedens unterstützt, Kernwaffentests einzustellen. Die Verlängerung des Moratoriums durch die Sowjetunion ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Wir fordern die Vereinigten Staaten von Amerika auf, analoge Maßnahmen zu ergreifen.

K. Voigt: Die UdSSR hat ein Beispiel gegeben. Ich hoffe, daß die USA ihm folgen. Damit würden Bedingungen für den Abschluß eines Vertrages über einen vollständigen nuklearen Teststopp geschaffen. Natürlich müßte die Einhaltung eines solchen Abkommens kontrolliert werden. Aber eine solche Kontrolle ist absolut möglich.

NZ: Was könnte die BRD ihrerseits unternehmen, damit ein solcher Vertrag zustande kommt?

K. Voigt: Die Bundesrepublik ist eine Mittelmacht. Aber auch sie trägt ihren Teil politischer Verantwortung für die Welt von heute. Wir haben von der Regierung verlangt, daß sie ihre Position klar definiert. Meiner Überzeugung nach darf man die Frage der Einstellung von Nukleartests nicht auf unbestimmte Zukunft verschieben. Ein zweiseitiges Moratorium würde gute Vorbedingungen schaffen für eine daraufhin erfolgende Reduzierung der Kernwaffenarsenale.

NZ: Michail Gorbatschow begründete die Verlängerung des Moratoriums damit, daß die sowjetische Politik, einschließlich Fragen der Abrüstung, sich auf das Wissen um die tiefen Veränderungen in der Welt stützt. Wie beurteilt in ihrer außenpolitischen Linie die SPD diese Veränderungen?

P. Glotz: Es ist für niemanden ein

Warum sowjetische Seismologen nicht nach Nevada kamen

Nachdem im Raum des sowjetischen Nuklearversuchsgeländes bei Semipalatinsk im Rahmen eines sowjetisch-amerikanischen Experiments US-Seismologen drei Beobachtungsstationen eingerichtet haben, sollte eine Gruppe sowjetischer Seismologen in die USA reisen. Doch Washington verweigerte ihnen Einreisevisa. Daraufhin folgte eine "Erläuterung" der US-Behörden, unter gewissen Bedingungen könnten die sowjetischen Geophysiker die USA besuchen.

Wie sehen diese Bedingungen aus? Wie ist das weitere Schicksal des einmaligen geophysikalischen Experiments, das Wissenschaftler des Instituts für die Physik der Erde der AdW der UdSSR und deren Kollegen aus den USA durchführen? Darüber zu berichten baten wir den amtierenden Direktor des Instituts Prof. M. Gochberg und das korrespondierende Mitglied der AdW der Armenischen SSR, Igor Nersessow.

M. Gochberg. Entsprechend dem Abkommen zwischen der AdW der UdSSR und dem Rat zum Schutz der natürlichen Ressourcen (USA) sollten sowjetische Geophysiker nach der Installierung amerikanischer Kontroll- und Meßstationen im Raum Semipalatinsk und Karkaralinsk in die Umgebung des nuklearen Versuchsgeländes im US-Bundesstaat Nevada fahren, um gemeinsam mit Amerikanern Standorte für Stationen, ähnlich jenen, die schon bei uns im Betrieb sind, zu suchen. Das sollten I. Nersessow, Leiter des Experiments von sowjetischer Seite, sowie die Mitarbeiter unseres Instituts S. Daragan, O. Stoljarow, N. Tarassow und J. Sutulow übernehmen. Sie alle arbeiteten mit amerikanischen Wissenschaftlern bei Semipalatinsk zusammen, I. Nersessow aber besuchte bereits wiederholt die USA, ohne dabei Visaprobleme zu haben.

Doch unsere Wissenschaftler erhielten keine Einreisevisa. Dazu verlautete, Einreisvisa an die sowjetischen Seismologen könnten ausgestellt werden, doch unter zwei Bedingungen: Entweder kommen sie in die USA als Privatpersonen auf Einladung einer nichtstaatlichen Organisation — des Rates für den Schutz der Umweltressourcen, dann könnten sie Washington, New York und Dallas besuchen, mit ihren amerikanischen Kollegen zusammentreffen und Firmen, die seismische Anlagen erzeugen, aufsuchen. Doch ein Besuch des Versuchsgeländeraums und erst recht die Wahl von Standorten für Meßgeräte seien dann ausgeschlossen.

Die andere Variante, die die US-Administration vorschlug, sieht eine Einladung der sowjetischen Wissenschaftler über offizielle Kanäle vor. Dann würden die sowjetischen Geophysiker die Erlaubnis auch zum Besuch des nuklearen Versuchsgeländes in Nevada mit der Auflage erhalten, an einem weiteren Nukleartest teilzunehmen.

Von derartiger "Gastfreundschaft" können wir nicht Gebrauch machen. Besteht ja der ganze Sinn unseres Experiments, seine Einmaligkeit gerade darin, daß wir die Möglichkeiten zur **Kontrolle der Beendigung der Nukleartests** studieren. **An einer Fortsetzung der Erprobung** neuer Waffen für das Pentagon gedenken wir nicht **teilzunehmen.** Unseren Standpunkt teilen auch unsere amerikanischen Kollegen vom Rat zum Schutz der natürlichen Ressourcen, dessen Mitglieder die Teilnahme von Seismologen an Nukleartests für unzulässig halten. Kurz gesagt, bislang greift Washington zu beliebigen Tricks, um die Durchführung des Experiments auf US-Territorium nicht zuzulassen.

Kann eine solche Haltung der Washingtoner Administration das gemeinsame Experiment nicht vereiteln?

I. Nersessow. Der sowjetische Teil des Experiments geht weiter. Die AdW der UdSSR hält weiter an dem Abkommen mit dem Rat zum Schutz der natürlichen Ressourcen fest, und die Forschungsarbeiten im Raum des sowjetischen nuklearen Versuchsgeländes werden fortgeführt, welche Haltung Washington auch einnehmen mag.

Gegenwärtig sind in den drei speziell ausgerüsteten Stationen US-Experten tä-

Geheimnis, daß SPD und KPdSU zu vielen Fragen unterschiedliche Standpunkte beziehen. Was jedoch Fragen der Friedenssicherung angeht, haben wir auch viel Gemeinsames. Michail Gorbatschow sprach davon, daß es keine echte Sicherheit geben kann, wenn sie nicht gleich und umfassend ist. Auch die SPD hat die Idee einer allgemeinen Sicherheit formuliert. Wenn wir im Atomzeitalter überleben wollen, dürfen wir nicht gegeneinander rüsten, sondern müssen bei gegenseitiger Kontrolle abrüsten. Wir stellen die Konzeption einer allgemeinen Sicherheit der Doktrin "atomarer Abschreckung" entgegen, die der NATO-Strategie zugrunde liegt.

Die SPD führt den Dialog über Probleme der Sicherheit mit den Regierungsparteien der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages. Wir haben unter anderem mit der KPdSU eine Arbeitsgruppe geschaffen, die die Frage einer möglichen Kürzung der Militärhaushalte diskutiert. Wir werden diesen Dialog auch in Zukunft fortsetzen.

K. Voigt: Wir teilen natürlich die Meinung Michail Gorbatschows, daß sich Vorstellungen über den Krieg als Mittel, politische Ziele zu erreichen, überlebt haben. In der vornuklearen Epoche hatten im Kriegsfall Sieger und Besiegte eine Chance, zu überleben. Im Falle eines atomaren Konflikts wird es weder Sieger noch Besiegte geben. Auf beiden Seiten wird es nur Tote geben.

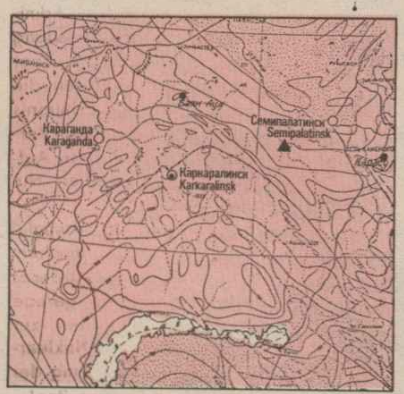
Im Mittelalter herrschte das Faustrecht. Jeder setzte seine Interessen durch und verließ sich auf seine eigene Kraft. In einem modernen Rechtsstaat jedoch steht die Anwendung von Gewalt zwischen Privatpersonen unter Strafe. Jetzt muß die Zivilisation den nächsten Schritt tun: die Anwendung militärischer Gewalt oder die Androhung ihrer Anwendung aus den internationalen Beziehungen ausschließen. Das Ziel unserer Politik besteht darin, eine solche weltpolitische Ordnung zu schaffen, unter der alle Konflikte auf friedlichem Weg entschieden werden. Unserer Überzeugung nach dient diesem Ziel auch die Konzeption gegenseitiger Sicherheit. Sie sieht eine Vertiefung des gegenseitigen Verständnisses der Seiten vor, eine etappenweise Abrüstung und die Veränderung der Militärstrategien dahingehend, daß sie ausschließlich defensiven Charakter annehmen. Es ist notwendig, kontinuierlich das zu beseitigen, was die andere Seite als Bedrohung auffassen könnte. Wir müssen lernen, einander nicht als Gegner, sondern als Partner zu sehen.

NZ: Auf Ihrem Parteitag wurde viel über einen aktiveren Beitrag der europäischen Staaten zur Weltpolitik gesprochen...

K. Voigt: Die europäischen Staaten dürfen nicht passiv abwarten, zu welchen Ergebnissen die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen führen. Sie müssen ihre eigenen Interessen energisch vertreten. Diese Interessen bestehen in einer Verminderung der Spannung, in der Entwicklung der Zusammenarbeit und in der Abrüstung.

NZ: Der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau hat auf dem Parteitag erklärt, daß ein zweites sowjetisch-amerikanisches Gipfeltreffen konkrete Ergebnisse bringen muß. Zum Beispiel, einen Vertrag über die Einstellung von Atomwaffentests oder über die Beseitigung sowjetischer und amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa.

P. Glotz: Wir sind unbedingt für konkrete Ergebnisse. Anderenfalls hätte dieses Treffen keinen Sinn.



Mit einem Dreieck ist das sowjetische Versuchsgelände im Raum Semipalatinsk gekennzeichnet, mit Kreisen die Stellen, an denen amerikanische Kontroll- und Meßanlagen aufgestellt sind. Das Schaubild wurde uns vom Rat zum Schutz der natürlichen Ressourcen (USA) überlassen

tig, ihnen helfen Mitarbeiter unseres Instituts. Im Oktober wird die Vorbereitung der Standorte für die Installierung der Geräte in den Bohrlöchern abgeschlossen sein. Das wird es erlauben, bereits im November das nächste Stadium des Experiments unter Einsatz von Hochpräzisionsgeräten in Angriff zu nehmen. Sie wurden von unseren Kollegen in den USA bereits praktisch vorbereitet. Eine Gruppe amerikanischer Geophysiker wird sie aufstellen.

Warum stimmten Sie dem Einsatz amerikanischer Geräte zu?

M. Gochberg. Das wurde auf einer gemeinsamen Beratung sowjetischer und amerikanischer Wissenschaftler beschlossen. Der Einsatz gleichartiger Geräte beseitigt diverse Streitfragen der Kalibrierung und der Kopplung sowjetischer und amerikanischer Geräte und vereinfacht die Arbeit, um so mehr, da auf den Versuchsgeländen unterschiedliche geologische Bedingungen bestehen. Grundsätzlich könnte sowohl sowjetische als auch amerikanische Technik eingesetzt werden. Wären Probleme mit Exportgenehmigungen für die US-Geräte aufgetreten oder sollte das geschehen, werden wir sowjetische Technik einsetzen.

Welche Ergebnisse erwarten Sie von dem Experiment? Was meinen Sie zu den wissenschaftlichen Kontakten mit amerikanischen Geophysikern?

I. Nersessow. Das enge Netz nationaler seismischer Stationen der Sowjetunion, der USA sowie anderer Länder, ferner die Möglichkeiten der kosmischen Beobachtung der Territorien des anderen erlauben es, eindeutig militärisch relevante unterirdische Nuklearexplosionen beliebiger Stärke zu ermitteln. Dieses System entstand unabhängig von unserem Experiment, seine Effektivität ist erprobt.

Zugleich wird es das Studium des geologischen Untergrunds im Raum Semipalatinsk erlauben, die Einhaltung des Moratoriums noch besser zu kontrollieren und selbst schwächste Explosionen unter den ungünstigsten geophysikalischen Bedingungen zu registrieren. Würde sich die US-Regierung bereit erklären, den Teilnehmern des Experiments Voraussetzungen für die Arbeit am Versuchsgelände im US-Bundesstaat Nevada zu schaffen, würde der Wert des Experiments weiter steigen.

M. Gochberg. Unser Experiment verfolgt auch ein anderes, rein politisches Ziel. Wir wollen, daß sich alle von der Möglichkeit einer effektiven Kontrolle des Moratoriums sowie von der Fähigkeit der Wissenschaftler beider Länder überzeugen, diese Kontrolle zu gewährleisten.

Das Experiment hat auch wissenschaftlichen Wert, da wir hoffen, geophysikalische Informationen nicht nur für die Erarbeitung von Methoden zur Beobachtung von Erdbeben, sondern auch für deren Prognose zu gewinnen. Überdies wird ein Hochfrequenzschwankungsfeld untersucht, das zur Entdeckung schwacher Signale unter verschiedenen Bedingungen ihrer Entstehung effektiv sein kann. Das ist ein neues Problem der Seismologie, und an seiner Lösung sind alle Seismologen der Welt interessiert.

Ich möchte betonen, daß die Seismologie eine zutiefst friedliche Wissenschaft ist. Wissenschaftler unseres Instituts nehmen an der Ausarbeitung von Methoden zur Suche nach Bodenschätzen teil, geben Empfehlungen für Bauleute, besonders in erdbebengefährdeten Regionen... Wir haben also genug zu tun.

Doch solange die seismologische Kontrolle das effektivste Mittel zur Beobachtung von Nukleartests ist, müssen wir uns auch damit befassen. Doch sowohl wir als auch unsere amerikanischen Kollegen glauben, daß der Tag nicht mehr fern ist, da unsere Geräte unweit der nuklearen Versuchsgelände nur den natürlichen Hintergrund der Erde festhalten werden.

Das Gespräch wurde von J. ANDRIANOW aufgezeichnet

Bald werden sechs sowjetische Regimenter aus der DRA abberufen. Darüber wird unser Sonderkorrespondent in Kabul berichten.
Der nichterklärte Krieg gegen das demokratische Afghanistan und sein Volk geht jedoch weiter. Wieso! Unser Leser Wassili Sharow fragt: "Sind die bewaffneten Konterrevolutionäre denn so zahlreich! Wie setzen sich ihre Einheiten jetzt zusammen, und wie ist ihre Bewaffnung und Taktik!"

Den Duschmanen auf der Spur

Wäre die bewaffnete Konterrevolution eine rein afghanische Erscheinung, so wäre sie schon niedergeschlagen. Der nichterklärte Krieg gegen die DRA wird jedoch mit reichlicher Unterstützung des Auslands geführt. Die USA allein haben für sie in den letzten Jahren fast 1,5 Md. Dollar bereitgestellt. Ungefähr 1 Md. Dollar bekommen die Duschmanen j ä h r l i c h aus der BRD, aus Großbritannien und Japan, von den Regierungen einiger arabischer Länder usw. Der britischen Zeitschrift "Middle East Economic Digest" zufolge läßt ihnen Saudi-Arabien dieses Jahr über 275 Mio Dollar zukommen. Die Gelder werden größtenteils für moderne Waffen ausgegeben.

Die Zählebigkeit der konterrevolutionären Bewegung erklärt sich natürlich auch damit, daß ihre wichtigsten Stützpunkte außer Reichweite der afghanischen Armee, in den Nachbarländern Pakistan und Iran, liegen. Dort befinden sich Hunderttausende sogenannte afghanische Flüchtlinge. Die allermeisten sind keine überzeugten Feinde der Revolution, sondern von der Propaganda irregeführte oder gewaltsam aus Afghanistan vertriebene Bauern. Man redet ihnen ein, sie könnten nur heimkehren, wenn sie einen bewaffneten Kampf gegen die Regierung der DRA führen. In letzter Zeit müssen die Rädelsführer der Konterrevolution jedoch immer mehr dazu übergehen, solche Leute in ihre Banden zu pressen, um die diesen von der afghanischen Armee beigebrachten Verluste wettzumachen.

Die Struktur

Die Einheiten der bewaffneten Konterrevolution sind zahlenmäßig schwächer, als in manchen westlichen Publikationen angegeben, wobei diese unverkennbar von Angaben der Rädelsführer ausgehen, die prahlen, um sich kostbar zu machen. Die einmal in der britischen Wochenschrift "Jane's Diffence Weekly" genannten 200 000--300 000 sind reinster Bluff. Die Angabe des amerikanischen "Armed Forces Journal International" von 90 000--120 000 kommt wahrscheinlich der Wahrheit näher, ist aber wohl auch übertrieben.

Die wichtigste konterrevolutionäre Gefechtseinheit ist eine Gruppe aus 10--50 Mann. Einige solche Gruppen bilden eine 100 bis 400 Mann starke Einheit. Mehrere Einheiten bilden eine "Front". Die Einheiten und Gruppen haben Kommandeure, Kommandeurstellvertreter, Stabschefs und sogar eigene Dienststellen für Aufklärung, Luftabwehr, Verbindungen usw. Für afghanische Begriffe beziehen sie einen ansehnlichen Sold, nämlich 350--500 Dollar monatlich. Auch die einfachen Bandenmitglieder sind besoldet, ihr Sold hängt von der Länge ihrer "Dienstzeit" ab und beträgt zwischen 100 und 250 Dollar. Außerdem werden "Prämien" gezahlt: für einen getöteten Soldaten der afghanischen Armee 100--150, für den Kopf eines Parteifunktionärs 200--300, für den eines Offiziers 600 und für einen angeschossenen Panzer 2000 Dollar. Als Beweis für die Erfüllung eines Auftrags nehmen die Duschmanen oft die abgeschnittenen Ohren ihrer Opfer mit nach Pakistan.

Im August d. J. wurde bei einem Prozeß in Kabul gegen sieben abwesende Häuptlinge größter Banden festgestellt, daß jeder dieser Banden ausländische Instrukteure, manchen sogar mehrere, beigeordnet waren. Es wird berichtet, daß mindestens 300 Amerikaner sowie Offiziere der pakistanischen, britischen, französischen, iranischen und saudischen Armee als Militärberater fungieren.

Die Organisationen

Jede Gruppe, Einheit und "Front" ist bei der Leitung einer der konterrevolutionärer Organisationen zuständig, die ihre Hauptquartiere in Peshawar (Pakistan) haben. Es sollen über 50 bestehen, militärisch stark sind aber nicht viele von ihnen: die "Islamische Partei Afghanistans" unter Gulbuddin Hekmatyar, die von ihr abgespaltene Gruppierung gleichen Namens unter Yunus Khalis, die "Islamische Gesellschaft Afghanistans" unter Burhanuddin Rabbani, die "Bewegung der islamischen Revolution" unter Nabi Muhammadi, die "Nationalfront der Rettung Afghanistans" unter Sibghatullah Mojadidi, die "Nationale islamische Front Afghanistans" unter Said Ahmad und einige andere. Obwohl sich ihre amerikanischen Schutzpatrone sehr bemühen, sie unter einen Hut zu bringen, bestehen zwischen ihnen große Differenzen, vor allem, weil jede dieser Organisationen führend sein will und den Löwenanteil an den aus dem Ausland kommenden Geldern sowie andere materielle Vor-

Den Duschmanen werden weiter Waffen geliefert
Foto aus: "Express" (Frankreich)



teile für sich beansprucht. Aber nicht nur das.

Dabei spricht auch mit, daß sie über die Zukunft Afghanistans verschiedener Ansicht sind und daß sogar bestimmte Klassenunterschiede bestehen. Manche Gruppierungen wollen in Afghanistan einen "islamischen Staat" nach dem Muster Saudi-Arabiens oder des Irans errichten, anderen schwebt ein Wiederaufbau der Monarchie vor. Manche "Parteien" verfechten den Paschtunenchauvinismus, andere suchen Angehörige der tadshikischen, usbekischen und hasarischen Minderheiten Afghanistans zu gewinnen. Die einen bekennen sich zur sunnitischen, die anderen zur schiitischen Richtung des Islams.

Im September berichtete die "Washington Post" über einen neuerlichen Hader der Duschmanen. Die Ursache war ein Besuch, den die Führer einiger konterrevolutionärer Organisationen mit Rabbani an der Spitze im Juni d. J. den USA abstatteten. Die übrigen fühlten sich zurückgesetzt und glaubten, ihnen sei dadurch ein großer Teil der US-Hilfe entgangen.

Blutige Zusammenstöße zwischen Gruppen verschiedener "Parteien" sind keine Seltenheit.

Die Lager

Die Duschmanen werden auch getrennt militärisch ausgebildet — jede große "Partei" oder "Front" hat ihre eigenen Ausbildungszentren. Etwa 150 bestehen in Pakistan, im Iran und in einigen anderen Ländern.

Ein Weißbuch des Außenministeriums der DRA über die Störakte Pakistans gegen die afghanische Revolution enthält eine detaillierte Liste dieser Zentren mit kurzen Beschreibungen und der Angabe der "Parteizugehörigkeit" jedes einzelnen. Auf einer beiliegenden Landkarte sieht man deutlich, wie dicht das Netz der Duschmanenzentren an der afghanisch-pakistanischen Grenze ist.

Die Ausbildung dauert von 2—3 Wochen bis zu 6 Monaten. Es gibt Zentren für allgemeine militärische Ausbildung, ferner Lehrgänge, in denen Granatwerferschützen, Sprengpioniere, Flakartilleristen, Funker usw. ausgebildet werden; ferner Sonderlehrgänge für den Umgang mit C-Waffen. Außerdem gibt es Lehrgänge, die Störagenten und Terroristen heranschulen, z. B. in Faqirabad, einem Vorort von Peshawar. Und schließlich werden Gruppen- und Einheitskommandeure separat herangeschult.

Die größten Lager, in denen zwischen 1000 und 2000 Mann gedrillt werden, befinden sich in der Umgegend von Peshawar (dort 13), bei Parachinar, Chitral, Chaman, Dir, Quetta, Miram Shah und Kohat. Die Wachen werden von Einheiten der pakistanischen Armee gestellt. Es besteht eine strikte Ausweiskontrolle.

Längs der Grenze zu Pakistan befinden sich ungefähr zwei Dutzend Waffen- und Munitions-, Proviant- und Ausrüstungslager sowie Lazarette der Duschmanen. Das alles steht ebenfalls unter Kontrolle von US-Beratern und pakistanischen Militärs. Mehr noch, die Armee Pakistans baut spezielle Chausseen zur afghanischen Grenze, auf denen den Banden Waffen zugestellt werden.

Die Grenze

In den ersten Jahren des nichterklärten Krieges wurde die Grenze der DRA zu Pakistan und zum Iran kaum bewacht. Eine Ausnahme bildeten einige Hauptübergänge. Es gab keine Grenztruppen, was sich die Duschmanen zunutze machten, um so gut wie ungetarnt in ganzen Einheiten die Grenze zu überschreiten. Jetzt hat die DRA Grenztruppen, die Bewachung der Grenze kommt in geregelte Bahnen, und es sind Hunderte von Bergpfaden festgestellt worden, auf denen die Duschmanen in Afghanistan einzudringen pflegten. Deshalb haben die Konterrevolutionäre ihre Taktik geändert. Immer öfter überschreiten Banditen einzeln und unbewaffnet, angeblich als Heimkehrer oder Nomaden, die Grenze. Danach kommen sie an einer verabredeten Stelle zusammen und ziehen in schwer zugängliche Berggebiete, wo für sie Waffenmagazine angelegt werden, was allerdings nicht ganz einfach ist. Dazu muß man ja eine große Karawane mit Waffen nach Afghanistan schicken.

Ein großer Stützpunkt der Duschmanen, genauer ein ganzes Stützpunktnetz, wurde von der afghanischen Armee in diesem Jahr in einer großangelegten Operation im Raum von Javara bei Khost, Provinz Paktia, unweit der pakistanischen Grenze ausgehoben. Der Komplex war von gestaffelten Verteidigungsanlagen, Minenfeldern und einem ganzen Luftabwehrsystem umgeben. Er umfaßte 49 Depots mit Waffen, Munition, Monturen und Proviant, ferner ein Ausbildungszentrum, eine Patronenfabrik sowie Waffen- und Autoreparaturwerkstätten.

Die Waffen

Die in Javara erbeuteten Waffen geben einen Begriff von der jetzigen Ausrüstung der Banden. Sie haben verschiedene Schützenwaffen, angefangen von den altertümlichen britischen Boor-303-Gewehren bis zu modernen MPis, leichten Panzerbüchsen, Granatwerfern verschiedenen Kalibers, schweren Fla-MGs und "Erlicon"-Schnellfeuergeschützen, britischen Javelin-Fla-Raketen; auch verfügen sie über große Mengen Panzer- und Schützenminen, denn die Duschmanen versprechen sich viel von einem "Minenkrieg" auf den Straßen Afghanistans, durch den sie den normalen Personen- und Güterverkehr stören wollen. Die Banditen haben auch C-Waffen. Erstmalig brachten sie amerikanische C-Granaten mit CS-Gas schon im Frühjahr 1980 in der Provinz Herat und unlängst bei Operationen in den Provinzen Wardak, Kabul und Loghar zum Einsatz. Afghanische Soldaten fanden bei den Duschmanen riesige Depots britischer C-Minen und -Granaten.

Überhaupt werden die afghanischen Konterrevolutionäre in letzter Zeit immer mehr mit westlichen Waffen beliefert. Anfangs bemühte sich der Westen, seine Beteiligung an den Waffenlieferungen für die Duschmanen geheimzuhalten. Deshalb wurden den Duschmanen auf ein Geheimabkommen zwischen der CIA



und dem israelischen Geheimdienst Mossad hin sowjetische Waffen geliefert, die die Israelis in den Nahostkriegen bei ihren arabischen Nachbarn erbeutet hatten. Sie konnten also behaupten, daß die Banditen mit Waffen ausgerüstet seien, die sie in Kämpfen mit der afghanischen Armee erbeutet hätten. Später, als die US-Presse ausführlich über die Debatten im US-Kongreß bezüglich der Waffenlieferungen an die afghanischen "Freiheitskämpfer" berichtete, wurden die Masken abgestreift, und die Konterrevolutionäre bekamen nunmehr modernste Waffen, darunter "Erlicon"-Geschütze, tragbare Startrampen für Boden-Boden-Raketen (mit denen die Banditen im Herbst 1984 Kabuler Wohnviertel beschossen), ja sogar neueste amerikanische "Stinger"-Fla-Raketen. Vor kurzem schrieb "Jane's Diffence Weekly", daß die Duschmanen über Vermittler (wahrscheinlich der CIA angehörende Deckfirmen) die noch perfekteren britischen "Blowpipe"- Fla-Raketen bekämen.

Die Taktik

Mit den Jahren ist auch die Taktik der Duschmanen anders geworden. Jetzt lassen sie sich gewöhnlich nicht auf Gefechte mit großen afghanischen Truppenteilen und mit der Zarandoi (Volksmiliz) ein, sondern verstecken nach einem Störakt oder einer Folge von Terrorakten die Waffen, gehen in die Berge und mischen sich unter die dortige Bevölkerung, um später einzeln und unbewaffnet nach Pakistan zurückzukehren.

Um das normale Leben in Afghanistan zu stören, sprengen die Duschmanen Brücken, Hochspannungs- und Fernsprechleitungen, überfallen LKWs und Autobusse, zünden in belebten Gegenden und in Betrieben Spengladungen, brennen Saaten nieder, treiben Vieh fort und plündern die Bauernhäuser. Wie aus einem von der "Islamischen Gesellschaft Afghanistans" Rabbanis veröffentlichten Lehrbehelf mit dem Titel "150 Fragen und Antworten für den Partisanen" hervorgeht, zählen zu den Objekten von Störakten auch "Krankenhäuser, Schulen und Kantinen, die schwach bewacht sind und deren Personal zu einem wesentlichen Widerstand unfähig ist". Die Störakte werden gewöhnlich nachts verübt.

Letzthin haben bewaffnete Konterrevolutionäre in verschiedenen Gebieten Afghanistans mehrere schwere militärische Niederlagen und politische Fehlschläge erlitten. So hat die "Front" unter Ahmad Shah Massud die Kontrolle über die Pandjshir-Niederung fast völlig eingebüßt. Allein in den letzten Monaten entschlossen sich einige tausend bewaffnete Banditen, die vom Revolutionsrat der DRA ausgerufene Amnestie für alle, die freiwillig die Waffen niederlegen, zu benutzen, und haben sich den Regierungstruppen ergeben.

Aber trotzdem ist die Konterrevolution militärisch noch stark genug, da sie von den USA und von anderen westlichen Ländern auch weiter militärisch und finanziell unterstützt wird, womit diese einer politischen Regelung der Situation um Afghanistan, für die sie angeblich sind, schwere Hindernisse bereiten. Die UdSSR und die DRA haben um einer möglichst baldigen Regelung willen gemeinsam beschlossen, daß bis Ende 1986 sechs sowjetische Regimenter aus Afghanistan abberufen werden, und haben damit klar zu verstehen gegeben, daß das nur ein erster Schritt ist. Ob ein zweiter und dritter folgen wird, das hängt von entsprechenden Maßnahmen der USA und Pakistans ab. Sie müßten die bewaffnete Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans abschwächen und einstellen. Andernfalls werde die UdSSR — was ebenfalls klar ist — das demokratische Afghanistan nicht im Stich lassen.

J. KISSELJOW

Truppenlandung auf den Kurilen?

fragen die Autoren von Artikeln, die in einem der jüngsten Hefte des "Gunji Kenkyu" (Militärrundschau) veröffentlicht wurden (Herausgeber der Zeitschrift ist das Nationale Verteidigungsamt Japans).

Die Artikelreihe in "Gunji Kenkyu" war betitelt "Die Nordterritorien müssen zurück!" (so werden in Tokio die der Sowjetunion gehörenden Inseln der Südkurilischen Kette bezeichnet). Die Redakteure des "Gunji Kenkyu" ließen ihre Zeitschrift zum Sprachrohr ungetarnter Revanchisten werden, die auf Gewalt setzen. "Territorien, die durch Kriegshandlungen verloren wurden, können nicht durch Gespräche am Verhandlungstisch zurückgeholt werden", heißt es in einem der Artikel. "Allein angesichts realer Streitkräfte für die Rücknahme der Inseln und der Bereitschaft, sie einzusetzen, kann der Partner gezwungen werden, Verhandlungen über ihre Rückgabe aufzunehmen."

Vergessen ist die Verfassung, in der der Verzicht Japans auf Krieg "für alle Zeiten" verkündet wurde. Die Armee auf die Eroberung sowjetischer Territorien vorzubereiten sei die Pflicht der Regierung. So "Gunji Kenkyu". Die Aufstellung von Stoßkräften, die "Japan die Nordterritorien zurückgeben" könnten, stelle die Grundlage dar, auf der "bei den Soldaten der japanischen Armee starker Geist" anerzogen werden könne.

Bedenkenlos erinnern die Autoren daran, daß die japanische Armee seit eh und je für ihre Fähigkeit berühmt war, den Gegnern prompt Schläge zu versetzen. Und wenn schon Stoßkräfte geschaffen würden, so solle man sich mit Taktik und Strategie wappnen, die "der eigenen Mentalität" entsprechen.

Gut 24 Seiten voll Hieroglyphen nehmen Pläne zur Schaffung (nach Muster der amerikanischen schnellen Eingreiftruppe) der ... japanischen "Mehrzwecktruppen" in Anspruch. Die Kurilen will man nach folgendem Schema erobern: Die Inseln werden im Blitztempo erstürmt, dann setzt man sich dort fest und erläßt einen Appell, eine internationale Konferenz zur Lösung der Frage über die Zugehörigkeit der Kurilen einzuberufen. Phantasiespiel? Ja und nein. Es sieht so aus, als ob das in "Gunji Kenkyu" dargelegte Vorhaben mit dem Programm zur Entfaltung der "Selbstverteidigungskräfte" in direkter Verbindung steht.

Man muß bloß die Logik der erwähnten Publikationen näher betrachten.

Vorgeschlagen wird, die Operation zur Vorbereitung der Eroberung der "Nordterritorien" damit zu beginnen, daß die höchsten Organe der militärischen Führung reorganisiert werden, nämlich das Vereinigte Komitee der Stabschefs und der Rat für Landesverteidigung. In den letzteren sollen als ständige Mitglieder die drei Befehlshaber der Teilstreitkräfte einziehen. (Eine solche Reorganisation erfolgt bereits in Tokio: Der Nationale Sicherheitsrat, der genau wie in den USA mit höheren Vollmachten ausgestattet wurde, ist bereits aus der Taufe gehoben.) Den "Mehrzwecktruppen" soll der Flottenchef vorstehen, da die Seestreitkräfte die Hauptlast der Offensivoperationen werden zu tragen haben.

Die Strategen aus "Gunji Kenkyu" meinen, um die "Nordterritorien" erfolgreich einnehmen zu können, müsse ein schlagkräftiger Sturmtrupp bestehend aus 2,5 Divisionen bzw. einem Armeekorps zusätzlich gebildet werden. Zur Gruppe sollten gehören: eine Marineinfanteriedivision, die Kampfhandlungen sowohl zu Wasser als auch zu Lande führen kann; ferner eine Panzerdivision und eine Luftlandetruppenbrigade. Die Truppengruppierung, die gegenwärtig auf Hokkaido einquartiert ist und 4 Divisionen, darunter eine Panzerdivision, zählt, dürfe dabei nicht geschwächt werden. Die Stoßgruppe wird aus den von anderen Regionen des Landes nach dem Norden verlegten Einheiten gebildet.

Die 13. Division auf Hokkaido wird von Kaitachō (nahe Hiroshima) verlegt. Es heißt, sie habe "die besten Kampftraditionen" der ehemaligen 5. Division der Kaiserarmee geerbt und sei auf Seelandungsoperationen gut verbereitet.

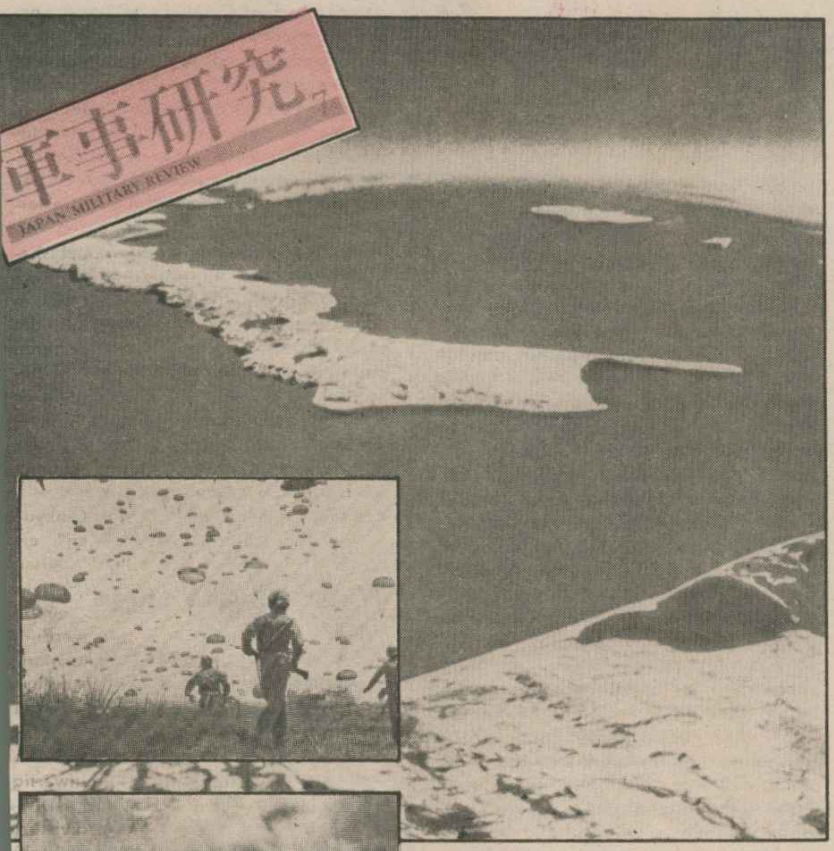
Wessen Meinung bringen nun die Autoren von "Gunji Kenkyu" zum Ausdruck? Die eigene? Vielleicht aber doch die des Nationalen Verteidigungsamtes. Von ihm wird doch die Zeitschrift herausgegeben.

Auffällig ist die Übereinstimmung zwischen den von diesen Verfassern ausgeheckten Plänen und den realen

Aktivitäten des Nationalen Verteidigungsamtes.

Dieses Kriegsministerium ließ mit der Entwicklung eines Perspektxivplanes für den Aufbau der "Selbstverteidigungskräfte" beginnen, der bis zum Jahr 2000 angesetzt ist. Die Aufgabe lautet, die Truppen auf Hokkaido und im Nordosten der Insel Honshu bedeutend zu stärken. Vorgesehen wird, die zahlenmäßige Stärke allein bei den Landstreitkräften bis auf 80 000 Mann zu erhöhen, und im Falle der Verkomplizierung der militärpolitischen Lage (sollte eine "Krisensituation" im Fernen Osten entstehen) eine Gruppierung von Landstreitkräften im Norden Japans zu schaffen, die 110 000 Mann zählen soll.

Die Zahlen belegen: Die "Selbstverteidigungskräfte" sind keineswegs für die Landesverteidigung gedacht. Geschaffen wurde ein Potential für Offensivoperationen. Und es soll von Jahr zu Jahr stärker werden. Der Vorwand? Die "sowjetische militärische Bedrohung", was denn sonst.





"Die Vorbereitung der Armee für die Eroberung der sowjetischen Ländereien ist die Pflicht der Regierung!" — fordern die Revanchisten auf den Seiten der "Gunji Kenkyu"

Die Ziele, militärische Macht in unmittelbarer Nähe der sowjetischen Grenzen im Fernen Osten aufzubauen, sind recht transparent. Genauso offensichtlich sind die Ziele der in Zusammenarbeit mit den USA ausgearbeiteten präzedenzlosen Pläne einer Blockade der La Perouse-, Tsugaru- und Tsushima-Straße. Der Stab der Landstreitkräfte Japans macht sich daran eifrig zu schaffen. Der Sinn dieser Pläne besteht darin, die Schiffe der sowjetischen Pazifikflotte am Auslaufen in den Ozean zu hindern.

Die Pläne des Nationalen Verteidigungsamtes sind mit der Strategie Pentagons für die asiatisch-pazifische Region fest verbunden. Etwas ungewöhnlich erscheint da der Artikel "Die USA-Strategie und die Nordgebiete", der im gleichen Heft von "Gunji Kenkyu" veröffentlicht wurde. Darin werden Zweifel daran angemeldet, daß Japan die Inseln im Alleingang erobern kann. Eine Besetzung der Kurilen wird da im Kontext eines totalen Krieges erwogen, wenn "Amerika, seine Angriffsstrategie im westlichen Teil des Pazifik verwirklichend, direkte Hilfe an Japan leisten wird". Die Aktionen der japanischen Armee würden "durch massierte Niederhaltung der sowjetischen Raketenbasen und volle Überlegenheit in der Luft und zur See nahe des japanischen Territoriums" unterstützt.

Der Autor orakelt, daß Washington bereit sei, seine ganze Militärmacht, die im Aquatorium des Pazifik in den an die Küsten der UdSSR anliegenden Regionen konzentriert ist, zum Einsatz zu bringen: Infanterieeinheiten (in Südkorea und auf Hawaii), Marineinfanterie (auf Okinawa), zwei taktische Luftarmeen (in Japan, Südkorea und auf den Philippinen), zu denen 240 nuklear bestückbare F-16-Jagdbomber zählen, sowie zwei Flügel (auf Okinawa und auf Guam) der Fernbomber B 52. Die 7. US-Flotte, die ihre ständigen Basen in Japan hat, besitzt 3 Flugzeugträger, 20 Atom-U-Boote und über 70 Kriegsschiffe anderer Klassen.

Mit Beginn der Kampfhandlungen werden die "Selbstverteidigungskräfte" dem "vereinigten Kommandostab" unterstellt, der von einem amerikanischen Admiral, dem Kommandierenden der USA-Streitkräfte im Pazifik, befehligt wird.

Japanische Revanchisten erhoffen sich die Unterstützung Washingtons. Ganz grundlos sind diese Hoffnungen wohl doch nicht.

Um einen Überraschungsangriff zur Besetzung der Kurilen verwirklichen zu können, sind nach Ansicht des Verfassers zusätzlich 20 große Landungsschiffe nötig, die den Transport des Sturmtrupps in 2 Staffeln werden sichern können. Hier die Zusammensetzung der Flugzeuggruppe: F-15-Jäger (um in der Luft Überlegenheit zu erlangen), Schlachtflugzeuge und Bomber, Frühwarnflugzeuge E-2C und AWACS-Spionagesysteme. Die "Selbstverteidigungskräfte" sind mit alldem bereits versorgt, oder aber werden es in absehbarer Zukunft geliefert bekommen.

Der Artikel in "Gunji Kenkyu" vermittelt einen Überblick über die Pläne der bedeutenden Aufstockung der Streitkräfte, mit denen sich die Spitzenpolitiker Japans tragen. Er zeugt davon, daß man in Tokio das Grundgesetz und die Prinzipien der Militärpolitik links liegenläßt, die bisher die Grundlage seines außenpolitischen Kurses (u. a. des Art. 9 des Grundgesetzes) bildeten, und revanchistische Stimmungen schürt.

W. BUNIN

Schweres Erbe und schwere Entscheidungen der Regierung Alfonsin

Nach dem Diktatorenwinter

Buenos Aires im Oktober, dem schönsten Monat des Jahres. Der regnerische, stürmische Winter ist schon vorbei, und die ermattende, versmogte Sommerhitze hat noch nicht angefangen. Noch genießt man die sanft wärmenden Sonnenstrahlen.

Während eines ebenso wohltuenden Oktobers vor drei Jahren setzte die politische Erneuerung Argentiniens ein. Nach 8 Jahren Militärdiktatur fanden im Oktober 1983 allgemeine Präsidentschafts-, Parlaments- und Wahlen zu den örtlichen Machtorganen statt. Im Ergebnis dieser Wahlen kam Ende 1983 die Bürgerlich-Radikale Union an die Macht. Ihr Vorsitzender, Raul Alfonsin, wurde Staats- und Regierungsoberhaupt.

Vom Alp befreit

Wie in fast jeder anderen lateinamerikanischen Republik waren in Argentinien Militärregierungen an der Tagesordnung. Fünfmal putschten die Militärs in einem halben Jahrhundert und insgesamt 22 Jahre lang regierten die Generale das Land. Dabei zeichnete sich die letzte Militärdiktatur (1976--1983) durch die besonders ausgeklügelte Grausamkeit aus, mit der sie jede Äußerung von Unmut erstickte.

Als ich nach Argentinien kam, lag die Diktatur in ihren letzten Zügen. Schon machte sich das Land für allgemeine Wahlen bereit. Die politischen Parteien nahmen ihre Tätigkeit fast legal auf. Die Gewerkschaften traten aus der Illegalität hervor. Man gab bislang verbotene Zeitungen und Zeitschriften heraus. Hier und da kam es zu Demonstrationen und Massenkundgebungen. Noch hielt die gedrückte Stimmung an. Noch hatten die Menschen Angst. Ich begegnete vielen, die einfach nicht glauben wollten, daß die Generale das politische Feld räumen. Man fürchtete ihre Rückkehr.

Als die Militärs regierten, machten sie mit jedem, der für sie ein ideologischer Gegner war, kurzen Prozeß. Ich erinnere mich, wie Ende 1984, Anfang 1985 kein Tag verging, an dem die Zeitungen nicht über geheime Gräber von Opfern der Repression berichteten. Das staatliche Fernsehen sendete Direktübertragungen von Orten, wo anonyme Gräber entdeckt wurden. Offiziellen Angaben zufolge waren in den Jahren der Militärdiktatur etwa 9000 Menschen "verschollen" gemeldet, also ermordet oder zu Tode gefoltert worden. Viele Tausend Argentinier haben Verhaftungen, Foltern und langjährige Gefängnishaft durchgemacht. Eine Million Menschen stand auf schwarzen Listen. Hunderttausende flohen, um sich im Ausland vor dem Terror in Sicherheit zu bringen.

Präsident Raul Alfonsin begann die grausigen Hinterlassenschaften der Militärregierung zu beseitigen. In seiner Eigenschaft als Staatsoberhaupt gab er seine erste Pressekonferenz im Februar 1984. Vor einheimischen und ausländischen Journalisten erklärte der Präsident im Blauen Saal des Regierungspalastes Casa Rosada, daß er seine Kräfte nicht schonen werde, um die von der Soldateska zugrundegerichteten demokratischen Freiheiten wiederherzustellen. Der Präsident gab unmißverständlich zu erkennen, daß die Schuldigen ihre verdiente Strafe erleiden werden.

Schritte zur Demokratie

Das waren keine leeren Worte. Alle von den Militärs eingeführten Verbote, darunter die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Argentiniens betreffend, wurden aufgehoben. Die schwarzen Listen wurden verbrannt und die Presse von der Zensur befreit. Politiker, Schriftsteller, Journalisten und Künstler kehrten nach jahrelangem Exil in ihre Heimat zurück und beteiligten sich sofort am politischen Leben. Auf Beschluß Raul Alfonsins wurde einer Gruppe von Generalen und Admiralen, Mitgliedern der Militärjunten, die Argentinien 8 Jahre lang regiert hatten, der Prozeß gemacht. Es bedurfte schon einer außergewöhnlichen Zivilcourage und staatsmännischen Kühnheit, um bereits drei Tage nach Antritt der Präsidentschaft die Verhaftung von neun führenden Mitgliedern vormals herrschender Triumvirate zu dekretieren.

Dieser Prozeß hatte zweifellos die Unterstützung der ganzen argentinischen Öffentlichkeit und trug zur Festigung der demokratischen Ordnung in Argentinien bei. Seine Bedeutung jedoch geht über ein einzelnes Land oder einen einzelnen Kontinent weit hinaus.

Zusammen mit den Generalen, die sich für Verbrechen gegen ihr Volk zu verantworten hatten, wurde im Justizpalast am Lavalle-Platz der Hauptstadt die "nationale Sicherheitsdoktrin" oder Theorie "des Kriegs im Innern" angeklagt. Mit dieser regierten in geistiger Komplizenschaft mit dem nordamerikanischen Großen Bruder die argentinischen Miltärs. (Bis vor kurzem noch die uruguayischen, die chilenischen und paraguayischen Militärs noch heute.) Dieser Doktrin gemäß sollten die Streitkräfte nicht nur eine äußere Aggression abwehren, sondern gegen den "inneren Feind" kämpfen. Damit waren linke und fortschrittliche Kräfte und Organisationen gemeint.

Wirtschaftliche Sorgen

Die Militärs hatten der Zivilregierung, wiederum nicht ohne Zutun der Nordamerikaner, eine ruinierte nationale Wirtschaft hinterlassen. In den Jahren der Diktatur wurden nationale Unternehmen reprivatisiert. Alle ökonomischen Hebel waren in den Händen einer Minderheit konzentriert, und die war eng mit multinationalen Konzernen verflochten. Finanzskandale gab es massenweise. Man nahm einen Auslandskredit nach dem anderen auf. Während 1976 vor dem Militärputsch, die Auslandsverschuldung Argentiniens bei 8 Md. Dollar lag, hatte sie 1983, als das Land zu einer verfassungsmäßigen Regierung zurückkehrte, 43 Md. Dollar überstiegen. Eine fünfeinhalbfache Steigerung! Nur ein unbedeutender Teil dieser Mittel kam der wirtschaftlichen Entwicklung zugute. Den Löwenanteil der Kredite riß die Militärelite an sich, auf deren ausländischen Bankkonten es sich wiederfand.

Von einer wirtschaftlichen Entwicklung konnte keine Rede sein, eher von einem Rückgang. Das Arbeitslosenheer wuchs an. Die Inflation schlug alle Rekorde. Zeitweise erreichte sie 700 Prozent im Monat.

Das Kabinett Alfonsin stellte sich die Aufgabe: in möglichst kurzer Frist die das Land würgende Krise abstellen und die Grundlage für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung schaffen. Diesem Ziel diente unter anderem der "Austral"-Finanzplan, der im Juni 1985 in Kraft trat. Er sah nicht einfach nur eine Devisenabwertung vor, sondern bei kraß fallendem Peso-Kurs die Einführung einer neuen Währungseinheit, dem "Austral", übersetze mit: der "Südliche". Jetzt konnte man 1000 alte Pesos gegen einen neuen Austral tauschen. Preise, Löhne und Gehälter wurden eingefroren. Die Staatsausgaben, auch für Sozialprogramme, wurden zusammengestrichen und die Diskontsätze gesenkt, um einen Anreiz für Unternehmer zu bieten.

Anfangs zeitigten die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen bestimmte Erfolge. Es gelang unter anderem, die Inflation auf einige Prozent im Monat zu drücken und damit den Kurs der Landeswährung zu stabilisieren. Allerdings ging das zu Lasten der Werktätigen. Die Gewerkschaften hatten ausgerechnet, daß die Reallöhne fast auf zwei Drittel geschrumpft waren, weil die Preise nach wie vor stiegen. Die Lage wird dadurch erschwert, daß etwa 2 Millionen Menschen arbeitslos oder auf Kurzarbeit gesetzt sind. Dementsprechend fehlt es ihnen an Existenzmitteln. Jetzt mehren sich Anzeichen dafür, daß dem "Austral"-Plan die Luft ausgeht. Die Inflationsrate, Indiz für den Allgemeinzustand der Nationalökonomie, steigt in den letzten Monaten wieder an.

Der "Austral" genoß nicht die bedingungslose Unterstützung der Werktätigen, Gewerkschaften und linken Parteien, inklusive der Kommunisten. Sie fordern die Regierung auf, eine prinzipiellere, den nationalen Interessen entsprechendere Haltung einzunehmen, was die Abzahlung der Auslandsschulden betrifft, die derzeit 50 Md. Dollar übersteigen, und sich nicht dem Diktat des Internationalen Währungsfonds zu beugen. Die Argentinier brachten ihre Unzufriedenheit bereits in Generalstreiks unter den Losungen: "Die Auslandsschuld wird nicht getilgt!" und "Keine Zugeständnisse an die multinationalen Konzerne!" zum Ausdruck. Die Opposition ist der Meinung, daß nicht der Kampf der Werktätigen für ihre Rechte die zerbrechliche Demokratie bedroht, sondern der Druck imperialistischer Kreise und die Machenschaften der zunehmend aktiveren inneren Reaktion.

Seinerzeit hatte der argentinische Außenminister D. Caputo davon gesprochen, daß, wenn die Auslandsverschuldung des Landes zwei Drittel des Bruttosozialproduktes übersteige, sie schon kein rein finanzielles, sondern ein politisches Problem sei. Daß dem so ist, spüren die Argentinier am eigenen Leib. Siebenmal übersteigt derzeit die Außenverschuldung Argentiniens die Jahreseinkommen aus dem Export. Allein die Höhe der Kreditzinsen beträgt über 60 Prozent der Eingänge aus dem jährlichen Export.

Argentinien international

Washington nutzt die äußerst schwierige Situation, in der sich Argentinien befindet, und versucht entweder selbst oder durch den unter seiner Kontrolle stehenden Internationalen Währungsfonds dem Land seine Bedingungen zu diktieren. Bedingungen, die den demokratischen Entwicklungsprozeß bremsen und die Position der Regierung Alfonsin schwächen. Ihr außenpolitischer Kurs paßt der Washingtoner Administration nicht.

Dem dient auch der für Mitte Oktober vorgesehene offizielle Besuch Präsident Raul Alfonsin in der UdSSR.

Die unabhängige Linie der Alfonsin-Regierung, angefangen bei ihrer aktiven Teilnahme an der Contadora-Unterstützergruppe bis zu ihrem Beitrag zur Tätigkeit der "Sechs von Delhi", führt zu steigender Gereiztheit im Weißen Haus. Der stellvertretende Unterstaatssekretär für Inneramerikanische Angelegenheiten, R. Gelbard, stattete unlängst Buenos Aires einen Besuch ab. Bei Gesprächen und Verhandlungen mit argentinischen Regierungsvertretern machte er kein Hehl daraus, daß die USA ungehalten sind, weil Argentinien mit Washingtons Handlungen gegenüber Nikaragua nicht einverstanden ist. Berichten der "Razon" zufolge hatte sich der amerikanische Emissär mit seinen Äußerungen keineswegs zurückgehalten und bediente sich vor seinen argentinischen Gesprächspartnern eines solchen Tones, daß "ein Sturm losbrach, dessen Nachhall in den benachbarten Räumen noch deutlich zu hören war". Der Nordamerikaner empörte sich darüber, daß im argentinischen Parlament eine Resolution behandelt worden war, in der die USA verurteilt werden, weil sie nikaraguanischen Konterrevolutionären 100 Mio Dollar zur Verfügung stellen. Das ist nur ein Beispiel der unverhüllten Einmischung Washingtons in argentinische Angelegenheiten.



Auf einer Hauptstraße in Buenos Aires

Foto: Lechtikuwa--TASS

Nicht nur in Lateinamerika wurde weithin anerkannt, daß Argentinien sich für die friedliche Lösung des Mittelamerika-Konflikts einsetzt und die fortgesetzte Aggression der USA gegen das unabhängige Nikaragua verurteilt. Die Bemühungen Raul Alfonsins als Mitglied der "Sechs von Delhi" gehen in die Richtung, das atomare Wettrüsten einzustellen und ein unverzügliches Verbot aller Atomtests durchzusetzen. Vor kurzem bekräftigte Argentinien gemeinsam mit den anderen Teilnehmern der "Sechs von Delhi" im mexikanischen Ixtapa seine Haltung zu Krieg und Frieden und trat darauf ebenso in der letzten Konferenz der Nichtpaktgebundenenbewegung in Harare auf.

Die Argentinier unterstützen die Bemühung ihrer Regierung, vielseitige freundschaftliche Verbindungen zur Sowjetunion und anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft aufzubauen.

Am 6. September d. J. begingen die Argentinier ein ungewöhnliches Jubiläum: 1000 Tage waren vergangen, seit Raul Alfonsin die Regierung angetreten hatte. Es waren schwere Tage. Der Kampf geht weiter, besonders in der Wirtschaft.

A. MEDWEDENKO

Buenos Aires--Moskau

Der erfolgreichste Raubritter aus früheren Jahrhunderten hätte seine Nachfahren in den USA der 80er Jahre beneidet

Börsengeier

Wladimir KASCHIN

"Hilfe! Piraten!" Diese Piraten sind aber nicht auf See, sondern auf dem Parkett und Marmor der Effektenbörse in ihrem Element, und ihre Opfer sind Großkonzerne. Dementsprechend führen sie auch andere Waffen: ihre Personalcomputer, die ihnen "ausrechnen", wer das nächste Opfer sein soll. Um ihre Beute hätten sie die erfolgreichsten Ritter leichter Gewinne aus allen Jahrhunderten beneiden können. Ihre Gewinne gehen in die Hunderte Millionen oder sogar in die Milliarden Dollar.

Wenn Manager erblassen

Noch vor etwa 5 oder 10 Jahren hatte keiner von ihnen gehört. Wenn heute Namen wie Saul Steinberg, Victor Posner, Carl Icahn, Herbert Siegel, Boone Pickens und die der Gebrüder Belzberg genannt werden, erblassen selbst geriebene Geschäftsleute. Einer Umfrage der US-Zeitschrift "Fortune" zufolge, fürchten die Manager fast der Hälfte aller größten US-Gesellschaften die Börsenpiraten.

Wie gehen diese auch Konzernjäger genannten Piraten vor? Scheinbar ganz usuell, etwa so wie Frank Cowperwood, der Held von Dreisers "Finanzier", gegen Ende des vorigen Jahrhunderts. Sie kaufen auf der Börse eine gewisse Anzahl von Aktien der auf die Abschußliste gesetzten Gesellschaft und fordern die Aktionäre danach auf, ihnen ihre Aktien zu einem bedeutend höheren als dem Börsenpreis zu verkaufen. Ein merkwürdiges Geschäft: Sie wolle die Aktien auf den ersten Blick überzahlen und bewußt auf Verluste eingehen. Das ist aber nicht der Fall.

So ein Pirat sucht sich nämlich eine Gesellschaft aus, deren Aktien an der Börse aus irgendwelchen Gründen unterschätzt werden. Er erwirbt das Kontrollpaket zu einem höheren als dem Marktpreis und rechnet darauf, die realen Guthaben, deren Wert bedeutend größer als alle Aufwendungen ist und die obendrein Bombengewinne abwerfen werden, in die Hand zu bekommen. Derartige Gesellschaften sind meistens unter den Großkonzernen anzutreffen. Ölkonzerne geben z. B. den Wert ihrer Öl- und Gasvorkommen öfter zu niedrig an, um Steuern zu sparen und die Regierung um Vergünstigungen und Subventionen anzugehen. Andere Firmen bilden insgeheim große Reserven und setzen den Wert ihrer Guthaben zu niedrig an, um weniger Dividenden an die Aktionäre ausschütten zu müssen.

Solche Firmen sind natürlich keine leichte Beute. Gemeinsam mit deren Hauptaktionären schützen die Manager geschickt die Guthaben vor Börsenspekulanten. Und da sie, wenn sie von den Absichten des Piraten erfahren, den Aktienkurs hinaufschrauben können, scheint schon der Versuch eines Anschlags sinnlos zu sein. Das stimmt aber nicht. Durch Ankauf einer gewissen Aktienanzahl (gewöhnlich 3–5 Prozent der Aktien) wird der Pirat selbst Großaktionär und ist somit laut Gesetz des Börsengeschäfts berechtigt, andere Aktionäre sowie die Manager der Firma zu veranlassen, ihm ihre Aktien zu verkaufen, nun aber zu einem von ihm selbst festgesetzten Zuschlag zum Marktpreis.

Bei dem üblichen Spiel an der Börse geht es um den Preisunterschied beim Aktienkauf oder -verkauf auf eine bestimmte Zeit. Der Spekulant, der auf Baisse spekuliert, rechnet darauf, daß der Aktienpreis sinken, daß er Aktien billig kaufen und sie später, wenn der Preis wieder steigt, teurer verkaufen wird. Spekuliert er auf Hausse, so hofft er, am Unterschied zwischen der für die Aktien gezahlten Summe und ihrem mit der Zeit gestiegenen Wert profitieren zu können. Solche Börsenspieler gehen, selbst wenn sie einen Bankkredit in Anspruch nehmen, für den Fall eines Fehlschlags das Risiko ganz auf eigene Kosten ein und können ihr gesamtes Vermögen verlieren.

Die heutigen Börsenpiraten benutzen für ihre Spekulationen nicht nur fremde Spareinlagen als Kredite, sondern wälzen das ganze Risiko ihrer Börsenspekulationen auf die Banken und ihre Kontoinhaber ab. Als Sicherung für das geliehene Geld dienen die Aktiva und die Aktien der zum Opfer ausersehenen Gesellschaft. Wenn sich die Dinge ungünstig fügen, kann der Pirat das Vorhaben einfach einstellen und der Bank die für ihr eigenes Geld erworbenen Aktien überlassen.

In letzter Zeit haben es die Börsenpiraten fertig bekommen, selbst diesem Risiko zu entgehen. Sie agieren jetzt an der Börse nicht selbst, sondern schicken Aktiengesellschaften vor, die für solche Geschäfte gebildet werden. Bei einem Fehlschlag bleibt das Vermögen des Piraten unangetastet, er riskiert nur das Kontrollpaket der von ihm gebildeten Gesellschaft. Nicht selten wird die ganze Operation mit den Aktien der eigenen Gesellschaft bezahlt. In solchen Fällen riskiert auch die Bank weniger, weil sie bei derartigen Geschäften nur als Garant beim Umtausch von Aktien gegen andere auftritt. Manchmal kommen die Piraten auch ohne Hilfe der Banken aus. Die finanzielle Sicherstellung wird ihnen von Investfirmen und Broker-, d. h. Vermittlerbüros mit Geldern des sogenannten sekundären Wertpapiermarktes geboten, auf dem Wechsel und andere Zahlungsverpflichtungen großer Gesellschaften kursieren, faktisch also aus einem zwiefach fiktiven Kapital.

Ein Verlierer weint nicht

Wer verliert also, wenn die Börsenpiraten selbst sowie die Banken und Brokerbüros, von denen sie finanziert werden, immer gewinnen? Die Verlierer sind gewöhnlich die Aktionäre der geschluckten Gesellschaften. Am meisten haben aber natürlich die Werktätigen zu leiden. Verkauft der neue Besitzer die Gesellschaft stückweise, dann müssen viele der Beschäftigten zum Arbeitslosenheer stoßen. Das gleiche geschieht bei einer sogenannten Rationalisierung des Betriebs der neuerworbenen Gesellschaft (genauso hat es der Zeitungsbaron Murdock mit den Londoner Druckereiarbeitern gemacht). Unschließlich sind die neuen Besitzer, die durch Inbesitznahme der betreffenden Gesellschaft entstandenen Schulden tilgen müssen, genötigt, die Löhne zu senken.

Was bringt ein derartiges Unternehmen ein? Beginnen wir mit den "Pechvögeln". Der professionelle Börsenpirat Herbert Siegel versuchte, nacheinander zwei große Filmgesellschaften – die Paramount und Twentieth Century Fox zu schlucken. Beide Male mißlang ihm das. Das angeblich Scheitern des ersten Versuchs warf ihn 2,5 und das zweite 100 Mio Dollar Reingewinn ab. Ein anderer "Pechvogel", Saul Steinberg, machte Jagd a

den Konzern Walt Disney Productions, gab die Absicht aber nach dreimonatiger Belagerung auf und "tröstete sich" mit 59 Mio Dollar.

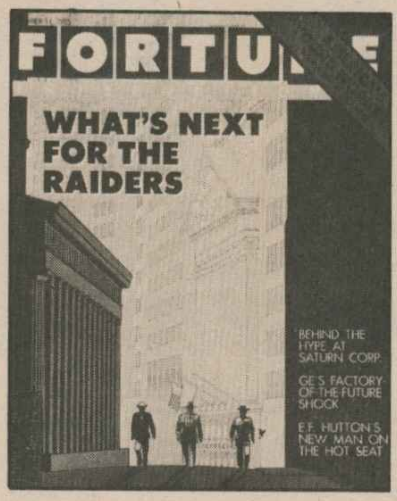
Wenn nun aber ein Anschlag gelingt und eine Gesellschaft geschluckt worden ist? Dann verläuft alles nach dem alten Usus der Piraterie: Die Exkapitäne (Exmanager) fliegen über Bord, die Fracht aber (die Aktiva der geschluckten Gesellschaft) wird nach ihrem Wert sortiert. Das Wertloseste wird verkauft, und mit dem Erlös werden die Unkosten des Anschlags gedeckt, das Einträglichste aber steckt der Pirat selbst ein. Die Gewinne aus solchen Börsenanschlägen sind horrend. Ein Piratenkönig, ein gewisser Boone Pickens aus Texas, hat in etwa 10 Jahren ein Vermögen von Hunderten Millionen Dollar "gemacht". Er hat Haie des Ölgeschäfts wie Gulf Oil, Cities Service und Superior Oil ausgenommen. Jetzt hat er es allen Ernstes auf den Supergiganten der Metallurgie U. S. Steel abgesehen.

Die Gebrüder Belzberg aus Kanada beteiligten sich zu Anfang der 80er Jahre an einem Versuch der Erben des Hunt-Finanzreiches, den kapitalistischen Silberweltmarkt an sich zu bringen. Gemeinsam mit Pickens belagerten die Erben 1984 den Konzern Gulf Oil und machten einen ganz schönen Schnitt. Jetzt kaufen die auf Raub bedachten Gebrüder Belzberg selbst ganze Konzerne auf. Sie kontrollieren bereits für schätzungsweise 5 Md. Dollar Aktiva. Die jüngste Aktion (April 1986) zielte auf die große US-amerikanische ölverarbeitende Gesellschaft Ashland Oil ab. Die Belzbergs ließen dafür 1,8 Md. Dollar springen, die Gesellschaft aber bot alle Kräfte auf (selbst Gesetze des Bundesstaats wurden abgeändert) und kaufte sich mit 15,4 Mio Dollar los.

An der Finanzkandare

Es gibt also neue Geschäftsgoliathe. Drängen sie nicht die alten Finanz- und Industriebarone zurück, und bedrohen sie nicht das monopolistische Establishment? Durchaus nicht. Die Börsenpiraten sind infolge des akuteren Konkurrenzkampfes zwischen den Monopolen auf den Plan getreten. Hinter jedem der Piraten stecken bestimmte Finanz- und Industriegruppierungen und die ihnen zu Diensten stehenden Banken. Die Piraten sind ihnen schon dadurch nützlich, daß sie den Geschäftsgang nicht ins Stocken kommen lassen und die Manager der Gesellschaften nötigen, sich für die Steigerung der Gewinne ins Zeug zu legen und den Börsenkurs der Aktien ihrer Gesellschaften zu erhöhen. Außerdem scharren die Piraten ihre Vermögen auf Kosten der kleinen Aktionäre und nicht der Monopolherren zusammen, die sich an der Raid auf Gesellschaften selbst bereichern. Die Bankiers, die diese Jagd finanzieren, streichen die Kreditzinsen ein, die Brokerbüros verdienen Dutzende Millionen Dollar an Ratschlägen bei der Auswahl eines Opfers und am Rechtsbeistand bei der vorschriftsmäßigen Gestaltung der Abschlüsse.

Und noch etwas erleichtert das Kapern großer Firmen: die umstrukturierte Macht der Monopole. Früher besaß ein Finanz- oder Industriebaron das aus 50, 70 und mehr Prozent der Aktien seiner Gesellschaft bestehende Kontrollpaket. Heute besitzt er gewöhnlich nicht mehr als 3—5 Prozent und auch diese nicht persönlich. Es sind vor allem an Familientrusts abgegebene Aktien, d. h. solche, die zum Vererben reserviert werden und sich vorläufig in der Hand von Vertrauenspersonen befinden. Eine andere Aktienkategorie ist Wohltätig-



Piraten im steinernen Dschungel

Zeichnung aus: "Fortune" (USA)

keitsstiftungen der Familien übergeben worden. Formal haben die Monopolherren das Eigentumsrecht auf diese Aktien endgültig eingebüßt, aber dadurch, daß sie die Verwalter solcher Stiftungen einsetzen, kontrollieren sie sie auch weiter und beziehen steuerfrei Riesengewinne. In den USA werden schätzungsweise bis zu zwei Dritteln des Monopolkapitals über zwei solche Eigentumsformen kontrolliert und ist lediglich ein Drittel davon persönliches Eigentum. Außerdem behalten die Monopole über "ihre" Banken, über Investgesellschaften und Stiftungen, die die Spareinlagen und Aktien der kleinen und mittleren Bourgeoisie verwalten, die Kontrolle über eine Unmenge Geld (in den USA liegt z. B. bis zu einem Drittel des gesamten Aktienkapitals bei privaten Rentenstiftungen).

Die Kompliziertheit und Verflechtung der Interessen verschiedener Monopolgruppen in diesem Kapitalkontrollsystem ermöglichen es "Außenseitern", namentlich Börsenpiraten, in dieses System einzudringen.

Betrug als System

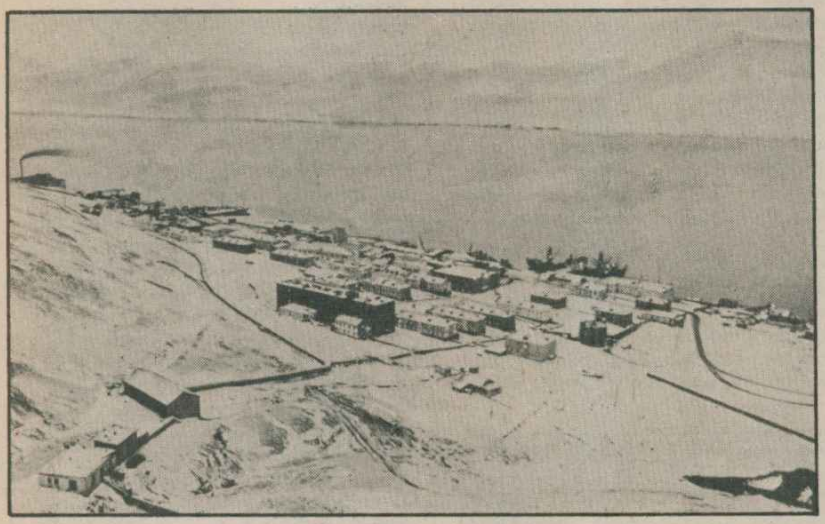
Die Jagd auf Gesellschaften ist eine alte Methode zur Bildung von Finanzimperien. So schuf John Rockefeller senior das Familiengeschäft. Er kaufte zu Anfang des 20. Jahrhunderts Gesellschaften der Konkurrenz in Bausch und Bogen auf. Ein Virtuose der Finanzmachenschaften war in Deutschland Friedrich Flick. Die starke Zusammenballung von Monopolkapital in den beginnenden 80er Jahren ließ die Jagd auf Gesellschaften beispiellosen Umfang annehmen.

Die Hochflut der Fusionen und des Kaperns von Gesellschaften ist gerade bei den "Geschäftsmammuten" — den führenden Konzernen — zu beobachten. Der Ölkonzern Chevron kauft Gulf Oil für 13,3 Md. Dollar, Texaco kauft die Erben Gettys mit 10,2 Md. aus der "Familien"-Gesellschaft Getty Oil aus. Mobile Oil schluckt für 5,7 Md. Superior Oil. General Motors hat für 5 Md. Dollar den Rüstungskonzern Hughes Aircraft geschluckt, usw. usf. Kam es 1980 in den USA zu 1889 Fusionen und Verschlingungen von Gesellschaften (für die Gesamtsumme von 44,3 Md. Dollar), so waren es 1985 schon 3000, und die Abschlüsse erreichten eine Summe von 180 Md. Dollar.

In der BRD hat die Monopolgruppe Deutsche Bank den Flick-Konzern (mit mehr als 5 Md. DM Aktiva) und Springers Zeitungs- und Zeitschriftenkomplex geschluckt. Der schweizerische transnationale Nestle-Konzern (der bis zu 10 Prozent des Kakao- und Kaffee-Weltertrags ankauft) verleibte sich für 3 Md. Dollar die US-Gesellschaft Carnation ein. Die italienische Gruppe De Benedetti kaufte die französische Industriegesellschaft Valeo.

Die Klassiker des Marxismus nannten die Börsenspekulationen die "Spitze des kapitalistischen Erwerbs, wo sich das Eigentum ganz in Diebstahl auflöst". Wie der Aktienbesitz, so ist auch das Spiel an der Börse den Angehörigen aller Klassen und Gesellschaftsschichten formal möglich. Diese formale Gleichheit bedeutet aber für die einen die Freiheit, räuberisch zu spekulieren und das breite Publikum übers Ohr zu hauen, für die anderen dagegen die Freiheit, im ehrenvollen Stande von Aktionären — kleinen Kapitalbesitzern — ausgeraubt zu werden.

Das jetzige große Busineß ist seiner früheren Rolle als "Kommandeur der Produktion" weitgehend verlustig gegangen. Die Monopolclans, die diese Funktion an bezahlte Manager abgetreten haben, streichen durch Fusionen, Verschlingungen und Reorganisierungen von Gesellschaften viele Milliarden ein. Sie schmarotzen am Leibe der Gesellschaft und üben im Produktionsbereich keine Funktion aus. Die Ausbeutung fremder Arbeitskraft ist nach wie vor die Grundlage des modernen kapitalistischen Produktionssystems. ■



Unter dem Großen Bären

Spitzbergen — von drei Meeren umspült

Im Kulturhaus von Barentsburg lief ein Kurzfilm über die Natur im hohen Norden und über das Leben der Eisbären.

"Werte Zuschauer, wir bitten, den Saal nicht zu verlassen. Ein Eisbär lauert am Eingang", rief der Filmvorführer aus der Vorführkabine. Das Publikum schmunzelte noch über diesen Witz, als es den Saal verließ. Doch der Weg wurde tatsächlich von einem Bären versperrt. Diese Geschichte und viele andere "bärenstarke Sachen" erzählte man mir in der Siedlung sowjetischer Bergleute auf Spitzbergen.

In Chroniken und Sagen

Das Land unter dem Sternbild des Großen Bären wurde vor 800 Jahren in den alten russischen Chroniken und in den skandinavischen Sagen zum ersten Mal erwähnt. Darin wurde es als Land von Finsternis und Kälte, Eis und Stein geschildert, wo Menschen nicht leben können.

Die russischen Pomoren waren wohl die ersten, die den Archipel betreten haben. 1493 berichtete der Nürnberger Wissenschaftler J. Münzer an den König von Portugal, daß Untertanen des Großfürsten von Moskau Wassili III. unter dem rauhen Himmel der nördlichen Halbkugel die große Insel Grumant entdeckt haben. Die Kunst der gefahrenvollen Seereisen zu den Küsten des Archipels, der mitten im kalten Meer liegt, Erzählungen über unerschöpfliche Reichtümer der Natur dieser rauhen Region, über unzählige Wale, Fische und Vögel wurden von vielen Generationen der russischen Pomoren überliefert. Von Profitgier wurden ganze Flottillen aus Holland, England, Deutschland, Dänemark und Frankreich zu den Ufern Grumants getrieben. Die Rivalität bei der erbarmungslosen Ausrottung der Wale führte oft zu bewaffneten Auseinandersetzungen.

Die ausländischen Jäger wagten es aber nicht, auf Grumant zu überwintern. Als Mitte des 18. Jahrhunderts von ihnen sämtliche wertvolle Walarten ausgerottet waren, ließen sie sich auch nur äußerst selten in den Gewässern von Spitzbergen (so lautete der offizielle Name des Archipels seit Ende des 16. Jahrhunderts) blicken. Die Russen aber scheuten Überwinterungen nicht und blieben Jahre, ja Jahrzehnte auf der Insel.

Von vielen kühnen Arktisforschern wurde Spitzbergen als Ausgangspunkt benutzt, um den Nordpol zu erreichen und zur Beringstraße vorzustoßen. Zu nennen wären Nordenskiöld, Nansen, Amundsen und Nobile.

Fünfmal weilte N. Nordenskiöld auf Spitzbergen. Der größte Gletscher trägt nunmehr seinen Namen. Leben und Wirken dieses herausragenden Wissenschaftlers waren mit Rußland eng verbunden. Die Zusammenarbeit mit den russischen Wissenschaftlern wurde von einer russisch-schwedischen Expedition gekrönt, bei der die genaue Lage Spitzbergens in Grad und Minute ermittelt wurde. Es war die berühmteste internationale Expedition von Ende des 19./ Anfang des 20. Jh.

Auch sowjetische Wissenschaftler trugen zur Erforschung des Archipels bei. Bereits 1921 wurde von Lenin ein Dekret über die Gründung des Schwimmenden Seeforschungsinstituts unterzeichnet, zu dessen Aufgaben die Arktisforschungen gehörten. Im gleichen Jahr wurde die erste Polarexpedition mit Prof. I. Messjazew gestartet. Um komplexe Forschungsprogramme verwirklichen zu können, wurde ein speziell ausgerüstetes Schiff gebaut — die "Persej", das erste schwimmende Labor der sowjetischen wissenschaftlichen Flotte. Neunmal lief die "Persej" Spitzbergen an.

Status des Archipels

Der völkerrechtliche Status von Spitzbergen wird stark von der Geschichte seiner Entdeckung, Erforschung und wirtschaftlichen Erschließung geprägt. Viele Jahrhunderte lang blieb Spitzbergen Niemandsland. Angehörige aller Staaten hatten gleiche Rechte bei der Nutzung seiner Ressourcen. 1920 wurde in Paris ein Vertrag abgeschlossen, der von Vertretern der USA, Großbritanniens, seiner Dominions, Frankreichs, Italiens, Japans, Norwegens, der Niederlande, Dänemarks und Schwedens unterzeichnet wurde. Dem Archipel wurde die norwegische Souveränität zuerkannt. Bürger aller Signatarstaaten erhielten das Recht, die Gewässer, Fjorde und Häfen des Archipels anzulaufen, Industrie- und Handelsoperationen zu tätigen, Jagd und Fischfang wie die Norweger zu treiben. Norwegen verpflichtete sich vertraglich, keine Flottenstützpunkte und Befestigungen auf Spitzbergen zu errichten.

Einen Bestandteil des Vertrages von Paris bildete das Bergbaustatut, das die Erkundung, den Erwerb und die Förderung von Erdöl, Kohle und anderen Bodenschätzen auf Spitzbergen regelte.

Die UdSSR erkannte die Souveränität Norwegens über den Archipel an, sobald

zwischen den beiden Ländern 1924 diplomatische Beziehungen aufgenommen wurden. 1935 schloß sie sich offiziell dem Pariser Vertrag an.

Vor Beginn des Großen Vaterländischen Krieges (1941–1945) funktionierten drei sowjetische Zechen auf Spitzbergen, die zum Trust "Arktikugol" gehörten — Barentsburg, Grumant und Piramida. Das letzte sowjetische Schiff mit Spitzbergenkohle stach am ersten Kriegstag — am 22. Juni 1941 — in See.

Viele ruhmreiche Seiten in der Geschichte des gemeinsamen Kampfes gegen die Hitlerfaschisten wurden auf dem Archipel — wie auf dem Festland — von sowjetischen und norwegischen Patrioten geschrieben. Im nördlichsten Heimatkundemuseum der Welt wurden mir Fotos von Barentsburg — dem Erdboden gleichgemacht, der sowjetischen Siedlung Grumant und der norwegischen Siedlungen Longyearbyen und Sveagruva gezeigt. Die Faschistenflotte setzte hier ihre großen Schlachtschiffe "Tirpitz" und "Scharnhorst" ein. An dramatische Ereignisse jener Zeit erinnern heute Obelisken, die zu Ehren sowjetischer und norwegischer Kämpfer errichtet wurden, die im Kampf gegen die Hitlerfaschisten gefallen sind.

"Arktikugol"-Schächte

Sobald der Krieg vorbei war, stellte "Arktikugol" sowjetische Kohlengruben auf Spitzbergen im Auftrage der Regierung in knapper Frist wiederher. 1947 konnten von den Anlegestellen der Zeche Piramida, ein Jahr später auch von Barentsburg und Grumant wieder Schiffe auslaufen, vollbeladen mit Kohle.

Barentsburg, auf der hohen Küste von Green-Fjord gelegen, bildet heute das Zentrum der sowjetischen Kohlenindustrie auf Spitzbergen. Unter den harten Bedingungen der Arktis arbeiten hier über 1000 Kumpel aus Donezk und Woroschilowgrad, Nowoschachtinsk und Makejewka, Tula, Noworossijsk und anderen Städten der UdSSR.

Am Rande von Barentsburg liegen Funkstation und meteorologische Station, gleich daneben — ein Stützpunkt der Astronomen sowie die Schürfungsexpedition von "Arktikugol". Das Wärmekraftwerk von Barentsburg (7500 Kilowatt) läuft auf Hochtouren. Für die Bergleute wurde ein Kulturhaus mit einer guten Bibliothek errichtet. Und wenn die Amateurkünstler einen bunten Abend veranstalten, dann ist nicht nur in den sowjetischen Siedlungen Barentsburg und Piramida, sondern auch im norwegischen Longyearbyen das Interesse groß. Gesangszirkel, Chor, Unterhaltungskunst-, Theater- und Tanzzirkel, Volksinstrumentenorchester und Blaskapelle haben großen Zulauf. Einen kleinen Ballettzirkel gibt es auch. Maja Plisezkajas Weg zum Großen Ballett begann übrigens in Barentsburg.

Dawai, dawai! — Heia, heia!

Neun Monate dauert der Winter auf Spitzbergen. Vier Monate lang herrscht hier die Polarnacht. Die Heizperiode beträgt aber ganze 365 Tage im Jahr. Nichtsdestoweniger werden die Trimmplätze der Kohlekumpelsiedlungen und des Juri-Gagarin-Stadions nicht leer. Die hiesige Abteilung des Sportvereins "Trud" zählt fast 500 Mann. Wettbewerbe in Skilanglauf, Volleyball, Schießen und Tennis mit dem norwegischen Klub "Svalbard Turn" sind bereits zu einer Tradition geworden. Fußballkämpfe erregen allgemeines Interesse. Denn Fußballfans sind alle — angefangen von sowjetischem Konsul und norwegischem Gouverneur bis zu norwegischen und russischen Schülern. Wenn gespielt wird, dann ertönen von der norwegischen Seite "Dawaj-dawai!"-Rufe, während es von der sowjetischen Seite "Heia-Heia!" hallt.

Russisch ist hier populär. In Longyearbyen wird es nicht nur von Erwachsenen, sondern auch von Kindern gelernt. In diesem Frühjahr machten zum ersten Mal vier Schüler von Spitzbergen eine zweiwöchige Reise durch die Sowjetunion. Sie weilten in Moskau, Buchara und im Kaukasus.

Kurzum: Norweger und Russen, die Schulter an Schulter auf Spitzbergen arbeiten, haben längst die Behauptungen der alten Sagas widerlegt, daß in diesem kalten und finsteren Land "der Mensch nicht leben könne". Der ungastliche Archipel diktiert die Notwendigkeit der guten Nachbarschaft und Zusammenarbeit. Und die Verbindungen zwischen sowjetischen und norwegischen Fachleuten werden seit vielen Jahren gepflegt. Noch vor dem Großen Vaterländischen Krieg haben sie einander oft gegenseitig Hilfe geleistet. So war es auch bei der Wiederherstellung der Zechen. So ist es auch heute.

Interview in der Polarküche

In Oslo, im Regierungshaus, führte ich ein Gespräch mit Ostgard, dem Chef der Polar-Abteilung. In der hiesigen Presse wird seine Abteilung als "Polarküche der nationalen Politik Norwegens" bezeichnet.

"Die Zusammenarbeit und die Kontakte zwischen norwegischen und sowjetischen Behörden lassen sich als äußerst gutnachbarlich bezeichnen", sagt Ostgard. "Eine Bestätigung dafür sind Geschäftskontakte sowie Treffen zwischen norwegischen und sowjetischen Bergleuten. Ich selbst besuchte oft die Siedlungen der sowjetischen Bergleute Barentsburg und Piramida, wir haben enge Geschäftskontakte mit dem sowjetischen Konsulat in Barentsburg."

"Mit welchen Schwierigkeiten wird man auf Spitzbergen konfrontiert, welche Probleme entstehen da für Sie?"

"Vor allem sind das Probleme, die mit der Erkundung neuer Lagerstätten wertvoller Rohstoffe, insbesondere des Erdöls, im Zusammenhang stehen. Es kommt vor, daß manche ausländische und auch norwegische Firmen es zu leicht mit den Umweltschutzvorschriften nehmen. Allerdings haben wir keinen Grund, der sowjetischen Seite Vorwürfe zu machen, u.a. wegen der Arbeiten, die von 'Arktikugol' im Vassdalen-Tal vorgenommen werden.

In den letzten Jahren steigt die touristische Attraktivität Spitzbergens. Da entstehen zuweilen Probleme, die mit der Zerstörung von Natur- und Kulturdenkmälern, der Grabstätten der ersten Erforscher von Spitzbergen, mit der Störung der Naturlandschaften, insbesondere auf den populärsten Wanderrouten zusammenhängen.

Was die norwegisch-sowjetische Zusammenarbeit auf dem Archipel anbelangt, so muß man feststellen, daß alle Fragen in einer freundschaftlichen Atmosphäre gelöst werden, da sehe ich keine großen Probleme und schon gar nicht unlösbare..."

Gleichen Standpunkt vertritt auch der stellvertretende technische Direktor des Trusts "Arktikugol" G. Iwanow, der der "Neuen Zeit" ein Telefoninterview gewährte.

"Wir sind bestrebt, die Zusammenarbeit mit norwegischen Partnern zu pflegen und auszubauen", sagt G. Iwanow. "Unser Trust verfügt über fruchtbringende Geschäftskontakte mit dem norwegischen Gouverneur Spitzbergens, mit seinen Dienststellen. Ja darüber hinaus unterhalten wir Verbindungen zum Ministerium für Erdölindustrie und Energiewirtschaft Norwegens. Zusammen mit norwegischen Erdölarbeitern konnten wir auf dem Archipel bereits das zweite Bohrloch anlegen. Aktive Zusammenarbeit gibt es auch mit dem Umweltschutzministerium Norwegens sowie mit dem norwegischen Bergbauinspektor auf Spitzbergen."

"Können Sie konkrete Beispiele für sowjetisch-norwegische Zusammenarbeit auf Spitzbergen anführen?"

"Davon gibt es viel. Und das anschaulichste Beispiel wäre die Süßwasserpipeline. Diese einzigartige Einrichtung wurde vor einigen Jahren in Zusammenarbeit mit einer norwegischen Firma gebaut. Die Pipeline wurde auf dem Fjord-Grund in einer Tiefe von 150 Metern verlegt und konnte ganz Barentsburg mit Süßwasser reibungslos versorgen. Man soll beachten, daß sich die Siedlung auf einem Ufer des Fjords befindet, während der Gletschersee — auf dem anderen. Würde man einen Bogen machen, wäre es viel zu weit. Auf dem geraden Wege aber, auf dem Meeresgrund, sind es nur 8 Kilometer."

"Sicher", fügte mein Gesprächspartner noch hinzu, "kommt es auch zu strittigen Fragen, das darf man nicht außer acht lassen. Doch auch sie lassen sich lösen. Schließlich leben wir ja auf einem Archipel."

V. WARJONOW

Capablanca in Moskau

Ein sowjetisch-kubanischer Film wird gedreht

Der Rigaer Bahnhof in Moskau sah vor kurzem nicht wie sonst aus. Die Säulen, die das Regendach tragen, waren mit Tannengirlanden und roten Bändern umwunden. Auf einem Bahnsteig spazierten Damen in kurzen Jacken und halblangen Röcken, mit kleinen Hüten und halbhohen Schnürschuhen auf und ab. Gepäckträger liefen und Aufräumer mit knöchellangen grauen Schürzen standen herum und unterhielten sich träge. Man spürte die Moskauer Bahnhofsatmosphäre von Mitte der 20er Jahre.

Dort wurden Filmaufnahmen gemacht. Im Büro des Stationsvorstehers gab der Regisseur Manuel Herrera seine Weisungen, der Maskenbildner tupfte noch ein wenig an dem Schauspieler Cesar Evora herum, der dem großen Schachmeister Jose Raul Capablanca immer ähnlicher wurde. Von diesem handelt ein neuer sowjetisch-kubanischer Gemeinschaftsfilm.

Natürlich kommt es nicht unbedingt auf die Ähnlichkeit an, aber beim Verkörpern einer so berühmten Persönlichkeit ist sie doch sehr wichtig. Der Darsteller, der dem kubanischen und sowjetischen Publikum aus den Filmen "Die Havannaerin" und "Amada" bekannt ist, wächst ganz in die Rolle hinein, und die äußerliche Ähnlichkeit erleichtert es ihm.

Das Drehbuch schrieben der junge Dichter Eliseo Alberto Diego, der sowjetische Dramatiker Dal Orlow und der Spielleiter Manuel Herrera, drei Männer mit verschiedenen Lebenserfahrungen und verschiedenen Begriffen davon, wie Drehbücher zu schreiben sind. Was sie eint, ist ihr gemeinsames Bestreben, den Schachweltmeister Capablanca, der als Mensch hochinteressant war und zahlreiche Schüler, Freunde und Verehrer hinterlassen hat, auferstehen zu lassen.

Die Filmhandlung beginnt auf Kuba, kommt aber hauptsächlich in Moskau in Gang, wo der große Schachmeister im November 1925 eintraf, und das als erste kubanische Persönlichkeit, die von der UdSSR eingeladen wurde und die Einladung annahm.

Damals begann der junge Arbeiter- und Bauernstaat, die von den imperialistischen Mächten errichtete kulturelle Blockade zu durchbrechen. Die schriftliche Einladung an Capablanca zum Internationalen Schachturnier in Moskau trug die Unterschrift des bedeutenden sowjetischen Staatsmannes Nikolai Krylenko. Capablanca erhielt sie am 21. August 1925, fünf Tage nach der Gründung der Kommunistischen Partei auf Kuba, aber während einer wütenden Hetze gegen die Sowjetunion. Trotz Widerstandes der Regierung (Capablanca war im Auswärtigen Amt tätig) sagte der Großmeister in knapp 24 Stunden zu.

Ebenso wie andere hervorragende Schachspieler, die nach ihm zum Turnier eintrafen, staunte er über den Umfang der Schachbewegung in Sowjetrußland. Hier galt das uralte Spiel als wichtiges Mittel zur kulturellen Erziehung des Volkes. Der Gast aus Kuba sagte, falls die russische Regierung dem Schachspiel auch weiter so viel Aufmerksamkeit schenken werde, dann würden hier sehr bald Weltmeister in Erscheinung treten. Er hat recht behalten.

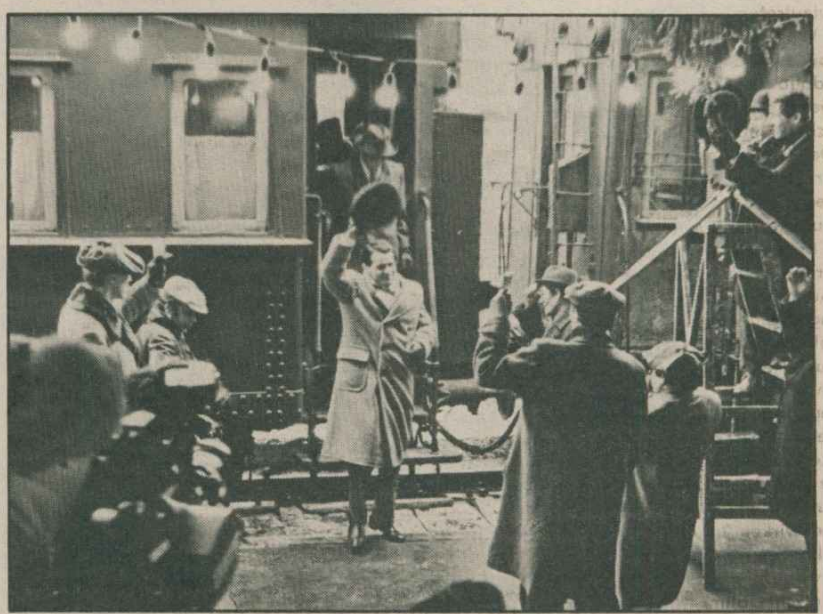
Dal Orlow sagt: "Capablanca ist legendär, und das auf ungewöhnliche Art und Weise. Noch sind Personen am Leben, die mit ihm Schach gespielt haben. Es machte mich glücklich, am Drehbuch über den genialen Kubaner mitzuarbeiten. Mag sein, daß ich die tiefgründigen Ideen Capablancas nicht ganz erfassen konnte, als Dramatiker aber fand ich ihn rein menschlich hochinteressant. Sein ausgeprägtester Wesenszug war Seelenadel. Deshalb denkt man mit so erhebendem Gefühl an ihn zurück."

Die Arbeit am Drehbuch war schwierig, es wurde viel gestritten, die Verfasser fanden aber schließlich das Optimum.

"Dieser Spielfilm handelt nicht nur von Geschehnissen, die sich wirklich zutrugen", erzählt Eliseo Alberto Diego, "sondern auch von Dingen, die hätten sein können. So verschmilzt die Realität mit der Phantasie zu einem unteilbaren Ganzen."

Den wahren Stil jener Epoche kann man ohne die harmonische Verbindung von Dichtung und Wahrheit nicht treffen.

Die Aufnahmen zu einer Filmszene sind im Gange *Foto: N. Gnissjuk*



Wie es gelingt, das hängt natürlich weitgehend vom Kameramann ab, von dem der Regisseur folgendes gesagt hat: "Igor Klebanow ist sehr verantwortungsbewußt. Mit ihm ist gut arbeiten." Klebanow war schon auf Kuba, und zwar zu Aufnahmen für den Film "Die TASS ist bevollmächtigt, zu erklären...". In einer Aufnahmepause machte er einen Spaziergang durch Havanna. Dabei kam er auf einen Friedhof und fand das Grab Capablancas. Er ahnte nicht, daß er zwei Jahre später die Aufnahmen für einen Film über Capablanca machen wird. "Die ersten Aufnahmen sind fertig", sagt er. "Sie gefallen mir, obwohl wir mit dem Wetter kein Glück hatten... Es wäre schön, den Moskauer Vorfrühling mit den kubanischen Naturaufnahmen zu verbinden. Dieses Jahr war der April aber zu warm. Der Schnee ist schnell weggetaut. Ich glaube, daß die Arbeit an einem geschichtlichen Stoff einen beliebigen Kameramann interessiert. Anders die Kleidung, die Inneneinrichtungen, der Stil, der Rhythmus und das Kolorit. Der Kontakt mit dem Regisseur ist tadellos, wir haben sogar gelernt, ohne Dolmetscher auszukommen."

Die Sprachschranke macht sich bei jeder Gemeinschaftsproduktion sehr fühlbar. Galina Beljajewa hat schon mit Schauspielern gefilmt, die nicht russisch sprachen, z. B. in dem sowjetisch-englischen Film "Anna Pawlowa". Trotz aller Erfahrung ist es schwer, vor der Kamera mit einem Kollegen zu stehen, der nicht versteht, was man spricht. Die Beljajewa findet aber, daß das auch gewisse Vorzüge hat. Die Situation nötigt zu größerer Aufmerksamkeit für den Partner, für seinen Augen- und Gesichtsausdruck und seine Gesten, und das hilft, ihn rein menschlich besser zu verstehen. Die Schauspielerin sagt: "Cesar Evora ist ein feinfühliger Darsteller. Es ist angenehm, mit ihm zusammen aufzutreten."

Weitere Mitwirkende sind Marina Jakowlewa, Boris Newsorow, Javier Avila, Adolfo Llaurado und Eslinda Nunez. Diese erzählt: "Ich habe bemerkt, daß ich Ihr Publikum an mich aus dem Film 'Der Reiter ohne Kopf' erinnert. Auf der Straße haben mich Leute mehrmals sehr freundlich angesprochen und mir alles Gute gewünscht."

Es wird noch Monate angestrengter Arbeit dauern, bis Nelson Rodriguez am Montagetisch Platz nimmt. Diese Reportage vom Aufnahmegelände will ich mit folgenden Worten des Regisseurs Manuel Herrera schließen: "Wir bemühen uns, etwas Allgemeingültiges zu schaffen, ungeachtet der verschiedenen nationalen Charaktere. Unser Film soll nicht nur bei Schachfreunden, sondern beim großen Publikum ankommen. Wir hoffen auf ein weiteres ersprießliches Zusammenwirken unserer Filmleute. Was den Film betrifft..., ach, ich mag nicht über etwas Unfertiges reden, aber von Natur bin ich Optimist."

I. BYKOWA

NZ-LESERFORUM

REISE INS XXI. JAHRHUNDERT

In unserem Heft 28 begannen wir Antworten von Wissenschaftlern, anderen Persönlichkeiten auf unsere Frage zu veröffentlichen, wie sie sich das 21. Jahrhundert vorstellen, wenn die Menschheit schon in diesem von der Last der Kernwaffen befreit werden würde. Ein detaillierter Plan für die nukleare Abrüstung ist in der Erklärung Michail Gorbatschows vom 15. Januar d. J. enthalten. Wir setzen heute die Reise in die Zukunft fort.

Auf unserem Forum ergreift jetzt der sowjetische Schriftsteller Jeremej Parnow, Vizepräsident der Weltorganisation der Science-Fiction-Autoren, das Wort.

Die wichtigste Dienstreise

Jeremej PARNOW

In meinem Leben bin ich viel und gern gereist. Ich schätze mich glücklich, in allen Erdteilen gewesen zu sein. Ich habe den funkelnden Everest gesehen, habe im Indik und Pazifik auf Korallenatollen gelebt. Oft kann ich es gar nicht mehr glauben, daß ich auf Kamelen durch die großen Wüsten Asiens, auf einem störrischen tibetischen Jak über einem Abgrund entlang und auf einem indischen Elefanten durch Dschungel geritten bin. Jetzt, bei Anbruch des neuen, dritten Jahrtausends habe ich Gelegenheit, einen Blick über Mutter Erde hinaus zu werfen.

Als Sonderkorrespondent einer großen Zeitung werde ich dem feierlichen Begräbnis des letzten Plutoniumzünders des letzten thermonuklearen Sprengkopfes beiwohnen. Die eigentliche Beerdigung gehört aber nicht zum Programm für die Zeremonie. Die Automaten, die das Kraftwerk auf dem Mondstützpunkt bedienen, dessen Quarzkuppel das Wahrzeichen der UNO ziert, werden einfach Plutonium in den aktiven Bereich des Plasmareaktors einführen.

Das neue Jahrtausend hat einen neuen Stil mitgebracht: schlicht, rationell und vielleicht etwas mechanistisch. Dennoch erkennt man einen symbolischen Sinn darin, daß der Schlußpunkt auf dem Mond gesetzt werden wird, der für Waffen gesperrt und wie die Antarktis den Wissenschaftlern überlassen ist.

In unserem Zeitalter allgemeiner Verbindungen, in dem man sich in Sekunden mit einer beliebigen bevölkerten Zone in Verbindung setzen und, ohne den bequemen Sessel zu verlassen, eine Rundreise um die Welt machen kann, ist es nicht so leicht, eine Dienstreise bewilligt zu bekommen. Erst gewöhnt man sich selber das Reisen ab, dann gewöhnen sich die anderen daran, dich nicht mehr zu schicken. Beweise einer, daß ihm das farbige holografische Bild mit genauer Wiedergabe der Laute und Gerüche nicht genug ist. Aber eigentlich habe ich nicht zu klagen, selbst der elektronische Buchhalter hat erkannt, daß noch so meisterhafte Fernverbindungen dem Schriftsteller den persönlichen Kontakt mit seinen Zeitgenossen nicht ersetzen können, die sich immer weiter von ihrer heimatlichen Schwelle entfernen, ganz zu schweigen von dem langersehnten, schicksalhaften, epochalen Ereignis, dem ich beiwohnen soll. Das wird die wichtigste Dienstreise meines Lebens sein.

Monat für Monat und Tag für Tag hat die Menschheit genau verfolgt, wie in die Reaktionszone der Synthese tödliche Spaltstoffe eingeführt wurden. Die zu dieser Gelegenheit eröffnete Weltausstellung hat einen Überblick über alles gegeben, was wir dank der Unterlassung des nuklearen Selbstmords schaffen konnten. Auf holografischen Bildschirmen erscheinen Weltraum- und Unterwasserstationen. Man könnte Mondoasen und Wälder sehen, die am Amazonas, in Sibirien und auf dem kahl gewordenen Subkontinent Hindustan ge-

pflanzt worden sind. Auf der Ausstellung sieht man Dinge, die die Säuberung des schwerverschmutzten Weltmeers veranschaulichen. Und noch eine wichtige Leistung: die Säuberung der Atmosphäre. Sollte es in den allernächsten Jahren nicht gelingen, die Ozonschicht zu erneuern, die die Erde vor den Weltraumstrahlungen schützt, dann haben wir schweres Unheil zu gewärtigen. Der sauere Regen und ein erhöhter Kohlensäuregehalt sind harmlos gegen die Launen des Ozons. So war es aber schon immer: An die Stelle der einen Probleme traten andere. Nach der Ausstellung zu urteilen, hat unsere Generation die schwersten Prüfungen in Ehren bestanden.

Durchschlagenden Erfolg bei den Besuchern hatte auch die Seeolympiade der dressierten Delphine. Mir hat der Wettbewerb der nach den Methoden der Gentechnik zum Leben erweckten künstlichen Wesen am besten gefallen. Besonders hat es mir ein von einem 18jährigen nepalesischen Studenten geschaffener Salamander angetan. Das in der Flamme eines Wasserstoffbrenners tanzende sechsbeinige Wesen war bezaubernd. Der Nepalese hat nur deshalb nicht den ersten Preis davongetragen, weil dieses Wesen nutzlos ist. Die Raupen, die die Meeresküste von Unrat säubern können, waren natürlich nützlicher, wenn auch nicht so schön.

Während ich auf der Bildwand die Bio- und die Thermokraftwerke beobachtete, die Viehfarmen, wo in Autoklaven Fleischzellstoff gezüchtet wird, die Pflanzungen mit ihrem üppigen Grün, da mußte ich unwillkürlich an den Zoo meiner Kindheit denken. Eine zwischen Häusern eingezwängte Fläche voller Käfigen mit traurigen Tieren. Wieviel Freude machte mir die an einer Straßenbahnkreuzung liegende vorsintflutliche Wunderwelt! Jetzt, wo die wilde Natur gleiche Lebensrechte wie der Mensch hat, sind die zoologischen Gärten aus den Städten verschwunden, und das ist richtig und gerecht so. Aber mit ihnen ist etwas fürs Herz verschwunden, für das ich schwer einen Namen finden kann.

Mir fällt ein, daß ich die Zeitung noch nicht durchgesehen habe. Ich wähle eine fünfstellige Zahl, überfliege auf dem Bildschirm die Zeitungsseiten und verweile hin und wieder bei bekannten Namen. Zum Lesen habe ich jetzt keine Zeit. Mit dem Finger berühre ich eine Sensorentaste und stecke den frischen Abzug in meine Aktentasche, in die meine Frau alles gepackt hat, was ich auf der Reise brauchen kann. Zufällig fällt mir ein, daß ich die Kassetten mit dem Universitätslehrgang über die einheitliche Feldtheorie vergessen habe. Als Science-fiction-Schriftsteller muß ich auf dem jeweiligen Durchschnittsniveau der Wissenschaft sein. Ich bin aber in den letzten Jahren faul geworden und zurückgeblieben. Auch das Alter macht sich bemerkbar, trotz der phantastischen Erfolge der Juniologie, der Wissenschaft, die die Jugend verlängert. Meine ganze Hoffnung setze ich auf eine Stimulierung des Subkortex nach der Methode des Technologischen Instituts von Massachussetts und der Naturopathischen Zentrale in Delhi. Vielleicht sollte ich es mit einer Vollbehandlung auf meiner Dienstreise versuchen, in künstlichen Mondnächten etwa auf dem Moskauer Breitengrad, die mit meinem 24-Stunden-Rhythmus synchron sind.

Schließlich gehe ich ins Freie. Vor den im Wind kreiselnden Schneeflocken kneife ich die Augen zusammen, laufe schnell zum Tunnel und trete auf das ständig gleitende Laufband. Mit 10 Stundenkilometern Geschwindigkeit erreiche ich die nächste Haltestelle, sie ist glücklicherweise nicht weit, ich brauche nicht erst auf ein schnelleres Band umzusteigen.

An der Haltestelle nehme ich einen durchsichtigen Stromlinienwagen mit automatischer Steuerung und stecke meinen diamagnetischen Plaste-Personalausweis in den Schlitz des Analysators. Sofort schaltet sich die Zündung ein. Ich nenne die Route. Alles übrige besorgt die zentrale EDVA. Selbst zu fahren ist im Weichbild der Stadt verboten, nur auf der Autobahn, wo man in der äußersten linken Reihe bis zu 300 Stundenkilometern fahren darf, wird die Geschwindigkeitssperre abgeschaltet. Lediglich die Verbindung mit der Zentrale bleibt. In einer kritischen Situation übernimmt ein Autobahncomputer die Steuerung. Ich rühre das Steuer nie an.

Ich beendige den "Run" durch die Stadt, trete schließlich ins Empfangszimmer meines guten alten Arztes und bitte noch schnell, die suggestologische Kassette mit der tibetanischen Lektion aufzulegen, die ich mitgebracht habe. Er schüttelt den Kopf: Das Unterbewußtsein muß frei bleiben. Bald schlafe ich und spüre nicht, wie man mich an allerlei Analysatoren und diagnostische Blöcke anschaltet.

"Die Flugerlaubnis haben wir schon in den Weltraumhafen Kamtschatka weitergeleitet", höre ich nach einer halben Stunde sagen. Der Arzt ist nachsichtig, er trommelt mit seinen starken Chirurgenfingern auf den Tisch. "Deine Gefäße gefallen mir nicht, die müssen gesäubert werden, mein Lieber, und du solltest regelmäßig etwas für deine Gesundheit tun, wenn du das Durchschnittsalter erreichen willst."

"Lohnt sich das?" Ich knöpfe meine Jacke zu und nehme mein Fernseharmband um. "Von Tabletten leben, nur um 91 Jahre alt zu werden? Das liegt mir nicht. Mir reichen 80, aber vollwertige und sorglose Jahre."

"Na, sieh zu", der Arzt lächelt traurig. "Und wenn du nun stirbst, ein Jahr, bevor die Unsterblichkeit erfunden wird?"

"Ach was!" sage ich schon an der Tür. "Die literarische Unsterblichkeit setzt ja gerade den biologischen Tod voraus. Da sie mir wahrscheinlich nicht droht, werde ich bis zum letzten Tag mit dem Gefühl der Ewigkeit im Herzen leben."

Ich bin in einem schwierigen und wunderbaren Zeitalter zur Welt gekommen. Einem tragischen, furchtbaren, aber großen. Ich durfte sehen, wie phantastische Träume in Erfüllung gingen und kühne Prognosen wahr wurden. Mir war aber noch etwas Größeres vergönnt: das bittere Glück, von Illusionen und süßen Träumen Abschied zu nehmen, mit denen sich die Menschheit schon in ihrer Wiege einzulullen pflegte.

So wurde, ebenso wie der verlockenden Idee von Perpetuum mobile, dem Problem der persönlichen Unsterblichkeit ein Ende bereitet. Die unfaßbare Zeit kam wieder aus ihrer raffinierten Falle gesprungen. Ein und denselben Menschen zu wiederholen und sogar mehrmals zu kopieren, war gar nicht so schwierig, doch sein einmaliges Gedächtnis, seine Erfahrungen, multipliziert mit aller in der Entwicklung gesammelten Weisheit, läßt sich nicht rekonstruieren. Aber dafür ist der Menschheit als solcher die Unsterblichkeit gesichert, und das ist die Hauptsache. Morgen, wenn der letzte Plutoniumzünder des letzten thermonuklearen Sprengkopfes beerdigt wird, werde ich dabei sein.

***

Mag sein, daß zwischen meiner Hoffnung und der Realität ein zu tiefer Abgrund klafft — bis zum Anbruch des dritten Jahrtausends ist es kaum noch 15 Jahre hin. Ich möchte aber nochmals an die Stelle zurücktreten, von der der Impuls zum Phantasieren ausging: Ich habe mir vorgestellt, daß das Programm für die Vernichtung der nuklearen, chemischen und anderen Massenvernichtungswaffen, das in der sowjetischen Erklärung vom 15. Januar 1986 aufgestellt wurde, von den Völkern rückhaltlos angenommen worden ist; daß ein Zeitalter grundsätzlich neuen politischen Denkens angebrochen ist; daß die Menschheit die Weisheit und Kraft aufgebracht hat, das sinnlose Wettrüsten zum Rücklauf zu zwingen; daß auf den Testgeländen von Nevada keine Explosionen mehr dröhnen; daß die Bebenstationen der Länder zu einem einzigen System gegenseitiger Kontrolle zusammengeschaltet werden und eine einhellig mit allumfassenden Befugnissen ausgestattete internationale Inspektion geschaffen wird, die den epochalen Vertrag sicher vor Zufällen bewahrt; daß sich der Geist der Verständigung, der Achtung vor fremden Sorgen und Kümmernissen durchgesetzt hat; daß sich die Zusammenarbeit in allen Bereichen — in Kultur, Bildungswesen und Wissenschaft — zügig entwickelt. Wer weiß, ob die kommende Wirklichkeit nicht die kühnsten Prognosen eines Schriftstellers übertreffen wird.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Wo ist eigentlich Ihre Opposition! Ist in Ihrem Land denn alles so glatt und eben, daß Kritik an Ihren Staatsmännern und Politikern überflüssig ist!

Jose Raul ARGUEDAZ
Gijon, Spanien



Es diskutiert
Dr. Wsewolod DUMNY

Zunächst einmal möchte ich definieren, was "Opposition" ist. Darunter versteht man gewöhnlich Widerstand, Zwiespalt zwischen Anschauungen, zwischen einer Politik und einer anderen. Parlamentsopposition nennt man eine Gruppe von Abgeordneten, die an der Regierungsbildung nicht beteiligt ist und gewöhnlich gegen die Regierungspolitik auftritt. Nehmen wir Frankreich, Großbritannien, Italien oder die BRD. Dort stehen der Regierung und den Regierungsparteien die der Opposition, der Presse der Regierungsparteien die oppositionelle Presse gegenüber etc. Man darf aber nicht vergessen, daß die Betätigungsmöglichkeiten der Opposition in einem kapitalistischen Land vom politischen Regime abhängen. In einer militärisch-faschistischen Diktatur (z. B. in Chile) wird jede politische Opposition unterbunden. Aber auch in einer bürgerlichen Demokratie haben nicht alle oppositionellen Kräfte gleiche Möglichkeiten. So werden der Betätigung der Kommunisten oder der mit ihnen Sympathisierenden oft große Hindernisse in den Weg gelegt.

Warum es im Westen eine Opposition gibt? Weil in den kapitalistischen Ländern von gemeinsamen Interessen aller ihrer Bürger nicht die Rede sein kann. Die Arbeiterklasse und sogar verschiedene Schichten der Bourgeoisie haben entgegengesetzte oder einfach unterschiedliche wirtschaftliche und politische Interessen. Kurz, das Bestehen einer politischen Opposition hängt mit den sozialen Klassengegensätzen in der bürgerlichen Gesellschaft zusammen.

Und wie ist es im politischen Leben der UdSSR? Wie Sie wahrscheinlich wissen, gibt es bei uns schon seit über 50 Jahren keine Überbleibsel der letzten Ausbeuterklassen — der städtischen und ländlichen Bourgeoisie — mehr. Jetzt setzt sich die sowjetische Gesellschaft aus der Arbeiterklasse, der Kolchosbauernschaft und der Volksintelligenz zusammen. Die soziale Homogenität oder Ähnlichkeit setzt auch gemeinsame höchste Ziele und Interessen voraus: international daran, daß der Frieden gefestigt wird, im Lande selbst daran, daß sich der Sozialismus fortentwickelt, damit die materielle und kulturelle Lebensqualität des Volkes unentwegt gefördert werden kann.

Die UdSSR hat ein Einparteiensystem, es hat sich im Laufe der Geschichte herausgebildet. Schon in den ersten Jahren nach der Revolution traten alle Parteien außer der kommunistischen vom politischen Schauplatz ab, weil sie keinen Rückhalt bei den Massen mehr hatten. Die KPdSU mit ihren 19 Millionen Mitgliedern ist eine Partei des ganzen Volkes, ihre Politik entspricht dessen Sinnen und Trachten.

Selbstverständlich bestehen bei uns die Macht- und Verwaltungsorgane nicht nur aus Mitgliedern der KPdSU. In dem 1984 neugewählten Obersten Sowjet der UdSSR sind 1072 oder 71,5 % der Deputierten Mitglieder oder Kandidaten der KPdSU und 428 oder 28,5 % Parteilose. In den 1985 neugewählten Ortssowjets sind die entsprechenden Zahlen 987 483 oder 42,8 % und 1 317 220 oder 57,2 %. Das alles berechtigt uns zu der Feststellung, daß in unserer Gesellschaft einfach kein Boden für eine politische Opposition vorhanden ist, weil es keine sozialen Gruppen gibt, die ihre Sonderinteressen anmelden und gegen die Interessen der Werktätigen durchsetzen müßten.

Kommen wir nun zum zweiten Teil Ihrer Frage. Zu unserem großen Leidwesen ist bei uns durchaus nicht alles so "glatt und eben".

Der Sozialismus ist keine paradiesische Gesellschaft. Sie wissen, daß wir in letzter Zeit Kurs auf eine Umstellung genommen haben. Beachten Sie, wie das ZK der KPdSU die Situation beurteilt — und ich rate Ihnen, sogar auf den Stil und die Tonart des betreffenden Beschlusses zu achten.

Im Beschluß "Über die Ergebnisse der Reise Michail Gorbatschows in die Regionen Krasnodar und Stawropol" heißt es z. B.: "Die Gesellschaft als Ganzes ist zwar entschieden für Wandlungen, der Umstellungsprozeß aber vollzieht sich schwierig, widerspruchsvoll und ungleichmäßig, er stößt auf allerlei sozialpsychologische und organisatorische Hindernisse und den Widerstand derer, die die überlebten Zustände und Vorrechte aus Egoismus aufrechtzuerhalten suchen. Hemmend bei der Umstellung wirken bürokratische Auswüchse im Verwaltungsapparat, Undiszipliniertheit und Unverantwortlichkeit." Ja, wir sagen offen und ehrlich, daß bei der Entwicklung des Sozialismus Wesentlicheres und Eindrucksvolleres erreicht werden könnte, wenn wir die Vorzüge unseres politischen Systems vollständiger und rationeller nutzen würden. Die Strategie der KPdSU zielt heute darauf ab, diese Vorzüge durch eine beschleunigte soziale und wirtschaftliche Entwicklung maximal nutzbar zu machen. Soll uns diese Ausrichtung an das gesteckte Ziel bringen, dann müssen wir die nachteiligen Erscheinungen und Unzulänglichkeiten im wirtschaftlichen, sozialen und in anderen Bereichen unseres Lebens überwinden. Das aber können wir nur bei einer allseitigen Förderung der Kritik und Selbstkritik, die im Sozialismus das höchstwichtige Prinzip für die Partei- und Staatstätigkeit sind. Es genügt nicht, Mängel zu kritisieren. Vielmehr kommt es darauf an, den Weg zu ihrer Überwindung zu weisen.

Für begangene Fehler werden konkrete Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre zur Verantwortung gezogen. Die KPdSU geht davon aus, daß keine einzige Organisation und Institution, keine Einzelperson der Kritik entrückt ist noch sein darf. Auf den Tagungen der Sowjets, den Sitzungen der ständigen Kommissionen und Deputiertengruppen, in den Belegschaftsversammlungen und in Zuschriften von Werktätigen werden sowohl Minister als auch die Leiter verschiedener Unions-, Republiks- und Ortsämter scharf kritisiert. Dank der Presse, dem Funk und Fernsehen wird die Kritik an Amtspersonen der weiten Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht. So gestaltet sich unsere wahre Opposition gegen alles, was unserer Gesellschaft wesensfremd ist und was wir nicht dulden wollen. ■

Der Flug

Bericht über den Europameister in Weitsprung Robert Emmijan



Mit dem Sieg bei der Spartakiade der Völker der UdSSR rundete Robert Emmijan eine Saison ab, die sich für ihn äußerst günstig gestaltete. In Taschkent, wo Ende September die Spartakiade-Wettbewerbe der sowjetischen Leichtathleten ausgetragen wurden, schaffte Robert Emmijan 8,37 Meter. Noch vor einem Jahr würde es heißen, das Ergebnis liegt lediglich ein Zentimeter unter dem Landesrekord. Diesmal aber wurden dem neuen Spartakiade-Sieger keine Komplimente gemacht. "Es war gut, Robert, doch es könnte besser sein", sagten seine Freunde.

Sicher ist das auch ein Lob: In kurzer Zeit konnte Emmijan die Leichtathletik-Fans an weite Sprünge gewöhnen. Der blauäugige junge Mann aus Armenien wartete bei der Wintermeisterschaft der UdSSR in Moskau im Februar dieses Jahres mit einem 8,34-Meter-Sprung auf. Die höchste europäische Hallenleistung des berühmten Igor Ter-Owanesjan, die 20 Jahre ungebrochen war, wurde somit um ganze 11 Zentimeter verbessert. Robert gewann im gleichen Februar die europäische Wintermeisterschaft in Madrid (8,32). "Ich sage euch, er schafft im Sommer 8,50 bis 8,60", prophezeite damals Igor Ter-Owanesjan. Der Cheftrainer des UdSSR-Leichtathletikteams und Teilnehmer von 5 Olympischen Spielen muß es schließlich ja wissen.

Seine Worte gingen auch in Erfüllung. Im Juli sprang Robert Emmijan bei den Spielen des guten Willens in Moskau 8,61 Meter weit. Er wußte nicht, worüber er sich mehr freuen sollte — über den neuen Europarekord oder über seinen ersten Sieg gen Larry Myricks, den berühmten Weitspringer aus den USA(in dieser Sportdisziplin sind die Amerikaner seit langer Zeit klar in Führung). Etwas später sah der Erfolg bei der Sommer - Europameisterschaft in Stuttgart als Routine aus, obwohl dort die Wettbewerbe bei miserablem Wetter stattfinden sollten. Ein 8,41-Sprung im zweiten Anlauf ließ seinen Rivalen keine Hoffnung mehr.

Bescheiden wie er ist, neigt Robert nicht dazu, sich überzubewerten. Das macht ihn sympathisch. Als er nach seinem schönen Auftritt bei den Spielen des guten Willens danach gefragt wurde, ob man erwarten könne, daß auch der Weltrekord bald von einem sowjetischen Athleten überboten würde, sagte er ehrlich: "Es wäre für mich noch zu früh, daran zu denken. Ich muß noch sehr viel trainieren. Zum Beispiel muß ich in der Geschwindigkeit etwas zulegen, da sind die Amerikaner stark." (Für Leute, die sich im Sport nicht auskennen: der phantastische Weltrekord geht auf das Konto des Afro-Amerikaners Robby Beamon, beträgt 8,90 und bleibt seit den Olympischen Spielen in Mexico-City, d. h. seit 1968 unangefochten).

Der neue Spitzenmann der sowjetischen und europäischen Weitspringer wurde am 15. Februar 21 Jahre alt. Vor kurzem noch nahm er an Juniorenwettkämpfen teil. Robert lebt in Leninakan, wo er geboren wurde und aufwuchs. In dieser Stadt absolvierte er unlängst die Pädagogische Hochschule. Diese Stadt in der Armenischen SSR ist durch Erfolge ihrer Boxer und noch mehr ihrer Gewichtheber bekannt. Dazu wären der Ex-Weltmeister Wartan Militossian und sicherlich Juri Wardanian — der "Schwerathlet aller Zeiten" — zu nennen.

Von solchen Vorbildern wird man wie ein Magnet angezogen. So erging es vielen Atlersgenossen Roberts, die sich ihrerzeit für Schwerathletikzirkel engagierten. Der 10jährige Robert hat sich aber für Leichtathletik entschieden. Sein Gymnastiklehrer Choren Owiwjan gab ihm den Rat. Er merkte nämlich, daß der Junge von der Natur mit Geschwindigkeit, Springfreudigkeit und Fleiß bedacht ist.

Emmijan wurde in die Landesmannschaft aufgenommen, als er noch Junior war. Offenheit, ein gutes Herz, Feinfühligkeit, Achtung gegenüber den Älteren — diese Eigenschaften brachten dem Jungen aus der armeinischen Stadt viele Sympathien in der Mannschaft. Alle, die ihn näher kennen, loben auch eine solche Eigenschaft, die er besitzt, wie die Fähigkeit, sich im entscheidenden Moment zu konzentrieren.

"Er arbeitet beim Training, bis der Schweiß in Strömen läuft", erzählt Mkrtytsch Karapetjan über seinen Zögling. "Er spielt sehr gerne mit Kindern, ständig ist er umringt von jungen Burschen, denen er alles zeigt und mit denen er kleine Wettbewerbe veranstaltet — übrigens ganz ohne Abstriche. Er hat das Zeug, ein guter Trainer zu werden.

Robert selbst sagt, daß der Weitsprung für ihn etwas Natürliches sei — wie Brot und Luft. "Training oder gar Wettbewerbe sind für mich keine Anstrengung, sondern Genuß. Und wenn du weißt, daß dein Versuch diesmal geglückt ist, dann ist das beglückend."

Ist das der Grund, weshalb er so weit springt?

Alexej SREBNIZKI

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.
Telefon: 229-88-72, 209-07-67

Verlag der Zeitung "Trud" * Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache * Gedruckt in der Druckerei "Moskowskaja prawda"

„Kulturschaffende für den Frieden“ –

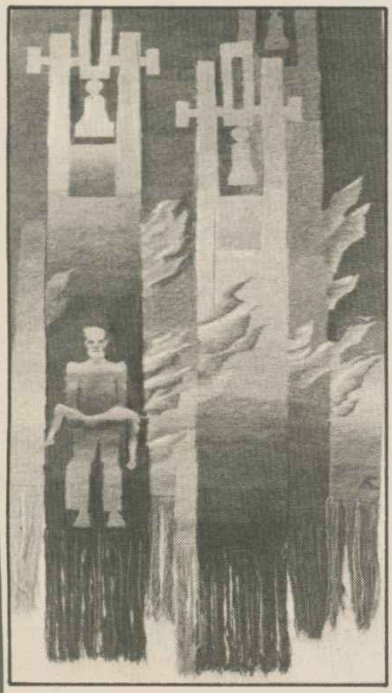
so lautet die Devise einer Ausstellung in der Zentralen Moskauer Ausstellungshalle.

Diese Ausstellung, das Echo der sowjetischen Kulturschaffenden auf das von der UNO verkündete Jahr des Friedens, wurde von allen Künstlerverbänden des Landes beschickt. Die Vertreter der verschiedensten künstlerischen Richtungen nehmen daran teil. Malerei, Bildhauerkunst, Stiche, Stickereien und Design...

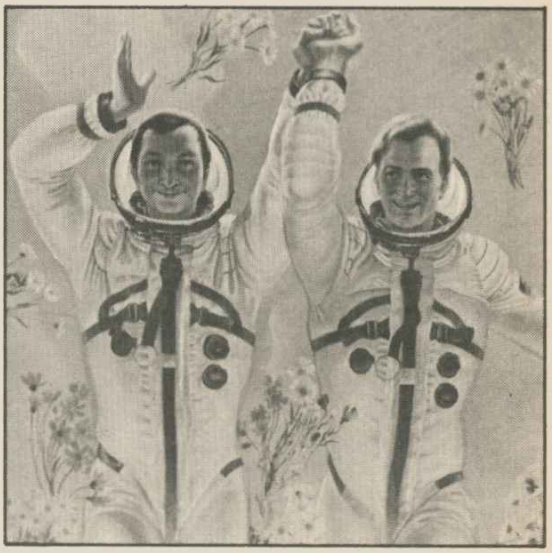
Das Thema des Friedens vereinte das Porträtbild und das Landschaftsgemälde, die kosmische Phantasie und die Alltagsszene.

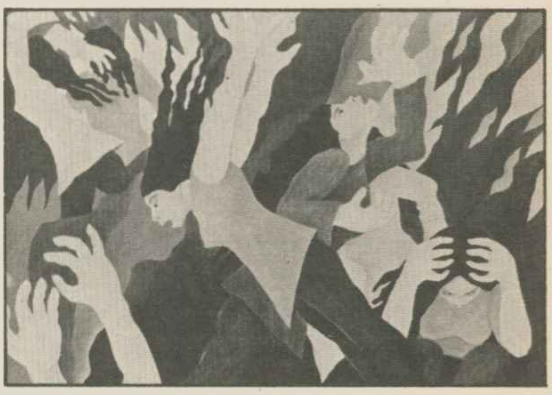
Und daneben der Untergang Hiroshimas, Tod und Tränen von Chatyn, die Tragödie des vietnamesischen Volkes. Erinnerung, Protest, Warnung...

Vielleicht ist das beste Exponat noch nicht entstanden? Und wird dieser Knirps mit dem Stück Kreide in der Hand sein Schöpfer sein? Einfach auf dem Boden malen die jungen Künstler begeistert ihre Welt.



● **L. Sajenko** (Kiew) — **Erhaltet den Frieden!**





Ein neues Exponat





● **J. Koroljow** (Moskau) — **Sternenbrüder.** ● **J. Arrak** (Tallinn) — **Vietnams Tragödie.** ● **A. Dudarenko** (Minsk) — **Partisanen Belorußlands**

Fotos: W. Panow

14159 41 151 394 347
ZOLLVERW-BI
1501 9001 1525 FACH 65



Aus dem Zyklus „Die Kinder der Armen"

INTERNATIONALER FOTO- UND ZEICHEN-WETTBEWERB „JAHR DES FRIEDENS"

Zeichnung von:
Carlo
PARISI
(Italien)

Индекс 70624 НА НЕМЕЦКОМ ЯЗ